

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,  
 wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-  
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat.  
 Eingetragene in die Post-Zeitungs-  
 Preisliste. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Österreich-Ungarn  
 2 Mark, für das übrige Ausland  
 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Inserions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsgespaltene Kolonnen-  
 zeile oder deren Raum 40 Pfg. für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Bekanntmachungs-Anzeigen 25 Pfg.  
 „Kleine Anzeigen“, das erste (stelt-  
 gedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere  
 Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben  
 zählen für zwei Worte. Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-  
 und Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 17. September 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

### Die Tagung der Partei.

Wir begrüßen die Erwählten der deutschen Sozialdemokratie, da sie sich zum Parteitag in Jena versammeln.

In keiner politischen Partei haben die Jahreskongresse entfernt eine so große Bedeutung wie in der Sozialdemokratie. Die einen unter den bürgerlichen Parteien verhielten sich völlig der Öffentlichkeit, die anderen veranstalteten umgekehrt eine laute Schauübung, auf der Kirchenfürsten und Parteiführer die Menge theatralisch bezauberten wie die Kirche im Wehrmandl ihre Gläubigen benebelt. Die Sozialdemokratie ist die Partei der absoluten Öffentlichkeit, sie hat nichts zu verbergen, sie unterstellt sich der Kontrolle aller ihrer Anhänger im Lande, der Kontrolle der ganzen Nation. Das sie dies tut, daß sie es tun darf und tun muß, ergibt sich aber aus ihrem Wesen als einzige Partei des Volkes, als einzige Partei, welche nicht einige Führer die blinde Menge gängeln läßt, sondern die Masse des Volkes selbst, jeden einzelnen Mann der Arbeiterklasse zur politischen Erkenntnis, zur politischen Selbstständigkeit, zur demokratischen Mitentscheidung beruft. Das zu politischem Bewußtsein erweckte Volk erwählt die Delegierten des Parteitages und bringt durch ihre Vermittlung zum Ausdruck, was es über die Angelegenheiten der Nation politisch denkt und was es politisch will. Die ihrer Aufgaben und Ziele bewußte Arbeiterklasse nimmt auf den Parteitagen ihr Geschick in die eigene Hand; sie prüft, was die Partei in der verflochtenen Zeit geleistet, und bestimmt die Richtung des Marsches für die kommenden Tage.

Zu überaus erster Arbeit versammelt sich der Parteitag in Jena. Nicht heiter ist die wirtschaftliche und politische Situation unseres Landes. Schwere Kämpfe sind für die nächste Zukunft zu erwarten. Wirtschaftlich leidet das deutsche Volk unfähig; die normale Rot, die das kapitalistische Ausbeutungssystem über die Masse des Volkes verhängt, ist verschärft durch die Verteuerung der Lebensmittel, durch die wucherische Steigerung der Preise für Fleisch, Nahrung, und es muß damit gerechnet werden, daß das Inkrafttreten des neuen Zolltarifs und der neuen Verträge gegen den Handel diese Not noch weiter verschlimmert. Und je mehr und je zorniger die arbeitenden Massen gegen die Missetat der wirtschaftlichen Ausbeutung sich erheben, um so eifriger trachten die Kapitalisten der Not, Hunger und Kapitalisten, danach, auch die geringen politischen Rechte zu verfürzen, vermindern, vermindern auch das wirtschaftliche Elend gemildert und beseitigt werden kann. Die Sozialdemokratie, die Führerin der arbeitenden Massen gegen Klassenherrschaft und für Befreiung jeder Form der Ausbeutung, sie geht, darüber müssen wir klar sein, den ernstesten Kämpfen mit den gewaltmächtigen Vertretern des regierenden Verbores entgegen. In diesen Zeitläuften muß der Parteitag in Jena eine Tagung ersten Ranges, kraftvollen Ranges sein.

Der Parteitag ist neben der Rechenschaftsabgabe über die Geschicke des letzten Jahres der Verringerung und Stärkung unserer organisatorischen Rüstung sowie der Klarstellung wichtiger taktischer Probleme gewidmet.

Wir haben an dieser Stelle, als die provisorische Tagesordnung des Parteitages bekanntgegeben wurde, auf den Mangel hingewiesen, daß wichtige Fragen der inneren und äußeren Politik des Deutschen Reiches, die gegenwärtig von besonderer Bedeutung sind, nicht für die Tagesordnung vorgesehen wurden. Wir haben ausführlich darauf hingewiesen — und wir haben allen Anlaß, an dieser Auffassung durchaus festzuhalten —, daß auf unseren Parteitagen neben den Angelegenheiten, welche die innere Ordnung der Partei betreffen, auch Raum sein muß zur Behandlung der jeweils wichtigsten Angelegenheiten der deutschen Politik. Wir hatten, in Übereinstimmung mit den Organisationen verschiedener Wahlkreise, insbesondere von vier Berliner Wahlkreisen, vorgeschlagen, auf die Tagesordnung die „Veränderungen der Verfassung und die Sozialdemokratie“ zu bringen. So leicht die Gründe wiegen, die gegen den Vorschlag vorgebracht wurden, so werden wir uns dem Zwange der Verhältnisse fügen müssen, welche die Erfüllung unserer Anregung verhindern. Die Berliner Genossen, welche den Vorschlag vertraten, und wie selbst hatten als Referenten für das schwierige, erbedürftige Vorberathung bedürftige Thema einen hervorragenden Parteigenossen in Aussicht genommen, der jedoch, in bedauerlicher Verleumdung des Sinnes und der Absicht des Vorschlages, gegen den Vorschlag polemisierte, als dessen Vorkreditor er gedacht war. Es wird daher auf die Verwirklichung des Vorschlages in Jena verzichtet werden müssen. Wir dürfen uns um so leichter hierbei bescheiden, da einmal der Grundgedanke, von dem unser Vorschlag ausging, weitgehend in der Partei Zustimmung fand und für künftige Parteitage seine Wirkung haben wird, was wir von vornherein als Hauptziel unserer Anregung bezeichnet hatten, und da andererseits, wie wir nicht zweifeln, die neuen Geschicke der Weltpolitik und die Stellung der Sozialdemokratie zu ihnen, wenn auch nicht in der Gründlichkeit, die bei Einfügung eines besonderen Abschnittes der Tagesordnung sich ergibt, so doch in gedrängter Zusammenfassung vor den Parteitag gelangen werden.

Eine der erbedürftigsten Arbeiten des Parteitages wird die seit mehreren Jahren vorbereitete Änderung des Organisationsstatuts sein. Es gilt, entsprechend dem großen Wachstum der Partei, die mannigfaltigen Einzelkräfte einheitlicher zusammenzufassen und so die Stohkraft der Partei zu stärken. Es war schon zum Erbäl geworden, daß eine große Zahl von Wahlkreisen fast keine Fühlung mit dem Parteizentrum hatten. Das wird jetzt verbessert werden. Die Verfassungen, die von einigen Parteigenossen ausgesprochen worden sind, daß die Partei zu zentralistisch und bürokratisch werden

könne, vermögen wir gar nicht zu teilen. Die Grundlage unseres Parteilebens ist durchaus föderalistisch, in den einzelnen Wahlkreisen, Provinzial- und Landesorganisationen der Partei ist ein so reiches Maß der Selbstverwaltung gegeben, daß von einer übermäßigen Zentralisation, welche das selbsteigene Werden und Wachsen der Gliederorganisation hindert, wahrlich nicht gesprochen werden kann. Auf die mannigfachen Einzelfragen und Anträge, die dazu vorliegen, ist jetzt nicht einzugehen, wir haben früher ausführlich darüber geschrieben.

An bedeutsamen taktischen Fragen soll die oft beratene Maisfeier und der zum erstmalig zur Beratung gestellte politische Massenstreik behandelt werden.

Zu der Maisfeierfrage, in der Tatsache, daß diese Frage immer wieder aufsteht und Meinungsverschiedenheiten erregt, spiegelt sich die allgemeine Schwierigkeit des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse. Normalerweise müßte der 1. Mai längst gefeierter Fest der Arbeiterklasse sein. Er ist gewidmet der großen Ausbeutung aller Befreiungs-ideen des Proletariats, dem Achtundzweiundzwanzig, der Völkereinigung, der Herbeiführung der neuen sozialistischen Gesellschaftsordnung der freien und Gleichen. Ein solcher Festtag kann nur würdig durch Arbeitsruhe gefeiert werden. Doch eine schäbig rüchtländige und die friedliche, aber wirkungsvolle Demonstration fürchtende Unternehmerklasse hat den Festtag des Proletariats brutal verweigert und benutzt ihn zum Anlaß, Machtproben mit dem Proletariat zu inszenieren. Daher die Schwierigkeit: auf der einen Seite das eifrige und berechtigte Drängen nach Durchführung der würdigen Feiertage durch Arbeitsruhe trotz aller Unternehmertücken, auf der anderen Seite die Warnungen, sich auf wirtschaftliche Machtproben zu einer Zeit einzulassen, die vielleicht dem Unternehmertum günstiger ist als der Arbeiterklasse. So unerquicklich auch diese Situation sein mag, so meinen wir gleichwohl, daß die Sozialdemokratie die Maisfeier weiterhin ebenso behandeln und der Durchführung entgegenführen soll wie es bisher geschah. Ausichtslose Machtproben, bei denen unnütz schwere Opfer gebracht werden, sollen vermieden werden. Aber Pflicht der deutschen Arbeiter, der politisch Organisierten wie der Gewerkschaftsmitglieder, bleibt es, die Arbeitsruhe am 1. Mai zu erstreben und zu erwirken, wann und wo immer nur die Möglichkeit gegeben ist!

Ueber den politischen Massenstreik haben wir uns ausführlich ausgesprochen. Leider hat sich in die Beratung dieser Frage, in der mehr als in irgend einer anderen politische Einmütigkeit nicht nur in der Partei sondern auch in den Gewerkschaften das erste Erfordernis ist, manches Mißverständnis eingeschlichen.

Der Kölner Gewerkschaftskongress hat zur Abweisung der anarchistischen und „anarcho-sozialistischen“ Generalstreikagitation den Beschluß gefaßt, daß es nicht angängig sei, durch Propaganda des Generalstreiks die Taktik der Gewerkschaften festzulegen. Das ist irrtümlich als eine absolute Abgabe an die Anwendung der Arbeitsverweigerung in politischen Kämpfen ausgelegt und heftig bekämpft worden. Wir haben den Beschluß des Gewerkschaftskongresses dahin aufgefaßt, daß die Gewerkschaften nicht ihre bisherige Taktik der Stärkung der Organisationen durch alle Mittel der Aufklärung und Propaganda beeinträchtigen oder mit einer neuen Taktik der Propaganda des Generalstreiks austauschen wollen. Keineswegs aber sollte jener Beschluß bedeuten, daß die Gewerkschaften gleichgültig bleiben wollen, wenn den deutschen Arbeitern die winzigen politischen Rechte verkümmert werden, welche die Voraussetzung sind für die Erhaltung und Entfaltung der gewerkschaftlichen Betätigung selbst.

Kurze Zeit nach dem Gewerkschaftskongress erschien die Schrift der holländischen Genossin Roland-Golst, deren historische Darstellung und Zusammenfassung wir hoch anerkannten, deren Schlußfolgerungen wir kritisieren mußten, weil sie eine starke Annäherung an die anarchistische Auffassung vom Generalstreik als dem wesentlichen und einzigen Kampfmittel des Proletariats verrieten und weil sie durch uneinseitige Vermischung dessen, was jetzt der deutschen Arbeiterklasse not tut, und dessen, was im weiteren Verlauf der kapitalistischen Entwicklung Möglichkeit sein oder Notwendigkeit werden könne, das aufgeworfene Problem komplizierten und verwirrten. Wir haben die weise Beschränkung geübt, die in der Gegenwart deutschen Erscheinungen der sich verschärfenden Reaktion in Deutschland ins Auge zu fassen. Wir haben die Wahlrechtsbrutalitäten in verschiedenen Bundesstaaten, wir wissen, wie die Reaktionen gewachsen sind, das allgemeine gleiche Reichstagswahlrecht anzutasten. Wir haben es abgelehnt, darüber im einzelnen diskutieren zu sollen, welches Zusammentreffen von Umständen erforderlich ist, um die Arbeitsverweigerung zur Abwehr des Attentats auf die politischen Grundrechte zu unternehmen. Es ist völlig unmöglich, alle Möglichkeiten, alle Faktoren zu erweisen, die dabei einmal in Frage kommen. Wir haben gemeint: Bereit sein — ist alles! Wir glauben zuversichtlich, daß die deutsche Arbeiterklasse nach jahrzehntelanger politischer Schulung und nachdem sie die großen Erfolge erlangen, die sie den Wunderpartei des Auslandes vorbildlich erscheinen lassen, nimmermehr dulden wird, daß die schmalen politischen Rechte, die sie besitzt, weiter vermindert werden. Wir halten es für nötig, daß die Arbeiterklasse Deutschlands über die Gefahren, die ihr drohen, immer wieder nachdrücklich aufgeklärt und immer wieder zur entschlossenen Abwehr begeistert wird. Unter den Abwehrmitteln aber ist unabweislich der Massenstreik der Arbeiter von großer Bedeutung. Wir erwarten zuversichtlich, daß in dieser Richtung der Parteitag die Frage behandeln und zur vorläufigen Lösung bringen wird.

Bei der Erörterung der beiden Fragen, Maisfeier und politischer Streik, wird das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften besprochen werden. Wir meinen, daß auch hier keinerlei

Revision der bisherigen Grundzüge in Frage kommt. Die notwendige Arbeitsteilung, die in den beiden großen Abteilungen der Arbeiterorganisation durchgeführt ist, kann niemals vergessen lassen, daß der Ausbeutete des Kapitalismus eine einheitliche Persönlichkeit ist, die nicht als Mitglied der Partei das eine, als Mitglied der Gewerkschaft ein anderes erstrebt. Die alle Wahrheit bleibt die neueste, daß beide Zweige der Arbeiterbewegung untrennbar zusammengehören. Und gerade in den oben behandelten Fragen kann kein Teil ohne den anderen etwas ausrichten. Es ist an dieser Stelle nicht möglich, in diesem Augenblick das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften nochmals näher zu erörtern. Wir wollen lediglich den Wunsch und die Erwartung ausdrücken, daß der Parteitag alle Versöhnung über einzelne Unzulänglichkeiten und über Fehler einzelner Personen leicht überwindet und die große Zusammengehörigkeit der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung nicht nur betont, sondern neu belebt und verstärkt. Partei und Gewerkschaften sind beide gleichberechtigte Kämpfer im weltgeschichtlichen Ringen der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus, für die Erringung der sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Was revisionsfähig erscheint ist nicht das grundsätzliche Verhältnis zwischen beiden Organisationen, wohl aber das praktische Zusammenarbeiten ihrer Vertretungsorgane. Es soll unseres Erachtens in Zukunft nicht wieder geschehen, daß der Gewerkschaftskongress sich mit einer Frage wie dem Generalstreik befaßt, ohne daß zuvor gründliche Aussprache zwischen den Führern der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung stattfindet, die beide gleichermaßen daran interessiert sind. Durch besseres Zusammenarbeiten und Miteinanderverarbeiten der Vertretungsorgane kann manche Reibung vermieden werden, die keinem der beiden Teile und damit der Arbeiterklasse nichts nützt.

Wäge der Parteitag die bedeutsamen Aufgaben, die ihm gestellt sind, zu glücklicher Lösung bringen! Wäge sachlich und gründlich Beratung gepflogen werden, auf daß das Ergebnis befruchtend wirkt auf die gesamte deutsche Arbeiterbewegung!

### Gewerkschaften und sozialdemokratische Partei.

Lebhafter als je zuvor wird zurzeit die Frage erörtert, die jedenfalls auch den Parteitag in Jena beschäftigen wird, ob sich eine Aenderung der Tendenz und des Bestrebens, von der sozialdemokratischen Partei abzurufen, innerhalb der Gewerkschaften Deutschlands bemerkbar macht. Die sogenannte Neutralitätserklärung der Gewerkschaften, die Behandlung der Maisfeier und der Generalstreikfrage auf dem Gewerkschaftskongress in Köln werden als Symptome solcher Bestrebungen und das Bekenntnis von 3000 Berliner Arbeitern zur neuen Parteirichtung, dem „Anarcho-Sozialismus“, als ihre Folge angesehen.

Von einer Neutralitätserklärung der Gewerkschaften ist eigentlich nichts bekannt. So lange es in Deutschland Gewerkschaften gibt, deren Mitglieder zum größten Teil der sozialdemokratischen Partei angehören oder ihr nahe stehen, ist erklärt worden, daß diese Gewerkschaften politisch neutral sein und sich keiner Partei anschließen sollen. Das ist seit je in den Statuten und in den Organen der Gewerkschaften zum Ausdruck gekommen. Von einer neuerlichen oder besonderen Neutralitätserklärung kann also keine Rede sein. Im Gegenteil, mehr als früher ist besonders auf den Gewerkschaftskongressen geäußert worden, daß eine Einheit in der Partei und den Gewerkschaften gegeben sei. Legt man Wert auf solche Erklärungen, so läßt sich sagen, daß fast mehr nach dieser Richtung hin geschehen ist, als notwendig erscheint. Würde über die Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai und über den Wert der Propagierung des Generalstreiks oder politischen Massenstreiks eine einheitliche Auffassung innerhalb der Partei vorhanden sein, so hätte aus der Stellungnahme des Kölner Gewerkschaftskongresses gegenüber diesen Fragen eine Gegenfähigkeit zur Partei angenommen werden. Dazulegen, wie verschiedenartig die Anschauungen bezüglich der Maisfeier durch Arbeitsruhe und Generalstreik innerhalb der Partei sind, erübrigt sich für die Leser der Parteipresse. Die selben auseinander gehenden Meinungen, die in der Partei in diesen Punkten vorhanden sind, kommen auch auf dem Gewerkschaftskongress zum Ausdruck. Das ist nur zu leicht erklärlich, weil auf dem Gewerkschaftskongress wohl kaum ein Delegierter anwesend war, der nicht Mitglied der sozialdemokratischen Partei ist. Man kann es aber den Gewerkschaften, die schließlich doch die ausübenden Organe sowohl bezüglich der Maidemonstration durch Arbeitsruhe, als auch des Generalstreiks oder politischen Massenstreiks sind, unmöglich bezagen, daß sie sich mit diesen Dingen beizügeln und zu einer einheitlichen Auffassung zu kommen suchen. Es läßt sich also auch aus den Verhandlungen des Kölner Gewerkschaftskongresses über Maisfeier und Generalstreik der Bornwurf nicht rechtfertigen, die Gewerkschaften suchten den Zusammenhang mit der sozialdemokratischen Partei zu lösen oder gar sich in Gegensatz zu dieser zu stellen.

Wenn die Berliner Versammlung, die sich zum „Anarcho-Sozialismus“ bekannte und eine andere Taktik in der Arbeiterbewegung Deutschlands für erforderlich hielt, ihren Beschluß mit der Neutralitätserklärung der Gewerkschaften im wesentlichen begründete, so ist das nichts anderes, als ein Sünden nach Gründen für eine Auffassung, welche die Beteiligten seit langer Zeit hatten, die sie aber öffentlich zum Ausdruck zu bringen, zurzeit für ungewiss hielten. Die Neutralität der Gewerkschaften ist so alt wie diese selbst sind, und sie ist besonders in der neueren Zeit nie so geübt und ausgeführt worden, daß damit die Preisgabe der politischen Ueberzeugung und in religiösen Dingen die Preisgabe der Vernunft verbunden ist. Das Bekenntnis der Gewerkschaftsgruppe, die als lokalpolitische bezeichnet, sich die wütendste Gegnerin der gewerkschaftlichen Zentralverbände war, zum „Anarcho-Sozialismus“ ist nicht eine Folge des Verhaltens der Verbände, sondern der öffentliche Ausdruck der Meinung über die Taktik in der Arbeiterbewegung, die seit in dieser Gruppe vertreten wurde. Nicht durch eine gelegentliche Rede



In einer Versammlung sind diese Gewerkschaften zu ihrer Stellungnahme veranlaßt, sondern die Rede und die vorgelegte Resolution brachte das zum Ausdruck, was man innerhalb dieser Gewerkschaften dachte und propagierte, ohne es jedoch zu einem Programmpunkt zu erheben. Wer die Tätigkeit und die Entwicklung der Tendenz in dieser Gewerkschaftsgruppe seit einem Jahrzehnt beobachtet hat, war durch das Ereignis keineswegs überrascht, sondern konnte höchstens sagen: „Na endlich.“ Sicher ist, daß diese neuerlich empfohlene Taktik ausschließliches Eigentum dieser kleinen Gruppe bleiben wird, wie ja auch die gewerkschaftliche Sonderbündelung in der deutschen Arbeiterklasse keinen Nährboden gefunden hat.

Jedenfalls erscheint dieses Vorkommnis ebenso wenig geeignet, Schlüsse auf ein verändertes Verhalten der Gewerkschaften zur sozialdemokratischen Partei zu ziehen, wie die anderen Fragen, die als Unterlage für eine solche Schlussfolgerung herangezogen werden. Guten Willen vorausgesetzt, kann man bei ruhiger Prüfung dieser Dinge nicht zu der Ansicht kommen, sie seien geeignet, eine Störung in dem Zusammenwirken der beiden Organisationen in der deutschen Arbeiterbewegung herbeizuführen oder eine solche Störung als vorhanden anzunehmen.

Daß an verschiedenen Stellen eine solche Schlussfolgerung eingetreten ist, entspringt wohl mehr der Befürchtung, daß infolge des rapiden Anwachsens der Gewerkschaften eine Ueberschätzung der eigenen Kraft eintreten könnte und daß durch den Massen Zutritt politisch nicht gesullter Arbeiterschichten zu den Gewerkschaften eine Aenderung der Tendenz dieser Organisationen eintreten könnte. Berechtigt ist eine solche Befürchtung keineswegs. Weder die Unterstützungseinrichtungen noch Tarifverträge haben den Kampfescharakter der Gewerkschaften herabgemindert, wie erweisen wird durch die seit Ausbau des Unterstufungswesens und dem Streben nach Tarifverträgen enorm angewachsene Zahl der Streiks, für die heute in einem Jahre mehr Mittel verausgabt werden, als bis zum Jahre 1900 in fünf Jahren aufgewandt worden sind. Von einer Aenderung in der Tendenz der Gewerkschaften ist somit nichts zu verpüren. Im Gegenteil, die Kämpfe mit dem Unternehmertum nehmen in neuerer Zeit verschärfte Formen an. Bei den größten Streiks und Ausperrungen treten die Arbeiterforderungen in den Hintergrund, und ein Kampf um Recht und Macht, ein Klassenkampf im wahren Sinne des Wortes wird geführt.

Genauso so wenig wie auf diesem Gebiet ist eine Aenderung in dem Verhalten der Gewerkschaften zur sozialdemokratischen Partei eingetreten, und es kann und wird auch nicht eintreten. Die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung bürgt dafür, daß eine Trennung der beiden proletarischen Armeen nicht erfolgen kann. Wären die Gewerkschaftsvertreter und wäre die Mehrzahl der Gewerkschaftsmitglieder nicht aus theoretischer Erkenntnis Sozialdemokraten, so müßte einfach praktische Erwägung die Gewerkschaften nötigen, in der Sozialdemokratie ihre politische Vertretung zu sehen. Die programmatischen Forderungen auf wirtschaftlichem Gebiete, welche die Sozialdemokratie innerhalb der bestehenden Gesellschaft durchzuführen beabsichtigt, decken sich mit den Forderungen der Gewerkschaften. Versicherungs- und Arbeiterschutzgesetzgebung sind, wenn den Wünschen der Arbeiterschaft entsprechend ausgebaut, ein wirksames Hilfsmittel im Kampfe für die Durchführung der Forderungen der Gewerkschaften. Würde durch die Gesetzgebung nicht allgemein das für die gesamte Arbeiterschaft durchgeführte und geschaffen, was die Gewerkschaften für einzelne Arbeitergruppen eringen, so würde ein weiteres Vorwärtsschreiten der Arbeiterschaft auch in den bestorganisierten Bezirken und Berufen nur überaus langsam und mit schweren Opfern möglich sein, wenn nicht gar auf die Dauer völlig unmöglich werden. Weil die Sozialdemokratie nicht nur gelegentlich für die Forderungen der Gewerkschaften eintritt, sondern diese zum Teil als Programmpunkte ständig vertritt, so müssen die Gewerkschaften in der sozialdemokratischen Partei ihre politische Vertretung sehen, und sie haben alles Interesse, den Einfluß dieser Partei zu stärken. Darin ist die Einheit für die Partei und Gewerkschaften gegeben, die nicht einer formellen Verbindung und eines formellen Beschlusses bedarf, sondern in dem täglichen Wirken der beiden Organisationen im Klassenkampfe der Arbeiterschaft zum Ausdruck kommt.

Die Sache erscheint so selbstverständlich und klar, daß man die neuerlich ausgesprochenen Befürchtungen bezüglich des Abdrückens der Gewerkschaften von der sozialdemokratischen Partei nur auf die besondere Eigenschaft der Deutschen zurückzuführen vermag, so lange sie theoretisieren und zu phantasieren, bis aus einem Nichts Etwas geworden, von dessen Existenz der Entdecker selbst überzeugt ist. Zu denen, die sich so eine auf irtümlicher Voraussetzung basierende Ueberschätzung gemacht haben, kommen dann die gewohnheitsmäßigen Bringspienwächter der Partei, die in den Gewerkschaften die geeigneten Objekte sehen, die Verjüngung der deutschen Arbeiterbewegung erweisen zu können. Daß, wenn beide Organisationen dieselbe Taktik verfolgen wollten, die eine oder die andere überflüssig wäre, scheint den Genossen und Genossinnen, die eine verschärfte Taktik in den Gewerkschaften fordern und von ihnen wünschen, sie mögen sich der Propagierung des politischen Massenstreiks befleißigen, nicht recht zum Bewußtsein zu kommen. Es wäre eine un sinnige Kräftevergeudung, wollten wir in den Gewerkschaften, den Wünschen dieser Befürworter der verschärfte Taktik folgend, eine Propaganda entwickeln, wie sie hier empfohlen wird.

Gelungene Neuerungen über das Abflauen des proletarischen Bewußtseins infolge gehobener Lebensstellung der Führer der Arbeiterbewegung und der von einem Teile der Parteigenossen offenkundig unternommene Versuch, die Gewerkschaftsmitglieder als die Verführten und die Leiter der Gewerkschaften als die Verführer darzustellen, verfehlen die Wirkung bei politisch nicht durcheinanderstehenden Massen nicht. In Versammlungen läßt sich mit solchen Argumenten leicht eine Zustimmung erregen. Es ist aber ein unverantwortliches und schließlich auch gefährliches Spiel, wenn versucht wird, einen Gegensatz zwischen den Gewerkschaftsführern und den Gewerkschaftsmitgliedern konstruieren zu wollen. Der Gegensatz ist nicht vorhanden und die Einheit und Geflossenheit der Gewerkschaften, das Vertrauen der Massen zu den Führern ist ein wichtiges Moment für ihre Kraftentfaltung. Leicht aber könnte das fortgesetzte Betonen eines solchen Gegensatzes diesen tatsächlich herbeiführen und das würde nicht zum Schaden der Gewerkschaftsbewegung allein sein, sondern die gesamte Arbeiterbewegung schädigen. Besonders aber kann es nicht zur Befestigung des heute bestehenden Verhältnisses zwischen sozialdemokratischer Partei und gewerkschaftlicher Bewegung führen.

Das Hand-in-Hand-Gehen dieser beiden Richtungen in der deutschen Arbeiterbewegung entspringt, wie dargelegt, praktischen Erwägungen. Es ist aber auch zum Teil eine Folge der theoretischen Auffassung und der Ziele, die in den beiden Organisationen vorhanden sind, respektive erstrebt werden. Die Leser der Gewerkschaftspressen werden finden, daß in dieser wie auch in den Gewerkschaftsversammlungen, wenn es sich um die Verlegung der weiteren Ziele der Gewerkschaftsbewegung handelt, diese Ziele dem Ziel der sozialdemokratischen Partei sehr nahe kommen.

Die Gewerkschaften erstreben nicht nur höhere Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern auch die Erreichung eines Einflusses auf die Produktion. Der Abolitionismus im Fabrikbetriebe soll abgelöst werden durch die Konstitution, bei der die Arbeiter ein Mitbestimmungsrecht über die Betriebseinrichtungen und schließlich auch bei der Produktion haben. Dieser Konstitution wie die Demokratie im Betriebe, also die genossenschaftliche, die sozialistische Produktion folgen. Das Gefühl der Abhängigkeit wird die Arbeiter nötigen, diese Aenderung der Betriebs- und Produktionsweise zu erstreben. Gilt sie auch heute in dem Anfangsstadium der gewerkschaftlichen Bewegung noch nicht als Programmpunkt, als festbestimmtes Ziel der Gewerkschaften, so wird sie es in der weiteren Entwicklung allgemein werden, wie sie es heute schon in den Kreisen weiterschauender Gewerkschaftsmitglieder ist. Wo aber fände dieses Betreiben anders Unterstützung als in der sozialdemokratischen Partei.

Wenn die Wege so nach einer Richtung, so ist ein Loslösen der Gewerkschaften von der sozialdemokratischen Partei oder umgekehrt, der Partei von den Gewerkschaften, ausgeschlossen. Es wäre der Sache beider aber sehr viel besser gedient, wenn diejenigen, die Reizung haben, sich mit diesen Fragen zu beschäftigen, das Eingebende darlegen würden, anstatt ihre Kraft darauf zu verwenden, Trennungspunkte zu entdecken.

## Zur Geschichte unserer Organisation.

Die Wichtigkeit der Organisationsform der Partei kann erst in ihrer Bedeutung völlig erkannt, aber auch vor allem in ihren Grenzen richtig bewertet werden, wenn man die Geschichte der bisherigen Organisationsform der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Rücksicht zieht. Denn diese Geschichte zeigt nichts Überirdisches, als daß die Organisationsform in der Partei niemals überdacht worden ist, niemals aber die innere, nach einheitlichen Grundsätzen und Ueberzeugungen zusammenhängende Arbeiterbewegung gestellt worden ist. Abgesehen von den Kämpfen im „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein“ ist die Organisation stets nur als Mittel zum Zweck für eine mögliche Anpassung an die bestehenden Polizei- und Gesetzesvorschriften aufgefaßt worden. Um diesen Gesichtspunkt der Relativität der Organisationsform wieder mehr in den Vordergrund zu rücken, scheint es nicht überflüssig, mit einigen Strichen die Entwicklung der bisherigen Organisationsform zu skizzieren.

Die ersten sozialdemokratischen Organisationen waren bekanntlich in Deutschland der „Allgemeine deutsche Arbeiterverein“, der von 1863 bis 1874 bestand, und die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“, die von 1869 bis 1875 als solche existierte.

Die Organisation des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ war vornehmlich eine Schöpfung rein persönlicher Intentionen Lassalles, wenn auch im wesentlichen nach dem Vorbild des Rationalvereins. Sie hatte ganz die einheitlich autokratische Form, die diesem Großen unserer Vorkämpfer damals als die beste Kampfform für die Arbeiter erschien. Die Organisation bestand in einem einheitlichen Verein, der seine Zweigvereine hatte, dem vielmehr alle Mitglieder ohne Rücksicht auf ihren Wohnort unmittelbar angehörten. An der Spitze dieses Vereins stand ein Vorstand, bestehend aus einem Präsidenten und 24 Mitgliedern, der in der Generalversammlung auf ein Jahr nach absoluter Majorität gewählt wurde. Dem Präsidenten war eine wesentlich absolute Stellung eingeräumt. Es hieß so z. B. in § 17: „Wenn der Präsident es für dringlich hält, so kann er vorbehaltlich der in drei Monaten einzuholenden Genehmigung des Vorstandes alle Anordnungen treffen.“ Die eventuelle Verantwortlichkeit des Präsidenten in solchen Fällen wird durch die Genehmigung des Vorstandes, und wenn diese nicht erfolgt, durch die Genehmigung der Generalversammlung gebildet. Der Präsident leitete Generalversammlungen, Vorstandsbearbeitungen sowie den Ort derselben an.“ So wurde diese Organisation geschlossen und völlig zentralistisch geleitet. In den einzelnen Orten gab es nur Bevollmächtigte, eine Einrichtung, die darin bestand, daß der Präsident für die Orte, an welchen sich Mitglieder befanden, für sich und den Kassierer Vertreter ernannte, nämlich einen Bevollmächtigten, einen Beitragsammler und zur Kontrollierung des letzteren drei Revisoren. Lassalle hat das Wesen dieser Organisation bekanntlich selbst in seiner Konradorfer Rede charakterisiert. „Es ist“, sagte er damals, „dieser geschlossene Geist strengster Einheit und Disziplin, welcher in unserem Verein herrscht, auch in dieser Hinsicht und in dieser Hinsicht vor allem steht unser Verein epochenmachend und als eine ganz neue Erscheinung in der Geschichte da. Dieser große Verein, sich erstreckend über fast alle deutschen Länder, regt sich und bewegt sich mit der geschlossenen Einheit eines Individuums.“ Und weiter sagte er darüber: „Wohin ich gekommen bin, überall habe ich von den Arbeitern Worte gehört, die sich in dem Sage zusammenfassen: wir müssen unser aller Willen in einen einzigen Hammer zusammenschmieden und diesen Hammer in die Hände eines Mannes legen, zu dessen Intelligenz, Charakter und gutem Willen wir das nötige Vertrauen haben, damit er ausschlagen könne mit diesem Hammer. Die beiden Gegenstände, die unsere Staatsmänner bisher für unvereinbar betrachteten, deren Vereinigung sie für den Stein der Weisen hielten, Freiheit und Autorität, die höchsten Gegenstände, sie sind auf das Innigste vereinigt in unserem Verein, welcher so nur das Vorbild im kleinen unserer nächsten Gesellschaftsform im großen darstellt.“ Es soll hier genügen, nur die Tatsachen und die Auffassung ihrer Urheber über diese zu konstatieren. Das Urteil hat die Zeit bereits hinlänglich gesprochen. 1874 wurde nach den bekannten und vielfach erörterten inneren Wirren der Verein politisch aufgelöst, nachdem man ihn, trotzdem er ganz offensichtlich gegen das preussische Vereinsgesetz verstieß, aus Gründen, die belamlich in der Partei strittig sind, ein Jahrzehnt ruhig hatte bestehen lassen. Nach der Auflösung im Jahre 1874 wurde die Organisation vielfach durch ein Zeitungسابonnement aufrecht zu erhalten gesucht, indem jeder, der sich als Mitglied weiter betrachten wollte, derpflichtet wurde, bei der Post eine bestimmte Parteizeitung zu abonnieren, deren Abonnementbetrag den Vereinsbeitrag repräsentierte. So mußte man auf die „Lassalische Sozialistische Zeitung“ abonnieren, auf den „Wähler“ usw. Die Lokalorganisationen wurden sich nunmehr allein überlassen und sie richteten meistens für sich sogenannte Permanenzkommissionen ein, die die örtlichen Parteigeschäfte zu erledigen hatten.

Im Gegensatz zu dieser hervorragend zentralistisch-absolutistischen Organisation des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ stand von vornherein die Organisation der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“, jener Gründung, auf die die „Internationale Arbeiterassoziation“ in Form und Inhalt einen maßgebenden Einfluß ausübte und die aus den ursprünglich unpolitischen verschiedenartigen „Arbeitervereinen“ und „Arbeiterbildungsvereinen“ hervorging. Man kann deshalb die Organisation der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ nicht verstehen, wenn man sich nicht der Organisation der „Internationalen Arbeiterassoziation“, wenigstens jener Organisationsform erinnert, wie sie in den Jahren ihrer Haupttätigkeit maßgebend war, und der Organisation des „Verbandes deutscher Arbeitervereine“.

An der Spitze des „Verbandes deutscher Arbeitervereine“ stand der Vorort, dessen Präsident alljährlich durch den Arbeitervereinstag gewählt wurde. Neben dem Präsidenten stand ein Vorstand von sechs Mitgliedern, den die am Vorort befindlichen Verbandmitglieder wählten. Der Präsident war in seiner Machtbefugnis derart beschränkt, daß er Rahmregeln für den Verband nur unter Mitberatung und Zustimmung des Vorstandes ausführen konnte. Neben dem Vorort wählte der Vereinstag alljährlich 16 Vertrauensmänner aus den verschiedenen Gebieten Deutschlands, die den Vorort zu kontrollieren und nach Umständen in seinen Handlungen zu unterstützen hatten.

Die „Internationale Arbeiterassoziation“ (1864—1876) hatte an ihrer Spitze den Generalrat, über den der § 3 der Statuten bestimmte, daß er aus Arbeitern bestehen sollte, die den verschiedenen in der internationalen Assoziation vertretenen Ländern angehören. Den einzelnen Nationen wurde in dem Statut auferlegt, ihre äußersten Anstrengungen darauf zu richten, die unzusammenhängenden Arbeitergesellschaften ihrer betreffenden Länder zu nationalen, durch Zentralorgane vertretenen Arbeitervereine zu vereinigen. Jede solche internationale Sektion wählte ihren eigenen korrespondierenden Sekretär für ihre Beziehungen zum Generalrat. Es war im § 11 ausdrücklich vorgehoben, daß die Arbeitergesellschaften, welche sich der internationalen Assoziation anschließen und sich mit dieser durch ein innerwährendes Band brüderlicher Gemeinschaft verbinden, ihre besondere Organisation unangefastet behalten sollten. Die Statuten und die gesamte Verwaltung unterstanden den Kongressen.

Diese Organisation der Internationalen Arbeiterassoziation wurde 1869 nur in ihrer Aenderung zum Nationalen auf die Organisation der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ übertragen. Die Mitglieder dieser Organisation waren bekanntlich meist sowieso oder später durch gelinden Druck Mitglieder der „Internationalen“. Sie hatten sich daher schon organisatorisch wesentlich in eine mehr föderative Verbindung eingelebt und so kam der Charakter einer föderativen Vereinigung ohne viel Schwierigkeiten von selbst. Es blieben Detachements bestehen, die sogenannten Lokalvereine, die sich nun zu einem Verbande, nämlich der Arbeiterpartei, zusammenschlossen, an deren

Spitze ein Ausschuss von drei Beamten stand. Ueber diesem Ausschuss stand die Kontrollkommission und über alle wieder der Kongress. Auf diesem Kongress fand, was jetzt zu erinnern nicht unwesentlich ist, die Abstimmung nach der Zahl der hinter den Delegierten stehenden Mitglieder statt. Derselbe Abstimmungsmodus war übrigens auch im „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein“ eingeführt.

Im Jahre 1876 fand nun, wie bekannt, die Vereinigung der Eisenacher, der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“, und der Reste des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“, der Lassalleaner, statt. Auf diesem Vereinigungskongress der Sozialdemokraten Deutschlands 1876 in Gotha wurde im wesentlichen die Organisationsform der Eisenacher übernommen. Es wurde da im § 1 bestimmt: „Der Partei kann jeder angehören, der sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und für die Arbeiterinteressen tatkräftig, auch durch Geldopfer eintritt. Wer drei Monate Beiträge rückständig bleibt, wird nicht mehr als Parteigenosse betrachtet.“ Der § 2 bestimmte über den Ausschuss: „Parteigenossen, welche gegen das Interesse der Partei handeln, können vom Vorstand ausgeschlossen werden. Berufung an den Parteikongress ist zulässig.“ Für den Abstimmungsmodus wurde vorgehoben, daß ein Delegierter nicht mehr als 400 Stimmen auf den Kongressen vertreten dürfe. Der Vorstand bestand nunmehr aus fünf Personen, 2 Vorsitzenden, 2 Sekretären und 1 Kassierer. Neben dem Vorstand bestand die Kontrollkommission aus 7 Mitgliedern und neben beiden ein Ausschuss aus 18 Mitgliedern, der bei Differenzen zwischen Vorstand und Kontrollkommission zu entscheiden hatte. Das war das Gerippe der Organisation, wie sie im Mai 1876 in Gotha beschlossen wurde. Schon im März 1876 wurde diese Parteiorganisation in Preußen durch den Polizeiminister „vorläufig“ geschlossen. Als dann der Kongress 1876 in Gotha wieder zusammentrat, wurde keine neue Organisation geschaffen, kein Parteivorstand mehr gewählt, sondern, da die Wahlen in Aussicht standen, ein Zentralkomitee eingesetzt mit dem Sitz in Hamburg. Einstimmig wurde beschlossen, zur permanenten Leitung der sozialdemokratischen Wahl- und Parteitagation ein ständiges Zentralkomitee aus fünf Personen zu wählen, wovon in allen Agitations- und Parteiangelegenheiten „diktatorische Gewalt“ übertragen werden sollte. Zur Kontrolle dieser Zentralbehörde wurde weiter eine Revisions- und Bewerdelokommission, bestehend aus sieben Personen, eingesetzt, die von den Hamburger Genossen gewählt wurde. Die einstimmige Annahme dieses Antrages zeigt, wie wenig man jetzt nach der Vereinigung und nach der Auflösung der Organisationen noch darüber stritt, welches die beste Organisationsform an sich sei, sondern wie sehr man jetzt alles auf den Gesichtspunkt zuschnitt, zu finden, welche Organisation sich am besten den bestehenden Polizei- und Gesetzesbestimmungen anpasse. Dieser Gesichtspunkt ist bis auf den heutigen Tag der maßgebende geblieben. Nach dem großen Wahlerfolge von 1877 trat belamlich wiederum in Gotha der Kongress zusammen, der eine sogenannte Organisationskommission konstituierte, welche die Frage der Neuorganisation prüfen sollte. Diese Kommission faßte das Resultat ihrer Beratungen dahin zusammen, dem Kongresse zu empfehlen, von irgend einer formellen Organisation Abstand zu nehmen. Die Kommission sei, so führte der in ihrem Namen sprechende Referent Folke damals aus, zu der Ueberszeugung gelangt, daß der Kongress von der Schaffung einer Organisation Abstand nehmen müsse; nicht deshalb, weil eine solche etwa nicht mit den Vereinsgesetzen in Einklang zu bringen wäre, sondern weil nach der ausdrücklichen Erklärung des Staatsanwaltes Lessendorff keine wie immer gestaltete Organisation der Sozialisten in Preußen gebildet werden dürfe, so lange das jetzige Vereinsgesetz in Preußen existiere. War diese Lessendorff den Gefallen nicht tun, ihm durch Herstellung einer neuen Organisation Gelegenheit zu geben, die Sozialisten in Preußen durch erneute Strafanträge verfolgen zu können. Uebrigens sei eine formelle Organisation nicht mehr nötig, wie das Resultat der Reichstagswahl und die trotz des Mangels einer Organisation fortwährend sich steigende sozialistische Propaganda genügend beweisen. Die Kommission schlug dem Kongresse vor, in einer Resolution zu erklären: „Mit Rücksicht auf die von preussischen Behörden förmlich proklamierte völlige Rechtlosigkeit sozialistischer Vereine in Preußen nimmt der Kongress von der Herstellung irgend einer Organisation der Partei Abstand, auf welche die in Deutschland, besonders in Preußen, bestehenden Vereinsgesetze angewendet werden können; der Kongress überläßt es den Parteigenossen an den einzelnen Orten, sich je nach den örtlichen Verhältnissen und Bedürfnissen zu organisieren.“ Diese Resolution fand ohne weitere Debatte einstimmige Annahme. Daneben wurde die Wiedereinführung des Zentralkomitees und außerdem die Wiedereinführung einer Kontrollkommission beschlossen. Ueber diese Art von Organisation brach nun 1878 das Sozialistengesetz herein, das jede Organisation unmöglich machen sollte, aber doch so eigenartige und in ihrer Art unübertreffliche neue Organisationsformen schuf, wie sie in der Geschichte politischer Bewegungen einzig dastehen, Organisationsformen, über die heute aus naheliegenden Gründen weiter nicht gesprochen werden soll und darf.

Als 1890 nach dem Fall des Sozialistengesetzes der Parteitag zu Halle zusammenberufen wurde, war eine seiner ersten Aufgaben, ein neues Organisationsstatut zu beraten. Es war vorbereitet worden von einer besonderen Kommission und Auer berichtete in einem großzügigen Referat, dessen Vektore gerade jetzt und besonders den jüngeren Parteigenossen nicht dringend genug empfohlen werden kann. Es gab belamlich eine heftige Generaldiskussion, in der besonders Vollmar gegen Auer opponierte. Daraus wurde eine Kommission von 25 Mitgliedern eingesetzt, die nach eingehenden Beratungen einen im Gegensatz zu diesen Differenzen höchst erfreulichen Bericht an das Plenum geben konnte, einen Bericht, der auf einstimmigen Beschlüssen der Kommission fußte. So wurde das Organisationsstatut von Halle dann wider Erwarten vieler einstimmig angenommen, jenes Organisationsstatut, das noch heute die Grundlage für uns bildet und dessen Form deshalb nicht erörtert zu werden braucht.

Diese Organisation von Halle führte ihr friedliches Dasein, wenn man bei einer Kampfpartei so sagen darf, bis 1895, bis zu jenem denkwürdigen 29. November 1895, wo Herr v. Kötter seinen berühmten Coup in Szene setzte, den Vorstand und damit die Parteiorganisation wegen Uebertretung des Verbindungsverbotes politischer Vereine in Preußen aufhob. Die Leitung der Geschäfte wurde, wie bekannt, dadurch keine Sekunde gestört. Sie ging, wie im Statut vorgehoben, an die Reichstagsfraktion über. Diese setzte durch einen Erlaß vom 4. Dezember 1895 den geschäftsführenden Ausschuss in Hamburg ein und in dieser Art ist die Partei bis 1907, bis zum Hamburger Parteitag organisiert gewesen, ohne daß irgend etwas zugrunde ging, außer Herrn von Köllers Polizeiministerchaft, die bald nach seinem Erlaß vom 29. November 1895 ihr Ende fand. Am wurde bis 1900, bis zum Parteitage von Mainz, keine wesentliche Aenderung im Organisationsstatut vorgenommen. Die Veränderungen, die in Mainz vorgenommen wurden, resultierten daraus, daß auf vieles Drängen endlich der damalige Reichsanwalt Hüßi Hohenlohe sein Versprechen einlöste und durch das Reichsgesetz vom 11. Dezember 1899 für ganz Deutschland das Verbindungsverbot politischer Vereine aufgehoben wurde. Die Reichstagsfraktion hatte eine Kommission zur Vorbereitung des neuen Statuts eingesetzt. Für diese erstattete wiederum Auer in Mainz das Referat. Wieder erfolgte eine Generaldiskussion, wieder wurde eine Kommission eingesetzt und wieder wurde nach dem Kommissionsbericht die Vorlage der Kommission en bloc angenommen. Das ist die letzte wesentliche Veränderung, die an unserem Statut vorgenommen wurde. Nach 1900 kamen an jeden Parteitag neue Anträge auf Aenderung der Statuten. Diese Anträge verhandelte sich in Dresden 1903 zu dem Auftrag des Parteitag an den Vorstand, eine Vorlage an den nächsten Parteitag zu machen. Diese Vorlage wurde dann Parteitag von Bremen 1904 gemacht. Bericht referierte über dieselbe. Es kam aus den bekannten Gründen der Beschränkung der Zeit nicht zu einer großen Diskussion, es



würde vielmehr nur die Wahl der Organisations-Kommission vorgenommen, die nunmehr nach zwei Sitzungen für den bevorstehenden Parteitag in Jena die Vorlage für den Parteitag vorbereitet.

Das ist die Geschichte der Organisationsform der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Ganz kurz, ganz nur in ihren wesentlichen Zügen, aber doch so bereichernd, daß sie keinen Zweifel mehr darüber läßt, daß die Partei nach dem Verschwinden des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ die Organisationsfrage immer nur als ein der Zeit und den Umständen angepaßtes Mittel betrachtet hat, niemals als einen Selbstzweck, über den es zu großen und prinzipiellen Gegenfragen kommen dürfte.

Mag Grünwald.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. September.

### Rebellische Bürgermeister

Mannheim, 15. September. (Eig. Mitt.) Unter Vorsitz des Dresdener Oberbürgermeisters Ventler traten in Mannheim eine Anzahl Vertreter deutscher Städte zusammen, um zu dem § 13 des Zolltarifgesetzes, betreffend Verbrauchsabgaben der Städte, Stellung zu nehmen. Nach einiger Erörterung wurde beschlossen:

den Gemeinden vorzuschlagen, von einem Antrage auf völlige Wiederbeseitigung der reichsgesetzlichen Bestimmung abzusehen, dagegen den Bundesrat und den Reichstag zu ersuchen, daß der Termin für die Inkraftsetzung des Verbotes jener indirekten städtischen Abgaben vom Jahre 1910 bis zum Jahre 1917 verschoben werde. Im Jahre 1917 werden die jetzt abgeschlossenen Handelsverträge ablaufen. Man hofft, daß die beteiligten Gemeinden bis dahin im Stande sein werden, Ersatz der ausfallenden Einnahmen zu beschaffen; dies sei aber bis zum Jahre 1910 unmöglich. Den Gemeinden soll im November dieses Jahres der Entwurf einer Petition mit einer umfassenden Denkschrift über die finanziellen Wirkungen des Ostroverbots zur Beschlussfassung zugehen.

Der Vorschlag, die einzige vernünftige Bestimmung, die zu gewissem Ausgleich der Lebensmittelverknappung in das Zolltarifgesetz hineingekommen ist, nicht in Kraft treten zu lassen und bis zum Ablauf der Wucher-Handelsverträge aufzuschieben, bedeutet eine wahrhaft anmaßende Verhöhung des Reichstags. Da man die besitzenden Klassen in den Kommunen nicht gehörig zur Steuerleistung heranziehen will, klagt man über den bevorstehenden Ausfall eines Teils der Einnahmen aus den indirekten Verbrauchsabgaben und arbeitet hartnäckig an der Befreiung der Besitzenden von gerechter Steuerbelastung. Die Bürgermeisterlichen und oberbürgermeisterlichen Städtevertreter haben nichts gegen die Zollwuchererzeugung einzuwenden als daß ihr einziger Schönheitsfehler, die einzige Bestimmung, die nicht von schamloser Volksfeindlichkeit ist, wieder beseitigt wird! Städtevertreter!

### Die Essener Wahlkämpfe.

Aus Essen wird uns geschrieben: Der Wahlkampf ist zur Siechheit gediehen. Alle Parteigenossen, die schon Wahlkämpfe in der sozialistengesetzlichen Zeit erlebt und nun Agitationsstouren im Wahlkreise unternommen, gesehen ein, so etwas hätten sie noch nicht mitgemacht. 30 bis 40 Versammlungen fanden an einem Tage statt. Unsere Partei hat es möglich gemacht, für Sonntag, den 17. d. M., im Kreise 18 Wählerversammlungen zu arrangieren. Was es gekostet, die Wirte in den Landorten zur Vermietung ihrer Lokale zu bewegen, ist unbeschreiblich. Polizei, Geislichkeit und Unternehmerschaft bedrohen die Sozialinhaber mit Schädigung, wenn sie den „Noten“ die Säle vermieten. Die großen städtischen Säle in Essen stehen allen Parteien, nur nicht uns zur Verfügung. Diskussion gibt es nicht, also können die „Christlich-sozialen“, „nationalen“ und ultramontanen Wanderredner das Blaue vom Himmel herabschwindeln, eine Korrektur kann nicht vorgenommen werden in der Versammlung, die eingeseiften Wähler gehen in dem Glauben an die „Vernunftlichkeit“ der Sozialdemokratie nach Hause. Auf dem Lande sind vorzüglich die Kapläne in fieberhafter Tätigkeit. Bis in die Nacht hinein laufen sie von Haus zu Haus, um sich der Arbeiterstimmen „im Namen der Religion“ zu verschern. Da das Vergessen im Mittelpunkt des Interesses steht, wird den Arbeitern das Gesetz ausgelegt in einem Sinne, der seinem Wortlaut und der authentischen Interpretation straks zuwiderläuft. Die von den so Bearbeiteten für die „Nationalen“ und Ultramontanen am 19. September stimmten, sind geflistet im unflaren gehalten worden über den Inhalt und die Bedeutung des Gesetzes. Es wiederholt sich dieselbe Wahlmache wie bei der Zollwucher-Affäre.

Der Wahlkreis ist sozusagen überschwemmt mit sozialistenthätigen Rednern. Das Zentrum hat seine ersten Kräfte herangezogen: Wachem, Trimborn, Moeren und den ganzen Stab der Kapläne aus der R.-Waldbacher Zentrale. Die besoldeten Sekretäre der christlichen Gewerbevereine sind fast alle in der Zentrumsagitation tätig und fordern schließlich die christlichen Gewerbevereine auf, nur für das Zentrum zu stimmen! Ein drastischer Beweis für die „Neutralität“ der christlichen Gewerbevereine. Für die Christlich-soziale Kandidatur Wehrens greifen nun auch persönlich ein die Abg. Stöcker und Wurchard, sowie mehrere andere ihrer Parteigenossen, die sich zu dem am 17. ds. in Essen „zufällig“ arrangierten „Christlich-sozialen Parteitag Deutschlands“ einfinden. Für Niemeyer sind tätig die Herren Abg. Pahig, Hoppstädter, „Jungliberale“ und ein Stab Reichsbettlerverbändler.

Von auswärtigen Genossen haben hier gesprochen die Abg. Stöcker, Singer (ganz am Anfang des Wahlkampfes), Stadthagen, Bömelburg und Sachse; die Genossin Bieh-Comburg hat einige Wochen sehr rühmlich mitgearbeitet. Unsere Versammlungen waren durchweg gut besucht, nur der starke Soalmangel hemmte uns.

Der hier den „Ton“ angibt, charakterisierte der „nationale“ Kandidat Niemeyer, indem er aussprach: „Der Sanftmayer (der Rebell der ultramontanen „Essener Volkszeitung“) hat sich den Vorzug gesichert, von allen Blättern und Personen, die bisher in den Wahlkampf eingriffen, den Wahlkampf am unehrlichsten, unwahrhaftigsten, persönlichsten und gehässigsten geführt zu haben.“ Dieses Zeugnis erhebt die Situation. Das Zentrum selbst bleibt sich selbst getreu, indem es nicht eine einzige Beichtigung seiner beispiellos wüsten Verschimpfungen und Verleumdungen brachte, sondern stets neue Schmähwörter ausstüßte. Die gegnerischen Flugblätter und Reden wimmeln von größten Entstellungen und direkten Lügen. Hundertmal kann unser Parteiblatt die von den Gegnern gefälschten Zitate aus Reden und Schriften unserer bekanntesten Parteigenossen richtig stellen, am nächsten Tage werden dieselben Zitate froh „fromm“, dreist doch wieder benutzt.

Den einstweiligen „Höhepunkt“ erreichte der Wahlkampf in einer Versammlung der „Nationalen“ im Evangelischen Vereinshaus Essen. Zu derselben hatte sich der „Christlich-soziale“ Wehrens mit einem starken geschlossenen Trupp seiner Anhänger begeben. Es entspann sich eine richtige Wahlkämpfe! Der Anlaß ist gleichgültig, genug, bald entstand ein fürchterlicher, wüster Spektakel! Mit Stöcken, Regenschirmen, Stühlen und Biergläsern schlugen und stießen die „Nationalen“ und „Christlich-sozialen“ aufeinander los! Die rüdesten Schimpfwörter, wie Lump, Lügner, Spießhübe, Gauner, Gallunke schwirrten durch die Luft, das Getöse war unbeschreiblich. Die unbeeidigten Frechberichter hatten Nähe, aus dem wilden Anlauf los zu kommen. Der evangelische Pfarrer Hesse, der von evangelischen Arbeitern und Bürgern aufs ärgste beschimpft wurde, mußte über die Bühne flüchten, sonst hätte er Schläge bekommen! Der „Christlich-soziale“ Stöckerjüngling Wehrens war „mitten mang“, ein

„Christlich-sozialer“ Schreinermeister schlug wie ein Wilder um sich, so daß Stühle und Tische flogen. Die Polizei machte dem national-christlich-sozialen Skandal ein Ende. „Ein Schlächter war es, keine Schlächt zu nennen!“ Das war die würdige Einleitung der Agitationsstour des Herrn Hoppstädters a. D. Stöcker, die am Tage nach dieser Schlägerei begann.

Eine solche Schlägereiversammlung hat Essen noch nicht erlebt. Selbst „bessere Bürger“ sagen, da ginge es in den Versammlungen der vielverehrtesten „Noten“ doch anständig her. In der Tat verließen alle unsere Versammlungen ruhig, obwohl wir die einzige Partei sind, die den Gegnern freie Diskussion gewährt.

Unsere Genossen sind auf dem Plan, sie arbeiten mit Begeisterung und werden auf alle Fälle den Kampf mit Ehren zu Ende führen.

### Mars in der Klemme.

Zum Konflikt Gädke mit dem Militärkabinett wird uns geschrieben:

Die vielen Tugenden, die die deutsche Armee auf dem Papier zieren, beruhen nicht zuletzt darauf, daß die Militärbehörden den Leuten, die einen tieferen Einblick in die militärischen Verhältnisse erhalten haben, den Mund zu verbinden suchen. Selbst die Offiziere a. D. möchte man unter Kuratel stellen und hat zu diesem Zweck in den Ehrengerichten einen Passio hergestellt, mit dem man militärische Regter, auch wenn sie schon im Jährenherut und Regensheim durchs Dasein marschieren, einzufangen sucht. Leider ist der Passio etwas brüchig und daher braucht das Opfer sich nur ein wenig dagegen zu stemmen, so gereicht er und die hohe Obrigkeit steht dann mit dem anderen Ende hilflos da. Das preussische Kriegsministerium muß dieses Faktum zu seinem großen Schmerz durch den Obersten Gädke erfahren. Der Gedanke, die pensionierten Offiziere, die militärisch nicht wieder verwendet sind, unter das Ehrengericht zu stellen, ist an sich schon fürchterlich komisch, weil die Militärbehörde über solche Offiziere nicht die geringste Gewalt hat. Gädke, ein Offizier a. D. wird vor den Ehrengericht geladen. Schreibt er zurück, daß er nicht kommen werde und sich jede weitere Belästigung verbitte, so muß der Ehrengericht die Antwort einstecken. Ein Zwangsmittel zur Vorführung der Offiziere a. D. steht ihm in keiner Weise zu. In Bayern, wo die Offiziers Ehrengerichte besonders gern als Hebergerichte angewendet werden, hat man eine solche „Kensitz“ des Delinquenten schon vor nahezu 20 Jahren ins Auge gefaßt, indem ein Kriegsministerialerlass erlassen wurde, wonach ein Offizier a. D., der sich dem Ehrengericht nicht stellt, drei manum zum Verlust des Titels und der Uniform verurteilt wird. Kamose Justiz das! Weil der Angeklagte die Kompetenz des Gerichtshofes bezweifelt, wird er im Handumdrehen zur schwersten Strafe, die das hohe Tribunal aussprechen kann, verurteilt. So etwas ist zweifellos überaus schick!

Gädke wiederum braucht sich aber kein Offizier a. D. wegen eines vom Ehrengericht gesprochenen Verdammungsurteils ein graues Haar wachsen zu lassen. Die Militärbehörde, oder formal gesprochen, der oberste Kriegsherr, fällt zwar das Urteil, aber wenn es der Sänder nicht respektiert, wird der sonst so schneidige permanische Mars ganz kleinlaut. Er tut dann so, als ob er von der Unbotmäßigkeit des auf dem Papier Verbrannten gar nichts wüßte. Die Sache hat eben den kleinen Haken, daß die Ehrengerichte verfassungswidrig sind, weil sie, da der regierende Monarch das Urteil feigt, eine Kabinettsjustiz etablieren. Macht es einem pensionierten Offizier, dem Ehrengerichtlich der Titel aberkannt wurde, Späß, diesen Titel weiterzuführen, so nimmt das der Herr Mars ganz ruhig hin. Er weiß, warum er es tut. Es wäre für ihn sehr bearglich, wenn einmal die Frage, ob die Anwendung der Ehrengerichte auf pensionierte Offiziere der Verfassung entspricht, vor die Gerichte käme. Wir haben auch die feste Ueberzeugung, daß der Oberst Gädke seine Drohung, durch Verlein in Uniform zu fahren, gänzlich unbelästigt ausführen kann. Mars steht und hört einfach nichts davon. Und selbst wenn der Herr Oberst angeht, daß er in Uniform prominiert habe oder prominiert werde, so wird Mars die Mitteilung als Luft betrachtet. Er wird höchstens einen geheimen Ufas erlassen, wonach dem „ehemaligen“ Obersten a. D. Gädke, sobald er in Uniform erscheint, jede militärische Ehrenbezeugung zu versagen ist. Mars ist eben klug und weise. Da, wo er eines Erfolges sicher ist, greift er mit seiner ganzen Schneidigkeit zu. Kann die Geschichte aber schief gehen, dann entwickelt er eine rührende Geduld. Man könnte Druckbogen mit der Wiedergabe der niedrigsten Vorwürfe füllen, die er schon eingestekt hat.

Im übrigen ist auch die Geduld des Obersten Gädke zu bewundern. Er ist trotz seiner Erfahrung immer noch äußerst „kauterhalten“ gestimmt und betont diese Bestimmung bei jeder Gelegenheit demonstriert. Uns erinnert er immer an den heftigen Bauern, der 1848 rief: „Es lebe die Revolution und unser guter Grobherzog“.

Abg. Dr. Stockmann, Konfistorialpräsident in Münster i. W., ist zum Regierungspräsidenten in Gumbinnen ernannt worden. Dr. Stockmann gehört der freikonservativen Partei an und ist in der letzten Session Vorsitzender der Budgetkommission des Reichstages gewesen. Er vertritt den Wahlkreis Kön.-Odenburg, in dem durch die Amtsbeförderung eine Neuwahl nötig wird.

Die sächsischen Landtagswahlen haben in der ersten Abteilung für Leipzig-Stadt einen völligen Sieg der Konservativen gebracht. Der konservative Enke erhielt 51 Wahlmännerstimmen, der Nationalliberale 7. In fünfzehn städtischen Wahlkreisen erhielten in 20 Bezirken die Nationalliberalen den Sieg, in einem die Konservativen, einer bleibt in Stichwahl. Der fünfte Wahlkreis (Plagwitz, Lindenau) ist überwiegend industriell.

### Soldatenhändler.

Zhorn, 15. September.

Vor dem Kriegsgericht hatten sich heute der Sergeant Gustav Becker und der Obergefreite Georg Glenger von der 3. Kompagnie des 15. Infanterieregiments wegen vorschriftswidriger Behandlung und Mißhandlung Untergebener und Glenger außerdem noch wegen Annahme einer Befehlsbefugnis und gefährlicher Körperverletzung zu verantworten. Ende April starb ziemlich plötzlich der aus Berlin stammende Kanonier Jurt. Bald danach lief von der Mutter desselben beim Kriegsministerium eine Anzeige ein, in der behauptet wurde, daß Jurt infolge von Mißhandlungen gestorben sei. Es wurde nun eine eingehende Untersuchung eingeleitet, die ergab, daß der Tod des Jurt zwar nicht auf Mißhandlungen, sondern auf eine Gehirnerkrankung zurückzuführen war, daß aber tatsächlich in der Kompagnie des Gestorbenen mehrfach Mißhandlungen vorgekommen waren. Außer den heutigen Angeklagten war noch schwer belastet Unteroffizier Semich, welcher inzwischen aus Jurt vor Verurteilung Selbstmord verübt hat. Nach der heutigen Verweigerung hat Sergeant Becker den Kanonier Jurt etwa zehnmal geschlagen, zweimal davon unter Stößen. Dem Kanonier Schat hat er bei der Fährdung einen Fußtritt auf die Hand verübt, dem Kanonier Lengies mit der Säbelscheide auf die Finger geklopft, so daß letzterer blaue Flecke bekam, und in den Arm getroffen. Kanonier Bülow wurde von ihm geschlagen und Kanonier Riedle gestochen. Schlimmer noch hat der Obergefreite Glenger gehandelt, den der Verhandlungsführer bei der Urteilsverkündung als einen argen Menschenhändler bezeichnete. Er ließ den Kanonier Jurt unbesorgt kurz vor Japsenstreich mit dem Gewehr antreten und versetzte ihm mit dem Gewehrkolben einen Schlag, als das Gewehr nicht rein war. Ferner ließ er unbedeutend die Leute auf dem Zimmer

das Niederwerfen und Aufspringen in mindestens zehn Fällen über. Als dabei der Kanonier Jurt, der kränklich war, einmal auf dem Boden lag, versetzte ihm Glenger Fußtritte auf den Rücken und an den Kopf, so daß Jurt laut vor Schmerzen aufschrie. Dem Kanonier Scholz, von dem er wußte, daß er einen verwachsenen Zeh hatte, trat er auf die Fußspitzen. Rekruten traktierte er in zehn Fällen mit Faustschlägen und an Kanoniere teilte er Faustschläge und Stöße aus. Wenn die Leute seiner Stube die Betten nicht ordentlich aufgebahrt hatten, warf er den Holzschmel auf sie. Das Kriegsgericht verurteilte den Sergeanten Becker wegen vorschriftswidriger Behandlung in einem Falle und wegen Mißhandlung Untergebener in 16 Fällen zu sechs Wochen Mittelarrest und den Obergefreiten Glenger wegen Annahme einer Befehlsbefugnis, wegen gefährlicher Körperverletzung in vier Fällen, vorschriftswidriger Behandlung in 20 und Mißhandlung Untergebener in 17 Fällen zu acht Monaten Gefängnis. Glenger wurde wegen Fluchtverdacht sogleich in Haft genommen.

### Der neue Pazifizierungsplan für Südwestafrika.

In einem ansehnlich inspirierten Artikel verbreitet sich die „Königliche Zeitung“ über die Art, wie der neue Gouverneur v. Lindequist in Südwestafrika die Unterwerfung der Aufständischen durchzuführen suchen werde. In dem Artikel heißt es:

Im Süden erscheint es uns möglich und angebracht zu sein, mit Morenga und seinen Anhängern Frieden zu schließen. Morenga und seine Unterführer haben sich während des bisherigen Verlaufes des Aufstandes als tapfere und ausdauernde Feinde erwiesen, die es verschmäht haben, wehrlose oder nicht im Kriege mit ihnen begriffene Europäer zu ermorden. Man braucht daher die Leute Morengas nicht wie Mordelnder, die der Todesstrafe verfallen sind, zu behandeln, sondern man kann ihnen Leben und Freiheit gewährleisten, falls sie sich freiwillig stellen, ihre Waffen abliefern und sich damit einverstanden erklären, daß sie weiter im Norden der Kolonie, fern von der englischen Grenze, in einem geschlossenen höheren Reservate angestellt werden. Eine solche örtliche Verschiebung von Eingeborenen innerhalb des Schutzgebietes ist nicht ohne Vorgang.

Im Gegensatz zu der Behandlung der Leute Morengas sollte man denjenigen Witbois mit keinerlei Friedensverhandlungen entgegenkommen. Sie haben sich gezeigt als gemeine, hinterlistige Mordelnder, wie am besten daraus hervorgeht, daß sie Herrn v. Burgsdorf, den jeder als ihren großen Wohltäter bezeichnen muß, hintertäts erschossen haben, als er sie vom Kriege zurückhalten wollte. . . . Man muß sie verfolgen und bekämpfen, bis sich der Rest von ihnen auf Gnade oder Ungnade ergibt. Die schuldigen Führer und überführten Mordelnder sind alsdann zum Tode durch den Strang zu verurteilen und die Uebrigbleibenden sind zu deportieren. . . .

Dem Stamme der Hereros gegenüber ist dann fortzuführen, auf friedlichem Wege die wirkliche allgemeine Waffenübergabe und die persönliche Bestellung zu erreichen. Um zu diesem Ziele zu gelangen, wird man sich der guten Dienste der alten einflussreichen Herero-Missionare zu bedienen haben. Hierbei wird es sich wohl empfehlen, daß der den Hereros bekannte Gouverneur Lindequist eine Verständigung erläßt, deren Inhalt durch die Missionare die weiteste Verbreitung gegeben wird, in dem Sinne, daß die deutsche Verwaltung mit dem Stamme der Hereros jetzt Frieden halten will und allen mit Ausnahme der nun namentlich aufzuführenden Leuten Verzeihung gewährt, daß aber ein jeder Herero, der nach vier Wochen noch im Besitze von Feuerwaffen oder Munition gefunden werden wird, kriegsgerichtlich zum Tode verurteilt werden wird.

Aus dem Artikel geht zunächst hervor, daß man die Hoffnung, mit den Aufständischen durch militärische Nachmittel fertig zu werden, endgültig aufgegeben zu haben scheint. So will man mit Morenga in aller Form Frieden schließen. Dieser Führer, heißt es jetzt, sei allezeit ein nobler Gegner gewesen. Doch vor einigen Monaten las man es anders! Da war Morenga ein „Räuberhauptmann“, der schlimmste von allen Pottentottenhäuptlingen, der mit eigener Hand zwei weiße Soldaten, die gefangen genommen worden seien, niedergeschossen habe. Heute nun ist er ein Gentleman geworden, mit dem das mächtige Deutsche Reich ohne Schaden für sein Prestige in aller Form Frieden schließen kann! Wäre der „anständige“ Feind weniger „tapfer“ gewesen, so daß er Trotha schon vor einigen Monaten in die Hände gefallen wäre, so wäre er höchst wahrscheinlich ohne viel Federlesens erschossen oder aufgenäpft worden. Uebrigens ist es nicht uninteressant, daß die „Anständigkeit“ Morengas damit begründet wird, daß er die „Wehrlosen“ geschont habe. General Trotha seinerseits gab bekanntlich den strikten Befehl, alle Hereros, Bewaffnete wie Unbewaffnete, Wehrfähige wie Wehrlose, ohne Unterschied niederschließen! Es ist deshalb auch nicht recht zu begreifen, warum Hendrik Witboi, der doch seinerseits den Deutschen so gute und treue Dienste geleistet hat, ohne Gnade gehängt werden soll. Ist es doch obendrein gar nicht bewiesen, sogar nach den bisherigen Nachrichten höchst unwahrscheinlich, daß ihn persönlich irgendwelches Verschulden für die Ermordung des Hauptmanns Burgsdorf trifft!

Ob die Diplomatie Lindequists von besserem Erfolge gekrönt sein wird, als die Ausrottungsstrategie Trothas, bleibt bei alledem erst abzuwarten.

Pretoria, 16. September. (Lassan-Weldung.) General Marij, der als einziger Buren general bei den deutschen Streitkräften in Südwestafrika Dienste genommen hatte, hat seine Stellung als Kommandeur des Transportdienstes niedergelegt. Er kehrt binnen kurzem nach Transvaal zurück. Ueber die Lage in Deutsch-Südwestafrika äußerte sich General Marij ziemlich pessimistisch. Der Herero-Aufstand breite sich weiter aus, sagt Marij, die Leute Witbois seien gut bewaffnet und erhielten ständig Zugang.

### Ein Gefecht gegen die Pottentotten.

Major Meister schlug am 13. September den Feind westlich Saruhas. Nach sechsstündigem Kuffite in dem steilen Gebirge und heftigem fünfständigen Gefecht, bei dem es zum Kampfe Mann gegen Mann kam, wurden die Pottentotten aus ihren starken Stellungen getrieben. Einem Teil gelang es, in nordwestlicher Richtung in Gebirgschluchten zu entkommen. Die Verfolgung wird fortgesetzt. Der Feind ließ 60 Tote auf dem Gefechtsfelde liegen. Auf unserer Seite fielen zwei Reiter, verwundet wurden Major Maerder, Schütz in die Linie Schulte, Oberarzt Korch, Schöber und 10 Reiter.

### Hustland.

### Frankreich.

Im reaktionären Fahrwasser. Paris, 14. September. (Eig. Ber.) Das „radikale“ Ministerium Rouvier entwickelt sich immer hoffnungsvoller. Bisher galt neben seinem Haupt der „demokratische“ Minister des Innern, Herr Etienne, als die reaktionäre Rolle dieser merkwürdigen Harmonie, aber der „radikalisocialistische“ Handelsminister ist Herrn Etienne schon fast über. Herr Dubief entpuppt sich als Sozialistenfresser erster Güte. Vor



ein paar Tagen erst hat er den Postbediensteten das farnose Verbot ihrer gemeinschaftlichen Vereinigung kundgemacht. Seine neueste staatskritische Zeitung ist die Maßregelung des sozialistischen Gewerkschaftsleiters Genossen Brizon in Lyon. Brizon wurde schon seit Jahren wegen seiner Besinnung isoliert und in immer elendere Verhältnisse versetzt. Jetzt hat Herr Dubief ihm die Zensur erteilt und überdies eine neue Verurteilung über ihn verhängt. Dabei hat der schneidige Minister seine blasse Ahnung von den von ihm zu handhabenden Gesetzesvorschriften. Ebenso wie sein Koalitionsverbot gescheitert war — mußte er es doch nachträglich mit allerlei Ausreden verkleinern — so sieht ihm auch kein Recht der Strafverfolgung zu. Vermutlich wird der Staatrat der Beschwerde Brizon's stattzugeben müssen. Aber bis dahin wird freilich Herr Dubief schon längst zu weiteren Blamagen geeilt sein.

#### Der Arbeitermord in Longwy.

Paris, 14. September. (Sig. Ver.) Trotz der Verführungsbefehle der Behörden und der von den Ausbeutern und ihrer Presse ausgeprägten Lügen ist es schon festgestellt, daß der Tod des von einem Dragoner erstochenen Arbeiters Quart nicht einem unglücklichen Zufall zuzuschreiben ist, sondern der bewußten Brutalität der Soldateska, an der auch Offiziere mitschuldig sind. Die 1200 Streikenden, die von Mont-Saint-Martin nach dem 1/2 Stunden entfernten Longwy gezogen waren, hatten dort nichts anderes getan, als daß sie die mit der Bahn ankommenden Streikbrecher auspufften und die Internationale sangen. Nebenfalls war gar kein Grund vorhanden, gegen sie gewalttätig einzuschreiten. Die von der „Agence Havas“ ausgesandte offizielle Darstellung behauptet nun, daß eine Abteilung Dragoner sich ohne Befehl vom ganzen Detachement abgelöst hätte und in die Masse der Demonstranten hineingeprengt wäre. Etliche von diesen hätten dann einen Karren umgeworfen und aus der Deckung Steine geworfen. Im Getümmel habe ein Dragoner, der sich von den auf ihn einströmenden Arbeitern habe befehlen wollen, ohne seinen Willen einen von ihnen tödlich verletzt. Es ist aber nachgewiesen, daß bei dem höchst überflüssigen und in der gegebenen Situation gefährlichen „Zerstreuungsmärsch“ die Dragoner mit den Gewalttätigkeiten angefangen haben. Durch das Zeugnis bürgerlicher Zuschauer ist festgestellt, daß ein Leutnant, der sich schon früher provokatorisch benommen hatte, er die Arbeiter mit einem Gummischlauch geschlagen hat. Auch Personen, die der Streikbewegung fernstanden, wurden mißhandelt. Jedenfalls ist das Benehmen dieser Offiziere eine merkwürdige Illustration zu der Streikinstruktion, die der Kriegsminister an die Offiziere eben dieses Streikgebietes erlassen hat. Daß die Behörden sich ihrer Schuld bewußt sind, geht daraus hervor, daß der Minister des Innern der Kamme des Ermordeten, der belgischer Unterthan war, telegraphisch 500 Fr. angewiesen hat. Und die Regierung bezichtigt, um sich der Verantwortung zu entziehen, lieber die glorreiche Armee der größten Disziplinlosigkeit.

#### Schweden.

Der sechste Sozialdemokrat des schwedischen Reichstages ist am Donnerstag in Eskilstuna in gewählt worden und zwar der Meister Schmied A. E. Krogg. Er regte mit 828 Stimmen über den liberalen Kandidaten, der 628 und den konservativen, der nur 213 Stimmen erhielt. Das Interesse und die Beteiligung an der Wahl waren lebhafter als je zuvor. Obgleich in Eskilstuna circa 1000 Arbeiter von der großen Ausperrung betroffen sind, hatten kaum 100 ihr Wahlrecht wegen Steuerzuschulden eingebüßt.

#### Angebliebene Mobilisierungen.

In Londoner Depeschen aus Schweden und Norwegen wird weiter von kriegerischen Rüstungen berichtet, wenn auch die Meinung vorherrscht, eine freundschaftliche Erledigung der Streitfrage sei wahrscheinlich. Aus Stockholm wird dem „Standard“ gemeldet, daß zahlreiche Militäraufzüge dort einlaufen. Die schwedische Flotte ist in drei Divisionen geteilt worden, von denen zwei nicht weit von der norwegischen Küste sich aufhalten. Alle Kriegsschiffe sind geschicklich. Norwegen steht mit größter Beschleunigung die Hafenstadt Horten am Kristiania-Fjord, wo die norwegischen Kriegsschiffe liegen, in Kriegszustand. Das Gerücht, mehrere Mächte hätten direkt interveniert, ist, wie der „Daily Mail“ aus Kristiania gemeldet wird, unwohl. Deutschland, Frankreich, England und Rußland machen nur freundschaftliche Vorstellungen. Dem Stockholmer Korrespondenten des „Daily Express“ wurde im dortigen Amt versichert, die Lage in Stockholm sei durchaus nicht hoffnungslos. Daß England als Schiedsrichter auftreten werde, sei nicht wahrscheinlich, doch werde vielleicht England seine freundschaftlichen Dienste zur Verfügung stellen, falls die Lage sich entsprechend gestalte.

#### Amerika.

Abnahme der Farmbevölkerung. In verschiedenen Einzelstaaten hat der Zensus über die letzten fünf Jahre gezeigt, daß die Farmbevölkerung langsam im Abnehmen begriffen ist. Die Zunahme der Bevölkerung im Staate Minnesota um 225 000 Seelen beschränkt sich fast nur auf die großen und kleinen Städte. Alle alten Landbesitzer haben verloren und nur in Gegenden, wo noch junges, unentworfenes Land zu haben war, war eine Zunahme der Bevölkerung zu verzeichnen. In Iowa, einem Farmstaat, hat sich die vereinzelt dastehende Lohse ergeben, daß die Gesamtbevölkerung in den letzten fünf Jahren um 15 000 abgenommen hat. Zu gleicher Zeit haben aber alle Städte in Iowa mit über 5000 Einwohnern ihre Bevölkerung vermehrt. Die 28 Städte dieser Klasse haben um 77 000 zugenommen. „Commercial West“ bemerkt, daß Iowa's Farmer 140 000 Personen in den letzten fünf Jahren verloren haben. Viele sind nach dem Nordwesten von Kanada gezogen, wo die Farmer besseres und billigeres Land bekommen konnten. Das genannte Blatt meint, man habe für die Farmer in der letzten Zeit viel getan, und trotzdem fliehe der Strom der Bevölkerung von dem Lande immer stärker nach den Städten; die meisten glauben, sie könnten als Arbeiter in den Städten mehr verdienen. Man habe das Landriesertragsystem eingeführt, was große Zuschüsse erfordere; man habe Telephonverkehre eingerichtet, neue elektrische Bahnen verlägen vielfach die langen Entfernungen, aber es nütze alles nichts, die Farmbevölkerung nehme ab. Was die Hauptsache ist, die Ausbeutung des Farmers ist ungeheuer gestiegen, er kann trotz aller Anstrengungen nur, wie man in Amerika sagt, „sein Leben machen“. Von der schönsten Ernte nehmen die Eisenbahnen einen Löwenanteil, die Großhändler bereichern sich; die Kapitalisten, die dem Farmer Geld vorstrecken, fordern hohe Zinsen. So ist der Farmer überall abhängig und wird es mehr, immer nur für die Geldhais zu arbeiten. In den Städten geht es ihm als Arbeiter zwar nicht besser, aber der junge Nachwuchs probiert es lieber in den Städten.

#### Zu den Unruhen im Kaukasus.

Tiflis, 15. September. Das Blatt „Kaukas“ veröffentlicht einen Aufruf des kaiserlichen Statthalters an die Bevölkerung, in dem auf den schädlichen Charakter der geheimen Parteien und Gesellschaften hingewiesen wird, die vermittelst eines ungesetzlichen Kampfes eine Abänderung der Verwaltung erstreben. Der Aufruf macht auf die verderblichen Folgen der Propaganda dieser Organisationen aufmerksam, welche zu agitatorischen Zwecken die Bedürfnisse der Arbeiter und Bauern ausbeuteten und diese, wie es sich gezeigt habe, dem Ruin entgegenführten. So sei Baku, das, vor kurzem noch in Blüte, Tausenden von Arbeitern durch seinen gewaltigen Handel und seine Fabriken die Mittel zum Lebensunterhalt gewährt habe, in Untätigkeit verfallen. Die Fabriken hätten zu arbeiten aufgehört, die Bauern, durch die Agitation verleitet, hätten sich an die Grundbesitzer zu verkaufen, deren wirtschaftlicher Untergang sie selbst um ihre Einkünfte bringe. Der Aufruf weist ferner die Bauern auf die Verpfändung hin, die durch die Plünderungen hervorgerufenen Verluste zu erzeugen

und setzt den wühlenden Einfluß der Einführung der Reichsduma auf die Interessen der Bevölkerung auseinander; sie werde den geheimen Organisationen den Boden zur Ausübung ihrer Tätigkeit entziehen. Der Statthalter fordert zum Schluß die Bevölkerung, Presse und die öffentlichen Körperschaften auf, ihm bei der Verhütung des Landes zu unterstützen.

Odeffa, 16. September. Aus dem Militärbezirk Kiew gehen Teile des 21. Armeekorps über Odeffa nach dem Kaukasus ab.

#### Bestrafung der Semstwo's.

London, 15. September. („Bureau Laffan.“) Das russische Ministerium des Innern hat, wie der „Standard“ erfährt, ein vertrauliches Rundschreiben an alle Gouverneure und Bürgermeister erlassen, worin streng befohlen wird, alle Semstwo-Mitglieder scharf zu überwachen und in gewissen besonders angegebenen Fällen energisch einzuschreiten. Das vom 3. September n. St. datierte Rundschreiben lautet:

Trotz der strengen Befehle Sr. kaiserl. Majestät haben einige Semstwo- und städtische Abgeordnete und eine gewisse Anzahl Privatpersonen sich Anfang Juni in Moskau versammelt, was sie einen Semstwo-Kongreß nannten. Sie erörterten zuerst die Frage, wie das Kaiserl. Reskript vom 3. März bezüglich der Wahl von Abgeordneten zur Teilnahme an der Vorbereitung von Gesetzen durchgeführt werden sollte.

Der Wortlaut des Erlasses Sr. Majestät, welcher letztere die Verbesserung der Landesverhältnisse und der wirtschaftlichen Verhältnisse der Nation, und zwar unter vollständiger Erhaltung der auf dem unbeschränkten Absolutismus beruhenden gegenwärtigen Form der Regierung bezweckt, wurde von den Kongreßteilnehmern in betrügerischer Absicht falsch ausgelegt und gefälscht. Die durch die Güte des Jaren dargebotene Freiheit wurde von dem Kongreß verächtlich verworfen, und dieser entwarf kraft seiner eigenen Autorität einen Vorschlag für eine repräsentative Regierung nach dem Vorbild der westeuropäischen Verfassungen, die auf dem allgemeinen Stimmrecht beruhen sollte.

Nachdem die Semstwo-Mitglieder dies getan haben, versuchen sie jetzt, die ganze Nation zu verführen, indem sie diese ihre Forderungen durch Flugblätter im ganzen Reiche propagieren. Dadurch erklären die Mosauer Semstwo-Mitglieder der durch die Gnade unseres Herrn eingesehten bestehenden Regierung den Krieg und wollen sie abschaffen. Es ist deshalb die Pflicht der Nation, eine solche Institution aufzuheben.

Wenn auch die Nation dem Selbstherrschertum treu ist, so könnte doch die Bevölkerung gewisser Bezirke durch jene Feinde des Jaren verführt werden und infolge der bereits bestehenden Mißverständnisse ernste Störungen veranlassen. Dies würde um so mehr unvermeidlich sein, als die Mitglieder der Semstwo's die kaiserlichen Erlasse nicht nur falsch auslegen und fälschen, sondern auch behaupten, die Regierung tue das gleiche mit den Beschlüssen der Semstwo's.

Die Nation wird nicht instande sein, die Lügen in diesen Flugblättern zu entdecken, besonders da die Semstwo-Mitglieder sich als von der Regierung berufene aktive Befehlshaber hinstellen.

Es ist deshalb absolut nötig, gegen diese Demagogen die strengsten Mittel zu ergreifen. Deshalb soll jedes Semstwo-Mitglied durch Geheimagenten besonders überwacht werden; müssen die Semstwo-Mitglieder verhandelt werden, irgendwelche Publikationen herauszugeben und zu verbreiten, darf unter keinen Umständen gestattet werden, daß die Stadt- oder Dorfbevölkerung von diesen Leuten veranstaltete Versammlungen besucht; soll jedes Semstwo-Mitglied, gegen welches die geringste Anklage vorgebracht wird, z. B. wegen Verbreitung von Flugblättern, verhaftet und den Gerichten überwiesen werden.

Die Polizeibehörden haben nach diesen Anweisungen energisch zu handeln. Auch alle mit den Semstwo-Mitgliedern in der geringsten Verbindung stehenden oder bei der Verbreitung von Flugblättern beteiligten Personen sind genau zu überwachen.

Sobald einmal die Semstwo's erledigt sind, werden die Unruhen im Lande von selbst aufhören.

#### Versammlungen.

##### Gegen die Ueberarbeit und Hausarbeit in der Tabakindustrie.

Am Freitag fand bei Wille in der Brunnenstraße eine öffentliche Versammlung der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen statt, die außerordentlich zahlreich besucht war. Mit lebhaftem Interesse folgten die Versammelten dem Vortrag Dr. Jadel's über das Thema: „Der notwendige Kampf der Arbeiterschaft gegen die Ueberarbeit und Hausarbeit“. Auf Grund wissenschaftlicher Erkenntnisse und Erfahrung des Arztes schilderte der Redner die Gefahren für Leben und Gesundheit, die mit der Bearbeitung des Tabaks unter den bestehenden Verhältnissen verbunden sind. Man sei heute, bemerkte der Redner, etwas anderer Meinung als früher; man sehe nicht mehr das Nikotin, das Tabaksgift, als das eigentlich schädliche an, das die vielen Erkrankungen, namentlich auch die ungeheure Zahl der Todesfälle an Lungen-schwindsucht der Tabakarbeiter verursacht, sondern vielmehr die Wirkung des Tabaks als Staub, ferner die einseitige Körperhaltung und Beschäftigung, das allzu lange Sitzen, das die Tätigkeit der Atmungsorgane beeinträchtigt, wodurch dann wiederum die Fertigkeit geschädigt werde, und das außerdem zur Blutüberfüllung der Unterleibsorgane führe. Dann bringe es auch der Umstand, daß die Arbeit in geschlossenen Räumen ausgeführt wird, mit sich, daß man verdorbene, mit Kohlenstoff überfüllte Luft einatme und gegen frische Luft übermäßig empfindlich werde. Zwei große Gruppen von Erkrankungen, unter denen die Tabakarbeiter vor allem zu leiden hat, nannte der Redner: die Verdauungsstörungen, die selbst bei leiblicher Nahrungszufuhr schlechte Ernährung, Mangel an gutem Blut zur Folge haben und dazu führen, daß es kaum noch Arbeiter und Arbeiterinnen gäbe, die nach längerer Tätigkeit in der Tabakindustrie noch eine ordentliche Ausbildung hätten, die meisten mehr oder weniger an nervösen Beschwerden, Schwindelanfällen, Schlafstörungen usw. litten; dann die Erkrankungen der Atmungsorgane, besonders die Lungen-schwindsucht, die die Hälfte aller Todesfälle verursacht. Der Redner wies darauf hin, wie alle jene schädlichen Einflüsse und damit auch diese Krankheiten in ganz hervorragender Weise durch die von jeder geschlossenen Kontrolle ausgeschlossene Heimarbeit, und ebenso durch die Ueberarbeit, die ja ihre Hauptstütze in der Hausarbeit findet, gefördert und erhalten werden, wie in den erdärmlichen, zu einem großen Teil im Scheinviertel liegenden Wohnungen der Hausarbeiter oft lungenkranke Personen, die ja die Arbeit des Zigarrenrollens und Zigarrenschneidens noch im höchsten Stadium der Krankheit ausführen können, ihren ständigen Aufenthalt auf den Hochböden suchen, wo ohne genügende Aufsicht keine Kinder herumspielen, die alles anzufassen und in den Mund zu stecken pflegen, und wie die Kinder selbst, sobald sie nur ihre zarten Finger zweckmäßig gebrauchen können, zur Arbeit herangezogen werden. Der Redner kam zu dem Schluß, daß dieses Hauptübel der Tabakindustrie leicht zu beseitigen wäre durch Ausrottung der Hausarbeit. So lange das nicht zu erreichen sei, müsse verlangt werden, daß die geschlossenen Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter und Arbeiterinnen in vollem Maße auf die Hausarbeit ausgedehnt werden. Vor allem aber müsse für die Aufklärung der Arbeiterschaft selbst gesorgt werden, daß alle den Gedanken der Solidarität erfassen, sich nicht zur Ueberarbeit hergeben, als Kulturmenschen Ansprüche an das Leben stellen und sich in ihrer Organisation vereinigen, um anständige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. — Dem mit lebhaftem Beifall aufge-

nommenen Vortrag folgte eine Diskussion, in der unter anderem erwähnt wurde, daß es nach Arbeiter und Arbeiterinnen gibt, die sich bereit finden, ja, sich sogar dazu anbieten, nach Fabrikfabrik nach Arbeit mit nach Hause nehmen, und daß manche sich nicht einmal Zeit gönnen, ihre Notdurft zu verrichten, und sich dadurch Blasen- und andere Krankheiten zuziehen. Der Vorsitzende Dr. Jadel erwähnte besonders die Gesundheits-schädigungen, die den Konsumenten durch die Herstellung der Tabakfabrikate in mit Kraftstoffstoffen überfüllten Wohnungen der Heimarbeiter erwachsen und bemerkte, daß auch durch Aufklärung des Publikums an der Ausrottung dieses verderblichen Systems gearbeitet werden soll. Derselbe Redner wies auch auf die Vorteile hin, die besonders wieder in letzter Zeit durch Verhandlungen mit Arbeitgebern mittels der Organisation erzielt worden sind. Wollte doch ein Arbeitgeber trotz der großen Steigerung der Lebensmittelpreise Lohnabzüge durchzuführen, die einen Ausfall von 3 bis 6 R. vom Wochenverdienst zur Folge gehabt hätten. Durch die Organisation ist es gelungen, diese Verschlechterungen der Löhne abzuwehren. Der Referent bemerkte in seinem Schlußworte unter anderem, daß die Heimarbeiter der Tabakindustrie auch bei Choleraepidemien in ganz besonders hohem Maße gefährdet sind. — Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Versammlung erklärt nach dem Vortrage Dr. Jadel's, daß es dringend notwendig ist, zu den geschädigten Gefahren der Ueberarbeit und Hausarbeit Stellung zu nehmen, um die Degeneration der gesamten Tabakarbeiter-schaft, die dieses selbstmörderische Arbeitssystem mit sich bringt, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen, und daß sich auch zu diesem Zweck alle Kollegen und Kolleginnen in der Organisation der Tabakarbeiter vereinigen müssen.“

Verband holländischer Arbeiter. Eine Versammlung für die Arbeiter des Gaswerks Mariendorp fand am 11. d. M. bei Reichardt statt. Die sehr gut besuchte Versammlung beschäftigte sich nach einem Referat Polenskes über „Den Kampf um die Organisation“ mit den Zuständen innerhalb des Betriebes. Ein erbitterter Kampf, anders kann man die verschiedenen Maßregeln nicht nennen, wird seitens der Beamten unter offener Zustimmung der Betriebsleitung gegen die Organisation geführt. Durch Verweisung in schlechtere Arbeiten, Aufhebung kleiner Vergütungen, sowie persönliche Beeinflussungen sucht man die Arbeiter der Organisation zu entfremden. Offen vorgehen hat man nach den Erfahrungen der letzten Wochen nicht den Mut und so versucht man durch Redseligkeit nach berühmten Mustern die Arbeiter wankend zu machen. An dem festen Willen der dortigen Kollegen werden aber diese Versuche scheitern.

In einem sonderbaren Lichte aber präsentiert sich die Direktion. Bei jeder Gelegenheit versichert sie hoch und heilig, daß sie gegen die Organisationsbestrebungen der Arbeiter nichts einzuwenden hat und daß daraus den Arbeitern keine Nachteile in ihrer Beschäftigung entstehen. In der Praxis, wenigstens in Mariendorp, und unter den Augen des Direktors scheint dies Versprechen keine Gültigkeit zu haben. Die Erregung unter den Arbeitern ist denn auch eine gewaltige, und nur dem besonnenen Auftreten der Vertrauensleute ist es mit zu verdanken, daß es noch nicht zum Meuterei gekommen ist. Sollte nicht bald der Druck nachlassen, müssen andere Schritte unternommen werden.

Am selben Abend fand in Berlin die Verichterstattung der sämtlichen Ausschüsse der J. G. A. statt. Die Hauptforderung, Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 resp. 9 Stunden wurde mit der Retikulation abgelehnt, die Direktion könne oder wolle der Stadtverwaltung in dieser Frage nicht vorgehen. Man sei davon überzeugt, daß sich die Einführung der verkürzten Arbeitszeit außerordentlich gut bewähre, die Erfahrungen in England haben dies gezeigt, auch für Berlin sei die Verkürzung der Arbeitszeit sehr gut und ohne Schwierigkeiten einzuführen. Aber man wolle nicht. Daß eine derartige Erklärung eine Provokation der gesamten Arbeiter bedeutet, scheint den Herren dabei nicht in den Sinn gekommen zu sein. Als vorläufige Antwort beschloß die Versammlung einstimmig für den Kampf der Gasarbeiter einzutreten.

Eine allgemeine Uhrmacher-Versammlung tagte am 14. d. M. in den Arminhallen. Genosse Ossowich hielt einen Vortrag: „Eine Wanderung durch das Riesengebirge“. Diskussion fand nicht statt. Unter Punkt 3 der Tagesordnung wurde hauptsächlich über die Elektrizitätszähler-Gesellschaft Professor Dr. Anton Kluge geführt. Hauptgegenstand sei das willkürliche Nachsehen der fertiggestellten Werke durch die angestellten Kontrolleure eine Ursache der Unzufriedenheit der Kollegen. Es seien hierunter die jüngeren Kollegen am meisten, da die älteren eingearbeiteten Leute denselben vorgezogen werden, weil sie mehr liefern. Es ist deshalb der Verdienst der jungen Kollegen vielfach ein sehr minimaler und schwankt zwischen 7 bis 18 R. wöchentlich. An der Diskussion hierüber beteiligten sich eine große Anzahl Kollegen, die diese Ausführungen noch ergänzten und die Kollegen aufforderten, Front gegen eine solche Arbeitsmethode, wie sie bei der Firma herrscht, zu machen. Die Versammlung stimmte einer Resolution zu, welche Kenntnis nimmt von den traurigen Verhältnissen. Sie verpflichtete sich nach Kräften in den Betrieben zu agitieren und durch Anschluß an den Deutschen Metallarbeiter-Verband bessere Verhältnisse zu schaffen.

#### Letzte Nachrichten und Depeschen.

##### Vom afrikanischen Kriegsschauplatz.

Berlin, 16. September. (W. Z. V.) Gouverneur Graf von Göben telegraphiert unter dem 16. d. M., daß die Marine-Infanterie aus dem österreichischen Lloyd-Dampfer „Ardor“ heute in Dar-es-Salam gelandet worden ist. Zur Verhütung der Bezirke Lindi, Kilwa und Morogoro werden größere Detachements der Schuttruppe vorgehoben, die ihren Rückhalt in kleineren Abteilungen der am festen Punkte liegenden Marine-Infanterie haben werden. Die Innenstationen, die vorläufig sich selbst überlassen bleiben müssen, erscheinen auch zu Offensivvorhaben stark genug. — In den Bezirken Wafuge und Iringa sind einzelne Teile der Bevölkerung aufständisch. Die in Iringa stehende Kompanie Schuttruppe hatte unter Hauptmann Rigmann in den Uthungwe-Mandbergen ein siegreiches Gefecht. Die Wafuge-Hauptlinge befinden sich bei Hauptmann Rigmann. Die Station Iringa selbst ist gesichert.

##### Zum schwedisch-norwegischen Konflikt.

Karlshad, 16. September. (W. Z. V.) Laut offizieller Mitteilung ist Grund zu der Hoffnung vorhanden, daß die schwedisch-norwegischen Verhandlungen binnen kurzem zu einem positiven Resultat führen. Die Verhandlungen werden morgen fortgesetzt.

##### Die Revolution in Rußland.

Tiflis, 16. September. (Wiedung der „Petersburger Telegraphen-Agentur“.) Alle Institutionen in Baku einschließlich der Regierung sind außer Tätigkeit. Alle Bäden sind geschlossen. Die Hauptnahrungsmittel, deren Preis ungeheuer gestiegen ist, sind in ungenügender Menge vorhanden. Die Bevölkerung leidet Hunger, es fehlt an Brot. Vollständige Anarchie hält nach wie vor an.

Baku, 16. September. Die Stadt ist in zwei feindliche Lager geteilt, ein armenisches und ein tatarisches. Die erzwungene Ruhe hält an. Fast alle Bureaus und Bäden sind geschlossen. Die Nord-taten, die die freitenden Rassen gegen einander begehren, geschehen statt mit Schusswaffen mit Stabwaffen, damit nicht die Truppen zum Einschreiten herbeigerufen werden.

##### Die Cholera.

Rastenburg, 16. September. (W. Z. V.) Wie die „Rastenburg Zeitung“ meldet, sind heute fünf Familien von zusammen 20 Personen aus Rastniseim, die mit der verstorbenen Infamantfrau Scheffler in Berührung gekommen waren, in die Choleraabarde Rastniseim gebracht worden.



# Weltfrieden und Proletariat.

Internationale Stimmen.

In der gegenwärtigen internationalen Situation, wo alle Machtverhältnisse in Gärung begriffen sind und täglich Explosionen und Katastrophen eintreten können, ist die Klärung des Proletariats über seine Aufgaben in den internationalen Krisen der kapitalistischen Staaten dringende Aufgabe. Welche Pflichten und Möglichkeiten hat das Proletariat zur Erhaltung des Weltfriedens?

Unsere ausländischen Korrespondenten haben über dieses Problem hervorragende Parallelen und auch vereinzelte radikale „Intellektuelle“ befragt. Die Gedanken, die diese Männer entwickelten, seien nachfolgend wiedergegeben. Allen gemeinsam ist die Hoffnung, daß nur das Proletariat zu retten vermag.

## Frankreich.

Niemand bezweifelt, daß die Grundursache der Kriege heutzutage die kapitalistischen Konflikte sind, und die kapitalistische Konkurrenz, die die Märkte und Kolonien der entlegenen Länder zum Streitgegenstand macht und sich mit allen Nachmitteln des Militarismus wappnet. Dazu kommen die Rivalitäten, die aus alten Konflikten stammen, die Komplikationen der Dynastien und vergangener in ihren Keiten fortlebender Herrschaftssysteme. So treten zu den Verantwortlichkeiten der Kapitalistenklasse die der Herrschenden, deren Versuche, einen schiedsgerichtlichen Ausgleich zu finden, in manchen Fällen von geringerer Wichtigkeit gewissen Wirkungen vorbeugen, aber niemals gegen die Hauptwirkungen, geschweige gegen die sozialen Ursachen, die die Kriege erzeugen, Abhilfe schaffen können.

Es gibt Umstände, wo die wirtschaftliche und politische Gewalt des Konflikts, ohne das Gegengewicht einer organisierten proletarischen und sozialistischen Macht, den Krieg unweidlich hervorzubringen läßt, wie eine Naturkraft das Gewitter. Und dieser Krieg kam dann, wie der Krieg im fernem Osten, das einzige und unvermeidliche revolutionäre Mittel sein, das die Beziehungen und das Gleichgewicht der betroffenen Länder und der ganzen Welt verändert und, wie im Fall des russisch-japanischen Kriegs mit dem Hervorbrechen und dem Verlauf der russischen Revolution, durch den Sturz völkerverfeindlicher Absolutismen den Marsch der internationalen proletarischen Revolution beschleunigt.

Durch diese Ereignisse, die immer seltener werden, die aber die moderne Produktion selbst ins Leben gerufen und ihre Verallgemeinerung in der ganzen Welt bewirkt haben, sieht sich die Welt immer mehr von der kapitalistischen Produktion und Gesellschaft ganz in Anspruch genommen, also von einer wachsenden proletarischen und sozialistischen Formation.

Je mehr diese proletarische und sozialistische Formation wächst, desto mehr wird das Proletariat, auf dessen Kosten die blutigen kriegerischen Konflikte ausgetragen werden und gegen dessen Forderungen der Krieg auch als Instrument der kapitalistischen Herrschaft dient, die Stütze, der wesentliche Faktor des internationalen Friedens. Die Tatsache des Klassenkampfes selbst wirkt in diesem Sinne.

Und überall, wo seine Aktion genug stark und bewußt ist oder sein könnte, hat das Proletariat einzugreifen, um dem Krieg — der sein gegenseitiges Hinschlachten bedeutet — vorzubeugen und ihn zu verhindern. Es muß hindern, daß es gegen seinen Willen in den Kampf wider sich selbst getrieben werde. Denn die Proletarier des anderen Landes, die es auf Befehl der Kapitalisten und der Regierungen tötet, sind seine Brüder, seine Waffenbrüder im proletarischen und sozialistischen Kampf gegen die Kapitalisten und gegen die Regierungen. Und die erste Wirkung des brüdermörderischen Krieges ist die Verletzung der gemeinsamen Forderungen, die Verzögerung der proletarischen Revolution.

Es ist also die Aufgabe der Proletarier und Sozialisten aller Länder, nach Maßgabe ihrer Kräfte alle nationalen und internationalen Vorkehrungen zu treffen, um den Kriegen vorzubeugen und sie zu verhindern.

Um von mir zu sprechen — und die sozialistische Föderation des Seine-Departements hat diesen Gesichtspunkt sofort zu dem ihren gemacht — so habe ich geschrieben, daß wir, um zu verhindern, daß Frankreich vom Jaren in den russisch-japanischen Krieg hineingezogen und in einen Krieg mit England verwickelt werde, den Generalstreik der Arbeiterschaft herbeizuführen und zum Aufstand greifen müßten. Und ich bin der festen Meinung, daß in diesem Falle, wo die Lösung offensichtlich unendlich leichter war, als in dem eines europäischen Krieges, die Haltung der sozialistischen Partei in Frankreich, die damals im Denken und Handeln einmütig war, im Verein mit dem friedfertigen Vorgehen Englands die Hauptursache gewesen ist, die den Bruch der Neutralität und die Ausdehnung des Krieges verhinderte hat.

Ein andermal könnte eine Drohung, ein Widerstand, der sich wie in diesem Falle auf die Agitation, die öffentliche Meinung, das Parlament beschränkt, nicht ausreichen. Und es ist sicher, daß zum Beispiel in dem Falle, daß die ersten Zwischenfälle der marokkanischen Angelegenheit zum europäischen Krieg geführt hätten, nichts Entscheidendes von unserer Seite, weder in Deutschland noch in Frankreich, zu seiner Verhinderung hätte geleistet werden können. Und obgleich die Sozialisten ihr Möglichstes getan haben, so war ihre Intervention, abgesehen von ihren Erklärungen in den Parlamenten, in der Presse und in den Versammlungen und von der — verboten — Entsendung Jaurès nach Berlin, doch allzu wenig wirksam.

So darf es in Zukunft nicht mehr sein. Ein Fall solcher Art muß und bereit finden.

Die sozialistischen Parteien aller Länder, die bereits durch das internationale Bureau verbunden sind, müssen in noch engere Beziehungen zu einander treten. Sicherlich können die Mittel der nationalen und internationalen Aktion nur immer in einer dem besonderen Falle und den gegebenen Umständen angemessenen Weise zur Anwendung gebracht werden. Aber die allgemeinen Direktiven, Bedingungen und Lösungen, die nach den Umständen ihre Form und besondere Bestimmung in einer zusammenfassenden und möglichst einheitlichen Aktion der internationalen sozialistischen Arbeiterschaft erhalten sollen, können vorgegeben werden.

Werden wir das nationale und internationale Proletariat gegen den Krieg mobilisieren können, werden wir hierauf dem Aufgebot der zunächst betroffenen Länder die gleichzeitige Unterstützung der Sozialisten und Proletarier der anderen Länder verschaffen, so werden wir, wenn wir den Krieg verhindern, unsere Pflicht getan, einen Akt proletarischen und sozialistischen Klassenkampfes par excellence vollbracht haben. Wir müssen es wenigstens versuchen.

Und die Mobilisation hätte nicht nur den einen glänzenden Effekt! Da ihre Möglichkeit einmal bewiesen wäre, gäbe sie dem Proletariat das Bewußtsein seiner organisierten Kraft und den Willen, sie zu nutzen.

Paris. **Edouard Vaillant.**

Ich bin von jeher ein Anhänger des moralischen und intellektuellen Bündnisses Frankreichs und Deutschlands. Die gegenseitige Sympathie hatte diese beiden großen Völker, die Triebkräfte der höchsten Kultur, am Ende des 18. und im Laufe des 19. Jahrhunderts einander genähert. Aber diese Annäherung wurde gewaltsam unterbrochen, das erstemal durch die Verantw. der napoleonischen Eroberungskriege, hierauf durch die der Visardischen Pläne. Trotzdem ist sie auf dem Wege, sich wiederherzustellen. Sicherlich nicht durch neue brüdermörderische Kriege kann sie befestigt werden, sondern

durch den gesunden Sinn der französischen und deutschen Demokratie, das heißt durch das Eingreifen und mit Hilfe der Menschen, die guten Willen sind: Denker, Gelehrte und Proletarier. Ihnen ist die Aufgabe gestellt, die Regierungen zu nötigen, in der Welt einen Frieden zu begründen, der endgültig und dauernd sein würde, weil er nicht auf der Macht der Eroberung, sondern auf der Solidarität der Gefühle und Interessen und auf der freien Zustimmung aller Völker gegründet wäre.

Paris. **Verhelot.**  
\*) Der große Chemiker und ehemalige Minister.

Es ist mir wirklich unmöglich, auf die Frage, die Sie mir stellen, mit der Ausführlichkeit zu antworten, die Sie verdient. Aber ich glaube mit allen, die sich heutzutage mit sozialen und politischen Fragen beschäftigen, eines Sinnes zu sein, wenn ich der Meinung bin, daß das Proletariat oder vielmehr die Welt der Arbeit einer der wesentlichen Faktoren, wenn nicht der wesentliche Faktor in der Bewegung ist, die den Regierungen eine Herrschaft des Friedens aufzuzwingen strebt. Schon die wachsende Bedeutung der materiellen, finanziellen, kommerziellen und industriellen Interessen hat zur Verminderung der Kriege mächtig beigetragen, obzwar diese materiellen Interessen manchmal die Ursachen von Kriegen, namentlich von Kolonialkriegen gewesen sind. Jedenfalls hat das immerzu erschlaffende Bewußtsein der wirtschaftlichen Solidarität der Nationen und der Notwendigkeit des Friedens für die Entwicklung des Reichtums ebenso beigetragen, im modernen Bewußtsein den Abscheu vor den Krieg zu entwickeln, wie die sittlichen Ideen, die durch die Philosophie des 18. Jahrhunderts verbreitet worden sind. Demgemäß haben auch die Nationalökonomien unter den Aposteln des Friedens in der ersten Reihe gestanden.

Aber die Aktion der Volksmassen ist noch viel mächtiger. Sie sind es ja, die die Last des Krieges und des Militärbudgets am schwersten drückt. Sie sind es, die am besten fühlen, wie viel die Verminderung dieses Budgets zu ihrem Wohlbefinden beitragen könnte. Und sie sind es auch, die am stärksten empfinden, daß es Fragen von allgemeinem menschlichem Interesse gibt, die für die Mehrheit der Menschen den nationalen Fragen vorangehen. Daß dieser internationale Gesichtspunkt, zu dem die Entwicklung der sozialistischen Ideen die Proletarier aller Länder führt, vom Standpunkt der Macht gewisser Staaten seine Nachteile hat, infolge der ungleichen Entwicklung dieser Ideen sowie der Friedensbestrebungen leugne ich nicht. Aber ich analysiere jetzt die Ursachen und unterlasse nicht, ob man sich über sie freuen oder betrüben soll. Vor zwanzig Jahren habe ich geschrieben: „In fünfzig Jahren werden die sozialen Fragen eine solche Wichtigkeit erlangt haben, daß die Fragen der reinen internationalen Politik mit ihnen verglichen wenig bedeutend erscheinen werden.“ Das ist, wie ich glaube, eine notwendige Bewegung, der man sich nicht entziehen kann. Die Welt der Arbeit, für die die Fragen der reinen Politik in den Hintergrund treten, gegenüber den nationalen und internationalen Beziehungen von Kapital und Arbeit, die sich nur durch den Frieden verbessern können, ist gezwungen, den Frieden zu wollen. Und da sie heute überall eine direkte Einwirkung auf die Leitung der internationalen Angelegenheiten besitzt, wird sie einen immer wachsenden Einfluß im Sinne des Friedens ausüben.

Diese friedliche Bewegung kann und soll sich mit dem Bewußtsein der Pflichten aller gegen die nationalen Gemeinschaften verbinden, deren Gedeihen für die Sicherheit und für die intellektuelle, moralische und materielle Entwicklung aller Klassen der Gesellschaft notwendig ist. Aber ich habe in diesen wenigen Zeilen nicht über soziale Moral sprechen wollen, sondern ich wollte nur andeuten, warum in meinen Augen der Weltfrieden keine mächtigere Triebkraft hat als die Arbeiter der ganzen Welt, welches auch die Rivalitäten sein mögen, die sie oft von einander trennen.

Paris. **Gabriel Monod.**

\*) Hervorragender Geschichtsschreiber.

## Italien.

Die Frage nach den Aufgaben des Proletariats in der Friedenspolitik ist sehr allgemein und scheint mir nicht geeignet, eine genaue und konkrete Antwort zu finden.

Das Interesse des Proletariats an der Friedenspolitik liegt auf der Hand, sei es, um nicht im „alten Kriege“ als Kanonensutter zu dienen, zum Vorteil der kriegführenden Kapitalisten, sei es, um nicht durch Abgaben auf den nötigsten Lebensmitteln den größten Teil der Militärausgaben während des „chronischen Krieges“ aufzubringen.

Was nun die Aufgaben des Proletariats in der Friedenspolitik betrifft, so möchte ich keine andere als die der sozialistischen Aktion in ihrer Mannigfaltigkeit und Formensülle. Die sozialistische Propaganda, von der die spezielle, antimilitaristische ein wichtiger Bestandteil ist, und die Organisation des Proletariats — auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete — sind die sichersten Quellen jener sozialen Energien und politischen Kräfte, die auch in einer Gesellschaft, in der der Militarismus unausrottbar ist, die Friedenspolitik fördern können.

Es ist ohne weiteres klar, daß „der Frieden“ einzig und allein durch jene tiefgehende soziale Umgestaltung gesichert werden kann, die eben die internationale sozialistische Partei anstrebt.

Inzwischen können wir nur die Keime der neuen Menschlichkeit ausstreuen, pflegen und kräftigen, besonders dadurch, daß wir den Arbeitern aller Länder die Augen öffnen über die Gründe und Zwecke des sogenannten Nationalismus, der nicht auf der Liebe zum eigenen Lande beruht, sondern auf dem Haß gegen das Fremde, und so trefflich den Interessen der Kapitalisten dient.

Es ist natürlich, daß aus dem durch unsere Propaganda geschaffenen Bewußtsein heraus das Proletariat bei jedem Vorwande zu internationalen Konflikten jene feierlichen Manifestationen internationaler Solidarität organisieren wird, die schon heute ein Element darstellen, mit dem die Diplomatie der Höfe ihre Rechnung machen muß.

Spalato, den 7. September. **Enrico Ferri.**

Ich gestehe, daß die Frage nach den Aufgaben des Proletariats in der Friedenspolitik sehr viel schwieriger ist als sie auf den ersten Blick erscheint.

Mit Tolstoi dem Proletariat anraten, nicht die Waffen zu brauchen, ist schnell getan; aber um an die Verwirklichung dieser Forderung zu glauben, müßte man in jedem Proletarier eine unbegrenzte sittliche Energie vermuten, die all den Grenzen standhält, aber die der Militarismus in den Fällen von Behördensverweigerung verfährt, und deshalb ist es eitel, an dieses Mittel zu denken. Weniger schwierig wäre es, durch den Druck des Proletariats zu erzwingen, daß kein Krieg erklärt werden kann ohne die Einwilligung einer großen Kammermehrheit — vorausgesetzt natürlich, daß die Kammer mit allgemeinem Wahlrecht gewählt wird; in anderem Falle wäre eine Urabstimmung über die Frage zu erzwingen. Und auch dieser Vorschlag taugt, wie ich fürchte, nur bitter wenig.

Die Idee des Krieges, mit seinem vermeintlichen kriegerischen Ruhm, wozu so tief und atavistisch im menschlichen Herzen, daß es der korrumpierenden Schlangel der herrschenden Klassen, die so vieles finanzielles und soziales Interesse am Kriege haben, ein leichtes ist, die Popularität des Krieges in den Massen wieder zu erwecken.

Luzin, den 9. September. **Cesare Lombroso.**

Für mich existiert das Problem der Friedenspolitik des Proletariats überhaupt nicht.

Es läßt sich vom sozialistischen Gesichtspunkt aus nicht formulieren. Das Recht der Entscheidung über Krieg und Frieden, vom verfassungsmäßigen Standpunkt, das Interesse, den Krieg zu führen, vom kommerziellen, wirtschaftlichen, politischen, hat zu seinem alleinigen Träger den Staat. Solange aber das heutige soziale System herrscht, ruht der Staat in den Händen des Kapitalismus.

Das Proletariat kann sich nicht der Staatsmacht zu seinen Friedenszwecken bedienen, weil es sie nicht in der Gewalt hat; auch kann die sogenannte auswärtige Politik nicht durch andere Interessen geregelt werden, als durch die derjenigen Klassen, die die Macht haben.

Es ist eine Illusion, zu glauben, das Proletariat könne direkt — durch seine politische Vertretung — auf den Gang der internationalen Beziehungen Einfluß üben, denn diese werden von Kräften beherrscht, die sogar das ganze bürgerliche Parlament überragen.

Was die Friedenspropaganda betrifft, so entspricht sie einem ideologischen Vorurteil, das ziemlich unfruchtbar an Ergebnissen ist und das man am besten tut, den Defakten der Wissenschaft und Literatur zu überlassen.

Die sozialistische Bewegung muß ihre Politik treiben, die eine Politik ist des Klassenkampfes und der internationalen Solidarität zwischen den Arbeitern verschiedener Nationen, nicht aber zwischen den abstrakten Begriffen dieser Nationen als ideale Einheiten aufgedacht. Auch darf sie nicht unter dem Vorwand des Friedens die Bündnisse zwischen den Staaten fördern; diese führen mit Notwendigkeit zu einer Stärkung der bürgerlichen Macht gegen die proletarischen Organisationen.

Der Olivenzweig ist ein christliches Symbol der Gerechtigkeit. In einer Welt, in der alles Kampf ist, den Frieden idealisieren, heißt die Interessen der Bourgeoisie fördern.

Das Proletariat muß mit seiner internationalistischen Politik das Bestreben des Krieges zerstreuen; aber um sie zu verhindern, hat es sich keiner anderen Taktik zu bedienen als der, die sich aus seinen eigenen Klassenzwecken ableitet.

Die Sinnlosigkeit der Friedenspolitik anerkennen heißt jedoch nicht, wie einige Ausleger der Bemerkungen Marx' in den Briefen über die orientalische Frage und einige mit dem Blanquismus verbundene meinen, daß das Proletariat den Krieg erwarten und herbeiwünschen soll, als die natürliche Atmosphäre, um die revolutionäre Umgestaltung der politischen Gesellschaft zu vollziehen; das Proletariat wird, wie jetzt in Rußland, in dem Maße seine Kraft in der geschichtlichen Welt der Gegenwart zu stärken und festigen vermögen, als es Tag für Tag dafür gekämpft hat, den Krieg hassen zu lehren und die Mächte, die sich seiner bedienen, und in dem Maße, als es den Sinn wach erhalten hat, nicht für eine internationale Solidarität der Nationen, sondern für die Solidarität der Arbeiterklasse der verschiedenen Nationen.

Die beste Politik des Proletariats, auch gegenüber den Problemen des Krieges und des Friedens, ist die, die aus seinem eigenen Wesen quillt: der Klassenkampf, außerhalb und über jedem Vorurteil der Rasse, der Sprache und des Vaterlandes.

Rom, den 6. September 1905. **Enrico Leone.**

\*) Chefredakteur der Zeitschrift „Doverno sociale“.

In einer längeren Antwort, die wir aus Rücksicht auf den Raum zusammenfassen müssen, führt Benoit Treves aus, daß die internationale Politik des Proletariats an einem inneren Widerspruch krank, der bisher unausführbar ist. Das Proletariat ist zweifellos an der Erhaltung des Friedens interessiert, einmal, um das Gefühl der Brüderlichkeit unter den Arbeitern zu erhalten, die in allen Ländern den gleichen Kampf kämpfen, dann, weil die Freiheitspolitik die Rechtfertigung des Kampfes gegen den Militarismus darstellt, und schließlich, weil das Proletariat, das am stärksten und schwersten das Recht des Stärkeren erfahren hat, am lebhaftesten für Menschlichkeit und Eintracht kämpft.

Aber auf der anderen Seite setzt das Streben nach einer völligen Umwandlung des Produktionsystems eine Fortentwicklung aller bestehenden veralteten Wirtschaftsformen der verschiedenen Länder voraus und ihre schnelle Ueberführung in die Formen des industriellen Kapitalismus Europas und Amerikas.

Hieraus leitet sich der Widerspruch her, der die internationale Politik der sozialistischen Partei durchzieht. Soweit das innere Leben jeden Staates in Betracht kommt, ist sie gegen den Krieg; sobald sie aber aus dem Fenster des eigenen Vaterlandes hinausgeht, erkennt sie, daß die Verwirklichung des Sozialismus von tiefgehenden Umgestaltungen abhängt, die sie durchmachen und an denen sie mitarbeiten muß. Und von diesem Gesichtspunkt aus erscheint der Partei der Frieden als die geeignetste Bedingung für die Erhaltung des Status quo und als das schwerste Hindernis für die Vereinigung der Arbeiter aller Länder, weil er die natürliche Stüppierung nach ethnischer und geschichtlicher Verwandtschaft hindert, die die einfachste Grundlage für die internationale Verbrüderung der Arbeiter darstellt.

Treves weist darauf hin, daß der russisch-japanische Krieg der Ausbreitung des Liberalismus und Kapitalismus in Asien und Europa großen Vorschub geleistet hat, und zieht den Schluss, daß die Politik des Proletariats vom Standpunkt der eigenen Nation mehr auf den Frieden gerichtet ist, als dies vom Standpunkt der Weltpolitik der Fall sein kann.

„Rein Proletariat eines Landes kann sich in die Festung seiner eigenen lokalen Interessen zurückziehen, kann die Mitarbeit an der umgestaltenden Aktion der Weltgeschichte ablehnen.“

„Und kein Proletariat kann bei dem Anblick dieser umgestaltenden Aktion und der Mitarbeit an ihr, in der die ganze Hoffnung der zukünftigen Befreiung ruht, von vornherein und für jede Entwicklung der Zeit und der Umstände es ausschließen, eventuell auch zu jenem Kriege und jener Militärmacht Lust zu nehmen, die der inneren Freiheit des eigenen Landes, seinen wirtschaftlichen Wohlstand, der Forderung der Lebenshaltung, der Bildung und der Sittlichkeit des Proletariats gefährlich, schädlich und sogar verderblich sind.“

„Nur ein Genie oder vielleicht richtiger nur eine lange kollektive Erfahrung der Völker kann den Weg der Versöhnung weisen zwischen den beiden widerstreitenden Seelen in der Brust des internationalen Proletariats, kann die sicheren Linien des Ausgleichs zeichnen zwischen den unmittelbaren nationalen Bedürfnissen und Wünschen des Proletariats und seinen ferneren liegenden Bedürfnissen und Wünschen auf dem Gebiete des internationalen Lebens.“

Mailand, den 9. September 1905. **Claudio Treves.**

\*) Chefredakteur des „Tempo“.



Ich glaube nicht, daß das Proletariat zurzeit irgend eine positive Aktion zugunsten des Friedens ausüben sollte und könnte. Der Krieg ist eine traurige Notwendigkeit in jeder bürgerlichen Gesellschaft; er stellt das Aufeinanderprallen von Interessen dar, die nicht Interessen des Proletariats sind, obwohl dieses manchmal Vorteil aus dem Konflikt ziehen kann, wie der russisch-japanische Krieg beweist. Aufhören kann der Krieg erst, wenn die Macht des Proletariats, wenigstens in den maßgebenden Ländern, so weit gediehen ist, daß sie entscheidend in der inneren und äußeren Politik ins Gewicht fällt. Davon ist das Proletariat, sowohl in Europa als in Amerika, heute noch weit entfernt.

Man vergesse nicht, daß China und Japan erst jetzt auf den Schauplatz der europäischen Geschichte treten, mit den unermesslichen Reichthümern ihrer Länder und dem minimalen Preise ihrer Arbeitskraft. Es wäre Wahnsinn, bei dem Proletariat dieser Reiche friedliche Bestimmung gegen die westliche Zivilisation voranzusetzen, die die alte angestammte und vielfach höhere Kultur des Orients allein durch die sogenannte friedliche Expansion zerstört. Eine ganze neue Welt erschließt sich hier, und fremd im Denken und Empfinden, im Widerstreite mit den politischen, religiösen und vor allem wirtschaftlichen Interessen des Abendlandes.

Die Solidarität des asiatischen Proletariats mit dem Europas und Amerikas ist ein ferner Traum; noch auf viele, viele Jahre hinaus wird der Klassenkampf in Asien verschwinden gegenüber dem Kampfe der Rassen, den die Menschheit durchmachen muß, ehe jedes Volk zu seiner Besenheit entfaltet, die neue sozialistische Ordnung schaffen kann. Solange die Dinge so liegen, ließe eine bedingungslose Friedenspolitik den Interessen der Kultur, also denen des Proletariats zuwider.

Das schließt natürlich nicht aus, daß dem Proletariat nicht unter Umständen die Aufgabe zufallen kann, Konflikte zwischen zwei Nationen zu verhindern, vor allem bei Streitfragen politischer oder dynastischer Natur. Die Art der proletarischen Intervention bestimmt sich hier praktisch von Fall zu Fall.

Die wirksamste Propaganda für jene humanitären Forderungen, die durch die Friedenspolitik zu ihrem Rechte kommen wollen, kann meines Erachtens keine andere sein, als die Propaganda der sozialistischen Prinzipien aus der Theorie und Praxis des Klassenkampfes.

Rom, den 9. September. Giovanni Verda.)

\*) Mitglied des Parteivorstandes.

An Tatsächlichem läßt sich zu der Frage konstatieren: 1. daß seit ungefähr einem Jahrhundert die Kriegsausgaben in allen Staaten ungeheuer gewachsen sind; 2. daß diese Vermehrung überall eingetreten ist, unabhängig von der politischen Konstitution oder aus der wirtschaftlichen Ordnung. Andererseits hat 3. die industrielle Gesellschaft mit ihrer wachsenden Arbeiterteilung und dem immer zunehmenden Reichtum mehr als jede frühere Gesellschaft den Frieden nötig; 4. führen die Gewohnheiten des modernen Lebens zu einer Verminderung des kriegerischen Geistes.

Welches ist das Interesse der Arbeiter? Es unterscheidet sich nicht von dem des größten Teils der kapitalistischen Klasse, wenn man jenen Bruchteil des Kapitalismus ausnimmt, der von den Spekulationen, Armeelieferungen usw. lebt. Ja, in mancher Hinsicht sind die besitzenden Klassen noch mehr am Frieden interessiert, denn es ist nicht wahr, daß die Kämpfe mit dem Ausland die inneren Streitigkeiten zum Schweigen bringen. Frankreich hat nach der Niederlage von 1870 die Kommune gehabt; und auch Deutschland, obwohl es siegreich war, hat den Sozialismus im Lande wachsen sehen. In Rußland hat der jüngste Krieg die revolutionären Tendenzen gefördert, aber auch im siegreichen Japan konstatiert man eine Steigerung der Arbeiterbewegung und eine Ausdehnung des Sozialismus.

Die arbeitende Klasse wie die besitzende haben Interesse am Frieden. Aber das heißt noch nicht, daß jeder Krieg ihnen zum Schaden gereicht. Die napoleonischen Kriege haben den Geist der französischen Revolution mehr in Europa verbreitet, als alle Propaganda. Der russisch-japanische Krieg wird der Entwicklung der Menschheit mehr nutzen, als die wissenschaftliche Produktion irgend eines Landes. Japan wird Asien der westlichen Zivilisation erschließen, und das russische Reich (woll sagen etwa der sechste Teil des Gebietes der ganzen Erde) wird genötigt sein, sich umzugestalten; wer kann entscheiden, ob schließlich ein solcher Krieg nicht der Kultur im allgemeinen und den Arbeiterklassen im besonderen zum Nutzen gereicht?

Ich glaube daher, daß obwohl im allgemeinen das Interesse der Arbeiterklasse den Frieden heißt, man doch nicht sagen kann, daß dies in mer und unter allen Umständen der Fall ist. Belgien, den 9. September. Francesco Ritti.)

\*) Professor der Finanzwissenschaft an der Universität Neapel, radikaler Abgeordneter.

### England.

Ich bin selbstredend für den Frieden, der ein wirklicher Frieden ist; und sogar dort, wo die Lage nicht besonders friedlich ist, wie in den zivilisierten Ländern Westeuropas, tut die Sozialdemokratie meines Erachtens gut, wenn sie erklärt, daß ein Krieg zwischen England, Frankreich, Deutschland, Oesterreich, Italien u. ein Verbrechen gegen die Menschheit wäre. Einem Kriege dieser Art müßte von den Sozialdemokraten der betreffenden Länder der kräftigste

Widerstand entgegengelegt werden, da ein solcher Krieg nur die Reaktion stärken kann.

Aber ich bin nicht der Meinung, daß jeder Krieg schädlich sei, oder daß man sich nicht gegen einen Angriff vom Auslande verteidigen müßte, bis das kapitalistische System gestürzt sei. Ob ein Krieg gerecht oder ungerecht, wohlthätig oder schädlich ist, hängt vielfach von den Umständen ab. Man müßte schon sehr läßt sein, um den Krieg Preußens gegen Oesterreich im Jahre 1866 zu verteidigen. Aber ich muß zugeben, daß Italien recht gehandelt hat, indem es die Gelegenheit benutzte, sich durch Krieg von der österröschischen Herrschaft zu befreien. Ebenso freute ich mich über die Japaner in ihrem Widerstande gegen die russische Angriffspolitik. Sie haben gut getan, daß sie in den Krieg gingen, und es tut mir leid, daß sie nicht Einheitsarmee aufgerieben haben. Ich gestehe, daß es möglich ist, und es ist traurig, es einzulassen zu müssen, daß ein großer Teil des japanischen Volkes von einem heftigen Chauvinismus ergriffen wird. Trotz alledem ist der Krieg nicht zu bedauern. Es ist besser, daß das zarische Rußland betäubende Schläge erhält, als daß es sich in der Wandschneise konsolidiert. Die Schläge, die Alt-Rußland erhielt, gaben wenigstens Neu-Rußland die Gelegenheit, das Haupt zu erheben. Der Erfolg Japans hat Asien mehr aufgerüttelt, als irgend welche langsame und friedliche Entwicklung es hätte tun können.

Als Engländer würde ich mich freuen, wenn Indien einem erfolgreichen Krieg gegen England führen könnte. Welche andere Aussicht hat Indien denn auf Befreiung von der hungererzeugenden Herrschaft, die — zugunsten einer Handvoll Weißer — das Lebensblut von Millionen Menschen ansaugt! Soweit man voraussehen kann, ist hier Krieg in irgend einer Form der einzige Ausweg. Frieden in Indien predigen, hieße für die Verlängerung der abgefeimtesten Herrschaft eintreten. Also auch in diesem Falle muß ich für Krieg gegen Frieden eintreten. Wenn die Japaner berechtigt waren, sich gegen Rußland zu wehren, das nur ihre nationale Unabhängigkeit bedroht hatte, um wieviel mehr sind die Nationen Hindostans berechtigt, sich zum Kriege zu erheben, um das wirtschaftliche und politische Joch abzuschütteln, das Großbritannien ihnen auferlegte.

Und was ich von meinem Lande sage, will ich auch auf andere Länder ausgedehnt sehen. Die Chinesen, die unter französischer deutscher und britischer Herrschaft sind, müßten sich gegen den weichen Terror erheben, so oft sie Aussicht auf Erfolg haben. Dasselbe gilt von den sogenannten „niedrigen Rassen“ Aftikas; es wäre für sie viel besser, sich zum Kriege zu erheben, als sich von Fremden tyrannisieren zu lassen.

Ebenso kann ich Herber's Ansicht nicht billigen, die den französischen Genossen empfiehlt, sich an der Verteidigung gegen einen deutschen Angriff nicht zu beteiligen, sondern sich gegen die Kapitalisten des eigenen Landes zu wenden.

Und dies bringt mich zum Klassenkampf. Ist hier die Friedensduselei die richtige Politik? Ich glaube es nicht. Wenn die Sozialdemokratie über die Kraft verfügt, einen einigermaßen ernsthaften Kampf zu führen, so glaube ich, daß sie die herrschende und plündernde Minderheit angreifen müßte, obwohl in dieser Minderheit sich Individuen finden mögen, die dem Fortschritt große Dienste geleistet haben. Also auch in diesem Falle glaube ich nicht an die Möglichkeit des ewigen Predigens von Frieden. Die Särden des Friedens sind heute, in Großbritannien wenigstens, schlimmer als die Schreden eines Bürgerkrieges. Ein schlimmeres System als das heutige kann ich mir nicht denken. Ich bin deshalb der Ansicht, daß der Chartistenführer Bronterre O'Brien recht hatte, als er seinen Genossen empfahl, in jeder größeren Stadt des vereinigten Königreichs eine Kampforganisation zu bilden, um in Zeiten einer kritischen Kerntruppen in jedem industriellen Mittelpunkt zu haben.

Die Wahrheit ist, wir haben uns alle gewöhnt, das menschliche Leben als solches als sehr zu achten. Die Japaner haben uns ein besseres Beispiel gegeben. Und auch die Russen zu Hause zeigen uns, wie man sterben muß. Es gibt in der heutigen Gesellschaft schlimmere Dinge als Tod oder Torturen. Ein französischer Chauvinist meinte neulich, es würde auf diesem Planeten etwa 50 000 000 Menschen jährlich, und viele von ihnen vor der Zeit. Wenn wir durch eine Aufopferung von einigen hunderttausend Menschen die Befreiung erreichen könnten, so würde ich, von einem anderen Standpunkte gesprochen, ein solches Opfer für nicht zu hoch halten. Ich weiß, man würde mir als Gegenargument die Frage vorlegen: „Würden Sie gerne sterben?“ Worauf ich antworten würde: Wenn einer im vollsten Genuß des Lebens ist, wahrheitsgemäß „nein“. Wenn einer aber Hunger leidet, im Elend lebt oder den Anblick solcher Leiden haßt, möglicherweise „ja“. Auf jeden Fall lehne ich die Politik des Friedens um jeden Preis“ ab — eine Politik, die in England immer mehr an Boden gewinnt. Ich glaube nicht, daß das Ideal eines sozialistischen Gemeinwesens sich ohne schwere Kämpfe verwirklichen läßt.

London, 12. Sept. 1905. S. M. Hyndman.

Es tut mir leid, daß mir die Zeit nicht erlaubt, Ihnen den gewünschten Artikel zu schreiben. Ich bin überzeugt, daß in dem Maße wie der Sozialismus wächst, auch der Friedensgedanke gestärkt wird. Ich hoffe, daß der Parteitag einen erfolgreichen Verlauf nehmen und eine Quelle neuer Tatkraft werden wird für unsere Genossen, die eine so große Aufgabe vor sich haben.

Mit sozialistischem Gruß. James Keir Hardie.

### Schweden.

Wie viel von Barbarentum noch in den sogenannten Kulturvölkern steckt, tritt vielleicht niemals stärker hervor als wenn die nationalen Leidenschaften sich regen.

Wir in Schweden haben diesen Sommer Erfahrung davon gehabt. Leute, die hier seit langen Jahren als aufgeklärte, vorurteillose Männer, gute Demokraten, von jeder militärischen Färbung frei, bekannt waren, haben es fertig gebracht, nur wegen der Form der Selbständigkeitsklärung des norwegischen Volkes am 7. Juni mit unseren großschwedischen Junkern gemeinsame Sache zu machen, ganz sonatlich gegen die Norweger zu gehen und mit rücksichtslosesten Kriegsdrohungen zu rasen. Alle heiligen Beteuerungen, daß die schwedischen Klüftungen nur Verteidigungszwecken dienen könnten, sind mit einem Male weggefallen. Wegen ein noch kleineres Land möge die Gewalt entscheiden — daß die Konsequenzen ein anderes Mal gegen Schweden selbst sich richten könnten, daran denkt man nicht.

Nur eine einzige Partei hat in geschlossenen Reihen während aller Phasen des Konfliktes Frieden und Gerechtigkeit gefordert, die Anerkennung der Selbständigkeit Norwegens aber auch die Bewahrung von friedlichen und für die Zukunft friedensprechenden schwedischen Voraussetzungen der Anerkennung als berechnete kulturelle Gegenleistung befristet. Vor allem: keine Kriegsdrohungen, keine Klüftungen, friedliche Uebereinkunft auf Grundlage der Gerechtigkeit und Billigkeit, wie es sich unter Kulturvölkern allein ziemt!

In dem Augenblicke, da ich dieses schreibe, wissen wir noch nicht, ob das Glück uns günstig sein werde und noch im letzten Momente das Spiel der Mächte der Gewalt verderben wird. Das aber wissen wir, daß der Protest der Sozialdemokratie gegen jede offensichtliche militärische Aktion unerlässlich sein wird. Unsere internationale Partei, die deutsche voran, hat leuchtende Vorbilder gegeben. Kampf gegen den Militarismus ist in allen Ländern eine erste Bedingung einer höheren Kultur. Für diesen Kampf gibt es aber nur eine einzige reale und unbedingt zuverlässige Macht: die internationale sozialistische Arbeiterbewegung.

Stockholm, 13. September 1905.

Sjalmar Branting.

### Holland.

Die Einführung des Sozialismus enthält zugleich die Erfüllung fast aller Kulturaufgaben, deren Verwirklichung not tut.

Der Kapitalismus hat die Wirkung, daß selbst die Dinge, welche man als Kulturfördernd ansehen muß: die Erschließung neuer Länder, die Verbesserung der Produktionsmittel, der Verkehrsmittel, fast jede neue Erfindung Kämpfe heraufschreibt, welche in wenigen Tagen vernichten, was in Jahren aufgebaut ist.

Jeder Ausschlag einer Nation wird von anderen Nationen als Bedrohung ihrer Macht angesehen, und die Kanone wird angerufen, da wo die friedliche Konkurrenz zu schwer wird.

Der Kapitalismus ist der Kampf von Mensch gegen Mensch, von Volk gegen Volk, und diesem Kampfe wird alles untergeordnet. Die Kulturaufgaben werden nur erfüllt, soweit die Erfüllung dem Kapitalismus dienen kann.

Das kapitalistische Konkurrenzsystem beseitigen, das heißt die Bahn freimachen für alle kulturellen Aufgaben. Höhere Kultur ist für alle Völker wie für alle Klassen erreichbar ohne die Begleiterscheinung von kriegerischen und kolonialen Grünseln, die jetzt jeden Schritt der Kultur mit Menschenopfern bezahlet.

Eine der Voraussetzungen des Sozialismus ist aber die Erziehung der Massen in allen kapitalistischen Staaten, und da entsteht dieses Problem: ohne Sozialismus keinen Kulturfortschritt, aber auch: ohne höhere Kultur keinen Sozialismus. Völker werden nie durch ihre herrschenden Klassen erzogen, die Arbeiterklasse hat von den Herrschenden nur das zu erwarten, was sie ihnen abzurufen versteht. Völker und Klassen, welche beherrscht sind, werden höhere Kulturstufen nur erreichen gegen die Herrschaft kämpfend. Man denke an die Kämpfe um die Schule in allen Ländern. Obwohl selbst der Kapitalismus bis zu einem gewissen Grade Interesse hat an gutem Unterricht, der die Produktionsfähigkeit der von ihm ausgebeuteten Klassen steigert, wehrt er sich doch wütend gegen jede ernsthafte Verbesserung des Volkunterrichts.

Und darum ist das erste aller Kulturprobleme der Gegenwart: die Demokratie, die Eroberung der Selbstbestimmung durch die Völker, damit das Volk, die Klasse, die Arbeiterklasse, sich selbst erziehen kann.

Die Erringung und der vollständige Ausbau der demokratischen Institutionen und darum die Unterstüßung auch der Nicht-Sozialisten, welche daran mitarbeiten wollen, ist meines Erachtens gegenwärtig unabweisbare Pflicht der internationalen Sozialdemokratie. Es ist im allerhöchsten Interesse der gesellschaftlichen Kultur, daß die unbedingt demokratische Macht der Sozialdemokratie die in demokratischen Sinne wirkenden Faktoren im bürgerlichen Lager nicht vernichtet, sondern stärkt.

Das wie ist Sache jeder Partei im eigenen Lande. Was ich als eine allerhöchste Dringlichkeit fühle, ist ein handfester sozialdemokratischer Griff ans Ruder eines jeden großen Kulturstaates.

Gelingt das nicht, sei es, daß das Können, oder sei es, daß der Wille fehlt, dann geht Europa einer Ära neuer Kriege, einer Zeit des Rückschritts auf kulturellem Gebiet entgegen.

Nur das Proletariat kann noch retten! Amsterdam, 12. Sept. 1905. B. D. Vliegen.

## Ueber Sozialreform.

X Die Sozialreform hat die Aufgabe, den Arbeiter auf eine höhere Kulturstufe zu heben; sie ist aber nicht imstande, den Gegensatz zwischen Kapitalisten und Arbeitern aufzuheben. Sozialreform ist deshalb eine Erscheinung der kapitalistischen Ordnung, sie ist aber nicht antisozialistisch.

Sozialismus ohne Demokratie ist undenkbar, ist überhaupt kein Sozialismus, denn Sozialismus setzt Gleichheit voraus, weil er Aufhebung der Ausbeutung voraussetzt. Ausbeutung hebt die Gleichheit materiell auf.

Demnach: wenn Sozialreform nicht antisozialistisch ist, kann sie auch nicht antisozialdemokratisch sein. Wir können also Einrichtungen nicht als Sozialreform ansprechen, die un-demokratisch sind und den Arbeiter in seiner persönlichen und politischen Freiheit beschränken.

Als Sozialreform sind deshalb insbesondere nicht zu erachten alle sogenannten Wohlfahrtsinstitutionen, die von Unternehmern ins Leben gerufen und mit dem Betriebe verbunden sind. Ihr Zweck und ihr Erfolg sind selbst dann, wenn sie scheinbar einer Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiter dienen, letzten Endes die Erhöhung der Abhängigkeit des Arbeiters. Sie sind also dem Ziele der Befreiung des Arbeiters aus Abhängigkeit und Bevormundung entgegengekehrt.

Grundlage und Hauptstück aller Sozialreform ist möglichst kurze Arbeitszeit und möglichst hoher Lohn und als unentbehrliches Mittel hierzu Koalitionsrecht. Bloße Koalitionsfreiheit ist unwirksam; wo der Koalition der gesetzliche Schutz verweigert wird, da wird auch die Freiheit der Koalition zur Illusion. Es wird daraus die Freiheit für jeden Polizisten und jeden Unternehmer, dem Arbeiter die Anwendung der Koalition unmöglich zu machen.

Kurze Arbeitszeit in Verbindung mit hohem Lohn ermöglicht dem Arbeiter, mehr als Sklave, ermöglicht ihm

erst, Mensch und Bürger zu sein. Zeit ist nötig für den Arbeiter, ein Familienleben zu führen, als Erzieher seiner Kinder zu wirken, seinen Geist zu bilden und der Geselligkeit zu pflegen. Und Zeit ist nötig, um staatsbürgerliche Rechte nach selbständigem Urteil auszuüben, weil Wissen und Aufklärung die Voraussetzung dafür ist und zu deren Erwerbung Zeit und ein frischer empfänglicher Geist nötig sind.

Hoher Lohn ist zur nützlichen Verwendung der freien Zeit unentbehrlich. Ungenügender Lohn, selbst wenn er zur Befriedigung des Nahrungsbedürfnisses ausreicht, verdammt den Arbeiter zur Niedrigkeit, auch wenn er an freier Zeit keinen Mangel hat. Eine gewisse Höhe der Lebenshaltung ist nötig, um dem Menschen Selbstbewußtsein zu geben. Dazu gehören außer der nötigen Nahrung auch Kleidung, Wohnung, Erholung und Bildungsmittel. Das Nahrungsbedürfnis ist nicht mit dem Arbeitsmittel befriedigt und das Wohnbedürfnis nicht mit einem Raume, der zum Schlafen gerade ausreicht.

Je höher die Kulturstufe der Arbeiterklasse, umso höher die Kulturstufe des Gemeinwesens. Eine wirtschaftlich und geistig hochstehende Arbeiterklasse ist demnach ein Vorteil für das Gemeinwesen.

Wer die Frage stellt: Kann die Industrie höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit leisten, der verbaugt sich von vornherein die Möglichkeit eines richtigen Urteils. Die Menschen sind nicht der Industrie — allgemeiner nicht der Arbeit wegen da, sondern die Arbeit — also auch die Industrie — ist der Menschen wegen da. Es ist eine Frage in erster Reihe für Techniker, wie die Leistungsfähigkeit der Industrie zu steigern ist. Die Kulturfrage dagegen lautet: wie ist die Lebenshaltung der Arbeiterklasse zu heben, wie erhebt man die Arbeiterklasse auf höhere Kulturstufe.

Was höhere Kultur sei, ist nicht strittig in der Anwendung auf die gegenwärtige Lage der Arbeiterklasse. Bessere Ernährung, bessere Wohnung, höhere Bildung, überhaupt größerer Anteil an den materiellen und idealen Gütern, die

vorhanden sind. Im weitern Ausblick allgemeine Vermehrung dieser Güter.

Es ist eine Frage für sich, ob kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne die Leistungsfähigkeit der Industrie steigern. Sie ist von ihrer physiologischen wie von ihrer produktivtechnischen Seite bereits in bejahenden Sinne gelöst.

Als Aufgabe der Sozialreform ergibt sich daraus weiter Vorfrage für die Fälle, wo es dem Arbeiter unmöglich ist, durch Arbeit seine Lebenshaltung zu ermögligen. Das ist nicht eine Aufgabe der Liebestätigkeit und nicht aus Gründen christlicher Wohlthätigkeit, sondern aus Gründen des allgemeinen Wohles, aus allgemeinen Kulturgründen notwendig, weil die Zahl der Arbeitsunfähigen sehr groß ist, die Gesellschaft aber daran interessiert ist, daß nicht eine große Schicht ihrer Mitglieder zeitweilig der Existenzmöglichkeit verlustig geht.

Wir haben als Notbehelf die Versicherung gegen Arbeitsunfähigkeit erfunden. Die Versicherung widerspricht nicht den Aufgaben der Sozialreform. Wie weit sie sie erfüllt, ist zu prüfen an dem Maße, in welchem sie dem Arbeiter die Aufrechterhaltung seines Standard ermöglicht und ferner daran, wie weit sie die den Interessen der Gesamtheit dienlichste Methode ist.

Unter dem Gesichtspunkte, daß die Gesamtheit daran interessiert ist, alle, auch die schwächsten Kräfte nutzbar zu machen, kann die Versicherungsmethode, ganz abgesehen von den Leistungen der Versicherung dem einzelnen gegenüber, nicht als vollkommen angesehen werden. Sie bedürfte der Ergänzung durch Ermögligung einer nützlichen Tätigkeit für die nur zum Teil Arbeitsunfähigen.

Weitere Aufgabe der Sozialreform sind danach Vorbeugungsmaßregeln gegen Arbeitsunfähigkeit; sie sind individuell und gesellschaftlich wertvoller als die Maßregeln nach eingetretener Arbeitsunfähigkeit.

Dazu gehören Schutz vor den Gefahren der Arbeit — Unfallversicherung, Fabrikhygiene im weitesten Sinne — aber



auch Schutzmaßnahmen gegen alle anderen allgemeinen Gesundheits- und Lebensgefahren. Bekämpfung allgemeiner Volkskrankheiten, Maßregeln zur Erhöhung der Lebensfähigkeit vom Beginn des Lebens an, also Säuglingsfürsorge, Mutterschutz, Schutz der Kinder vor Verwüstung ihrer Lebenskraft durch zu frühe und zu lange Erwerbsarbeit.

Die Erwägungen, die zur Versicherung gegen die individuelle Arbeitsunfähigkeit geführt haben, führten zur Forderung derselben Maßregel gegen die Arbeitslosigkeit, die aber nicht individuelle, sondern gesellschaftliche Ursachen hat.

Von den Gewerkschaftsorganisationen angewandt als gewerkschaftliches Kampfmittel, das die Unterbietung der Arbeitenden durch die Arbeitslosen verhüten soll, ist Versicherung der Arbeitslosen unanfechtbar. Als Gegenstand staatlicher Sozialreform unterliegt sie wesentlichen Bedenken. Sie könnte dazu benutzt werden, dem gewerkschaftlichen Kampfe der Arbeiter Hindernisse zu bereiten. Trifft diese Annahme zu, dann ist Arbeitslosenversicherung als Gegenstand staatlicher Sozialreform unzulässig, weil sie dann ein Hindernis auf dem Wege des Fortschritts der Arbeiterklasse wäre. Dies ist der entscheidende Gesichtspunkt wie für alle Sozialreform so auch für die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit.

Die deutsche staatliche Sozialpolitik enthält Keime zu einer Sozialreform, aber nur erst Keime; sie enthält auch zahlreiche Elemente, die als reaktionär zu bezeichnen sind und daher nicht dem Wesen sozialer Reform entsprechen, die daher zu bekämpfen sind.

Die deutschen Arbeiter haben kein Koalitionsrecht. Kein Gesetz begrenzt ihre tägliche Arbeitszeit. Eine mangelhafte Sonntagsruhe, die nur einem Teile der Arbeiter zu gute kommt und eine mangelhafte Beschränkung der Arbeitszeit der Frauen sind die schwachen Ansätze für das wichtigste Element aller Sozialreform: einen kurzen Maximalarbeitsstag für alle Arbeiter. Vereinzelt Vorarbeiten zur Beschränkung der täglichen Arbeitszeit erwachsener männlicher Arbeiter, die für einzelne Berufsgruppen erlassen sind, berühren den Kernpunkt nicht; sie dienen nur gesundheitlichen Rücksichten, wie Sicherung einer ausreichenden Nachtruhe. Das berührt den Menschen wohl physiologisch, aber nicht als Staatsbürger.

Schutz der kindlichen und jugendlichen Arbeitskraft ist in der Landwirtschaft gar nicht vorhanden, im Handwerk ist die jugendliche Arbeitskraft schutzlos; nur im Fabrikbetriebe ist ein Anfang zum Schutze der Jugendkraft gemacht. Für Mutterschutz ist ein schwacher Anfang in der Krankenversicherung enthalten, Säuglingschutz ist noch nicht vorhanden.

Zabritthygiene und Unfallverhütung lassen neben Unzulänglichkeit der materiellen Vorschriften vor allen Dingen die Mitwirkung der Arbeiter an der Durchführung vermischen. Ohne deren Mitwirkung bleiben die besten Schutzvorschriften wirkungslos. Man kann nicht in jeder Werkstatt und an jedem Werkplatze einen Polizisten aufstellen. Auch die Mitwirkung der Arbeiter in der Form von Aufsehern aus den Reihen der Arbeiter ist unzulänglich. Jeder einzelne Arbeiter muß dabei mittätig sein können. Die starke Gewerkschaft muß ihn schützen können vor Maßregelung, wenn er die Beobachtung der Schutzvorschriften fordert.

Die Versicherungsgegebung ist materiell unzulänglich, weil sie nur einen Teil der Arbeiter erfasst, für Zeiten der Arbeitsunfähigkeit ungenügende Hilfe gewährt, verlorene Arbeitsfähigkeit nur teilweise entschädigt und Maßregeln zur Bekämpfung von Volkskrankheiten erst in schwachen Anfängen enthält. Ihre Organisation ist undemokratisch in der Invalidenversicherung, scheindemokratisch in der Krankenversicherung und ein Nachmittels zur Stärkung der Unternehmerklasse gegen die Arbeiterklasse in der Unfallversicherung.

Für Wohnungspolitik sind nur Ansätze vorhanden aus hygienischen Rücksichten.

Offen reaktionär sind sozialpolitische Maßregeln auf dem Gebiete der „Mittelstandspolitik“ — Handwerkerergesetzgebung, Genossenschaftsgesetzgebung, steuerpolitische Maßregeln. Sie sind das Gegenteil von Sozialreform.

In der deutschen Sozialreform ist demnach fast alles noch zu tun, was Sozialreform leisten soll und leisten kann. Der deutschen Arbeiterklasse harret darum allein auf diesem Gebiete noch eine gewaltige Arbeit.

Sie hat hier eine wichtige Kulturarbeit zu leisten. Ihre Stellung zu den einzelnen Maßregeln ist gegeben in dem Gesichtspunkte, ob sie auf dem Wege liegen, der zur Befreiung der Arbeiter aus Elend und Abhängigkeit, zur wirtschaftlichen und politischen Befreiung der Arbeiterklasse, zum politischen Selbstbestimmungsrecht des Arbeiters, zur Befestigung des Kapitalismus führen.

Wir haben allen Maßregeln entgegenzutreten, die die Abhängigkeit des Arbeiters vermehren. Wir haben die Pflicht, alle Maßregeln zu fördern, die das Kulturniveau des Arbeiters heben und seinem Befreiungskampfe nicht hinderlich sind.

## Der Aufmarsch der ungarischen Arbeiter.

Budapest, 15. September. (Fig. Ver.)

Die gewaltige Bewegung, welche die ungarische Arbeiterklasse für die Erringung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes entfesselt hat, erreichte in dem heutigen Aufmarsch der Arbeiter vor dem Parlamentsgebäude einen wahrhaft geschichtlichen Höhepunkt. Es war heute der Eröffnungstag des Reichstages, aber die Vorgänge im Sitzungssaal treten weit zurück hinter der Manifestation der Rechtlosen, von der der Aufmarsch vor dem Parlamente ein sinnbildlicher Ausdruck war. Mit Gleichgültigkeit vernahm man die Erklärung des Ministerpräsidenten, daß die Demission der Regierung angenommen und der Reichstag bis zum 10. Oktober vertagt wird; ohne Interesse hörte man die Reden der Koalitionsführer, deren ausgelassene Verurteilungen auf die „Kardinalgrundsätze“ der Verfassung und auf den „Willen der Nation“ sich im Augenblicke wie Selbstperiffage ausnehmen. Ist doch diese Verfassung, die Millionen entredet, ist der Wille der Nation, von dessen Gestaltung drei Viertel aller Völker in Ungarn ausgeschlossen sind, nur als der freche Hohn erkannt, den je eine Clique mit brutalem Masseninstinkte den Völkern angetan hat! Die Demonstration der Arbeiter war nach dem Herkommen des ungarischen Abgeordnetenhauses auch formell eine legale Aktion; die Arbeiter kamen, um dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses eine „Petition“ zu überreichen, die durch ihn geschäftsordnungsmäßig an das Haus geleitet wird. Daß, wenn Arbeiter „petitionieren“, ihrer eben viele kommen, ist freilich selbstverständlich.

Unter den Klängen der Marschmusik zogen die Arbeiter zum Parlamentsgebäude. Aus allen Ecken und Enden der

großen Stadt ertönt der Revolutionsgesang. Eine solche Massenversammlung hatte Budapest noch nie gesehen. Auch die meisten Geschäfte waren gesperrt, teils aus Furcht vor dem „roten Schrecken“, teils aus der simplen Tatsache, weil auch die Handlungsgeschäften bei der Demonstration waren. Alle Schulen sind geschlossen. Schon in den frühen Morgenstunden waren Neugierige auf allen Straßen, wo der Arbeiterzug zu erwarten war. In den Häusern waren rote Plakate affigiert, in welchen die Arbeiter zur Teilnahme am Demonstrationstuge aufgefordert wurden. „Stellt die Arbeit ein!“ hieß es auf diesen Plakaten. „Auf die Straße, Arbeiter! Demonstriert für das allgemeine Wahlrecht!“ Neben diesen Plakaten sah man andere, in denen die Handlungsgeschäften aufgefordert wurden, sich der Demonstration für das allgemeine Wahlrecht anzuschließen. Die Arbeiter hatten sieben Plätze gewählt, auf denen sie sich um 7 Uhr versammeln sollten, um dann eine Stunde später zum Parlamente zu marschieren.

Von Maßregeln der Polizei merkte man in der Stadt fast nichts. Die Zahl der Rayonposten war nicht vermehrt worden; hier und da sah man einen Zug Husaren, man wußte aber nicht, ob derselbe wegen der Demonstration aufgeboden worden war oder zu einer Übung ausrückte. In den Kasernen aber ist die ganze Garnison konsigniert.

Auf dem Parlamentsplatze selbst hatte die Polizei große Vorkehrungen getroffen. Die obersten Beamten der Sicherheitsbehörde waren da versammelt und etwa 1000 Mann Sicherheitswache aufgeboden. Rings um den großen Platz zogen die Polizisten einen Kordon, der dadurch gestiftet wurde, daß die Polizeileute eiserne Stangen vor sich hielten, welche mit Ketten aneinandergeschlossen werden können.

Um 8 Uhr morgens beginnt der Aufmarsch. Von der Konstitutionsstraße ertönt die Marschmusik. Es sind die Schrittmacher, welche sie singen. Eine rote Tafel wird ihnen vorangetragen mit der Aufschrift: „Gebt uns Rechte, damit wir ein Vaterland haben!“ Ein langer Zug von Fabrikarbeiterinnen folgt. Auch sie ziehen, die Marschmusik singend, auf den Platz. Sie tragen gleichfalls rote Zettel mit der Aufschrift: „Gibt das allgemeine Wahlrecht!“ Sie haben diese Zettel aber an die Brust geheftet.

Ein deutsches Lied klingt, von Trompeten begleitet, aus der Ferne her. Es sind Arbeiter und Arbeiterinnen aus dem zwei Stunden entfernten Orte Promontor. Die Leute haben den weiten Weg zu Fuß zurückgelegt, man sieht ihnen an, daß sie einen langen Fußmarsch hinter sich haben. Denn sie sind über und über mit Staub bedeckt. Es sind viele deutsche Arbeiter unter ihnen, welche eine Musikbände mitgebracht haben. Auffallend viele Mädchen sind unter ihnen, alle mit hellen Kopftüchern, und marschieren rüstig mit.

Ein Gzardas ertönt nun. Eisen- und Metallarbeiter lassen ihn von ihrer Musikbände aufspielen, mit der sie in großer Zahl aufmarschieren.

Von der Kante des Parlamentsgebäudes aus bietet sich ein großartiger Blick auf den Platz, auf dem nun viele Tausende — man schätzt die Zahl der allein dort Anwesenden auf etwa 60 000 — versammelt sind. Die Arbeiter stehen dicht gedrängt nebeneinander. Die roten Zettel auf ihren Hüften bilden Feuerlinien. Ueber ihren Köpfen flattern die Fahnen und Banner, und aus dem Gewühl heben sich die roten Tafeln mit den Aufschriften ab. Auch die weiten Straßen, durch welche Arbeiterzüge heranmarschieren, sind schwarz von Menschen; trotzdem Tausende und Abertausende nicht auf den Parlamentsplatz gelangen können.

Gegen 10 Uhr begibt sich die Deputation der Arbeiter in das Parlament. Scharf wird der Eingang zum Parlamentsgebäude bewacht. Rein Unerwünschter darf eindringen. Nur Leute mit Legitimationen, welche nur für den heutigen Tag ausgestellt sind, finden Einlaß. Die Polizei hatte für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern des Parlamentsgebäudes jede Verantwortung abgelegt und erklärt, sie müsse diese den Beamten des Hauses überlassen. Zuerst wurde eine vom Pseudosozialisten Mezotti geführte Deputation empfangen; um 10 Uhr erschien im Empfangssaal des Präsidenten die aus fünfzig Genossen bestehende Deputation der sozialdemokratischen Arbeiterschaft. Da die Geschäftsordnung vorschreibt, daß eine Petition nur von einem Mitgliede des Hauses überreicht werden kann, hatte der Budapest Abgeordnete Beszi die Ueberreichung übernommen. Nachdem der Präsident Justiz aus seinem Arbeitskabinett in den großen Empfangssaal gekommen und ihm die Führer der Deputation, die Genossen Garani und Goldren vorgestellt worden waren, sprach Genosse Ernst Garani zu dem Präsidenten des ungarischen Abgeordnetenhauses folgende mahnende Worte:

Hochgeborener Herr Präsident! Die Petition, welche ich im Auftrage unserer Genossen hierher gebracht, spricht im Namen der rechtlosen Millionen in diesem Lande zu denjenigen, die jenes Recht als Privilegium besitzen, welches wir noch erringen wollen, und die auf Grund dieses Privilegiums das heutige ungarische Parlament bilden. Wenn Sie, Herr Präsident, um sich bilden und Ihren Blick auch hinauszuwerfen lassen auf den Platz vor dem Parlamente, so gewinnen Sie am heutigen Tage ein Bild, das sich dem ganzen Lande erschließt. Wir sind nur einige hier, und viele sind draußen geblieben vor den Toren des Parlaments, und draußen im Lande befinden sich noch Millionen an der Spitze der Verfassung. Ungarn wird durch ein veraltetes Wahlgesetz in zwei Teile geteilt: in Bürger erster und zweiter Ordnung. Das Gesetz, was ein Gemeingut aller sein und alle verbinden und miteinander verschmelzen sollte, schafft Privilegien und erhebt Schranken zwischen uns, die uns beinahe unübersteiglich voneinander trennen. Dieses Privilegium zu einem allgemeinen Rechte zu erheben, damit es für alle wertvoll sei, das wollen wir. Diese Schranken niederzureißen, ist unser Bestreben. Es ist unser fester Glaube und unsere innigste Ueberzeugung, daß das nicht nur der Wunsch von Millionen rechtloser Bewohner dieses Landes ist, sondern daß sich hierdurch die einzige Möglichkeit erschließt und das einzige Mittel bietet, damit Ungarn groß und stark werde. Es gibt für den sozialen, kulturellen und politischen Fortschritt nach unserer innigsten Ueberzeugung nur diesen einen Weg und viele eine Modestadt; das Volk selbst ist es, das jetzt durch Schranken ungenutzt ist, und wir bitten deshalb das Abgeordnetenhause, diese Schranken aufzuheben, und dann wird der Strom der Millionen mit unwiderstehlicher Kraft Ungarn auf dem Wege des Fortschritts und der kulturellen Entwicklung vorwärtsbringen.

Wir wissen, daß wir hier jetzt keine Antwort erhalten können, aber wir wollen, daß unser Wort, das wir hier erheben, das Wort des Volkes sei, daß der Reichstag es als Kundgebung des Volkswillens hinnehme und darauf antworte, ob er dem heutigen Zustande ein Ende bereiten will, jenem Zustande, der Kultur-

feindlich, ungerecht und volksfeindlich ist. Wir sind in dem Bewußtsein gekommen, und mit diesem Bewußtsein gehen wir von hinnen, daß der heutige Tag ein wichtiger in der Geschichte Ungarns bleiben wird, selbst dann, wenn das Volk wieder vergeblich an die Tore der Verfassung geklopft haben sollte und dort keinen Einlaß erhält. Wir glauben dies deshalb, weil wir wissen, daß der heutige Tag jodann den Beginn des Kampfes bedeuten würde, den ein ganzes Volk in seinem verlorenen Glauben und Vertrauen mit Erbitterung fortsetzen würde. Wir hoffen aber, daß der heutige Tag nicht nur in dieser Beziehung ein denkwürdiger sein wird, sondern auch dadurch, daß er den Anfang des Sieges und der Wahrheit bedeutet, von welchem sich eine neue Epoche in der Geschichte Ungarns erschließt, indem dem Volke gegeben wird, was dem Volke gehört, indem den Vaterlandslosen ein Vaterland gegeben wird.

Der Präsident versicherte, er werde die Petition dem Reichstage vorlegen, der über sie in vorgeschriebener Weise beschließen wird. Seine Stellung zum allgemeinen Wahlrecht sei bekannt, doch könne er die Entscheidung des Abgeordnetenhauses nicht präjudizieren. Es sei aber sein fester Glaube und seine Ueberzeugung, „daß die Mehrheit des Parlaments den Weg finden wird, der zur allgemeinen Befriedigung führt“. Die Rede wurde schweigend gehört und schweigend entfernten sich die Vertreter des Volkes von dem Vertreter der Privilegien. Während dessen hatte die unübersehbare Menge vor dem Gebäude geharrt. Die Abgeordneten vergnügten sich wieder an dem Schauspiel, das ihnen der berühmte Hazardspieler und Abgeordnete Szemerere bereitete hatte; er hatte einen Dampfer gemietet und mit gepuderten Bauern geprosst, welche die Koalition unangenehm hochleben ließen.

Gegen 12 Uhr verließ die Deputation das Parlamentsgebäude. Die Führer begaben sich unter die Arbeitermenge, verteilten sich an sieben Stellen und teilten den Arbeitern die Antwort des Präsidenten mit. Dann forderten sie die Arbeiter auf, in vollster Ruhe sich zu entfernen. Stürmisch Eigen-Rufe auf das allgemeine Wahlrecht ertönten auf dem weiten Platze aus tausenden Reihen. Die große Menge löste sich dann wieder in Gruppen auf, und unter klingendem Spiel sowie unter Gesang zogen die Tausende ab. Nach einer halben Stunde war der große Platz wieder ganz leer. Abermals ertönte die Marschmusik in den Straßen, durch die die Arbeiter in ihre Quartiere zogen. Ueberall waren Leute angeammelt, um die Arbeiterzüge vorübermarschieren zu sehen. An vielen Stellen wurden die Arbeiter akklamiert, als Zeichen des Dankes und der Anerkennung dafür, daß sie ihre Demonstration in so würdiger und ruhiger Weise durchgeführt haben. Es war ein geschichtlicher Tag für die Arbeiterklasse in Ungarn.

## Soziales.

Vom Berliner Kaufmannsgericht.

Bei 8000 M. Konventionalstrafe war der Expedient des Damen-Neidergeschäfts von Platon u. Wachner an einen zunächst auf ein Jahr abgeschlossenen Anstellungsvertrag gebunden. Es war eine vierjährige Kündigungsfrist festgesetzt; wurde der Vertrag nicht gekündigt, so sollte er stets um ein Jahr weiter gelten. Bei dem Kündigungsstermin im vorigen Jahre war jedoch auf Wunsch des Expedienten eine sechsmonatige Kündigungsfrist vereinbart worden. Mitte Juni bot sich dem Expedienten eine bessere Stellung und er bat seinen Chef, ihn Ende des Monats zu entlassen, was jedoch abgelehnt wurde. Gleichwohl verließ der Expedient Ende Juni seine Stellung. Dafür wurden ihm 88,95 M. seines Monatsgehältes einbehalten. 28,95 M. hatte er in Waren entnommen. Er verklagte den Chef auf den Rest von 54,40 M. Dieser hatte jedoch Widerklage erhoben auf 300 M. Schadenersatz. Er konnte allerdings, wie es in der Natur der Sache liegt, nicht nachweisen, daß ihm ein Schaden in gerade dieser Höhe erwachsen sei. Uneinigkeit herrschte zwischen den Parteien auch darüber, ob mit der Einführung der sechsmonatigen Kündigungsfrist der ganze Vertrag aufgehoben sei oder ob er fortbestehe. Jenes behauptete der Kläger, dieses der Beklagte und Widerkläger. Der Beklagte hatte auch gegen den Kläger beim Amtsgericht eine Klage wegen der 28,95 M. für die aus dem Geschäft entnommenen Waren eingereicht, da der Kläger genährt haben sollte, er wolle die Waren nicht bezahlen. Nach langer Verhandlung und Beratung des Gerichtshofes kam es zu folgendem Vergleich: „Der Kläger erkennt an, daß er nicht berechtigt war, am 30. Juni seine Stellung ohne Kündigungsfrist aufzugeben. Der Beklagte zahlt an den Kläger 24,50 M. Der Kläger ist damit einverstanden, daß der Beklagte weitere 25 M. einbehält und an die Armenkassendirektion zu Berlin zur Verwendung für wohltätige Zwecke einrichtet. Der Beklagte nimmt im Einverständnis mit dem Kläger die beim Amtsgericht gegen den Kläger anhängige Klage auf die 28,95 M. zurück und trägt die Gerichtskosten und Anwaltsgebühren. Beide Parteien nehmen Klage und Widerklage unter Verzicht auf alle weiteren Ansprüche vorbehaltlos zurück.“

Auf Grund unrichtiger Angaben hatte eine Maschinenfirma, wie ihr Vertreter behauptete, einen Buchhalter auf zwei Monate zur Ausbülfe eingestellt. Der Buchhalter soll behauptet haben, daß er durchaus tüchtig in der Buchführung sei. Die Firma entließ ihn jedoch nach kurzer Zeit, weil er ihrer Meinung nach unfähig war, den Posten zu bekleiden. Das ihm gebotene letzte Wochengehalt von 85 M. wies er zurück und klagte auf 157,50 M. für den ganzen Rest der Vertragszeit. Die vom Kläger geführten Bücher lagen dem Gericht zur Einsicht vor und das Gericht kam zu der Ueberzeugung, daß, da der Kläger seine Arbeit nicht zufriedenstellend ausgeführt habe, er nur 35 M. zu erhalten habe. Außerdem mußte er die Kosten des Verfahrens tragen.

Lohn und Profit.

London, 13. September. Der „Labour Leader“ vom 8. d. M. schreibt: „Eine interessante Untersuchung wurde von Mr. Chiozzo-Roney (einem liberalen Schriftsteller) über Lohn und Profit gemacht, die sich auf das Baugewerbe, die Textilindustrie, den Maschinenbau und Kohlenträger bezieht, wobei er die Zahl 100 als den Durchschnitt von Lohn und Profit im Jahre 1900 nahm. Die Untersuchung ergab, daß der Lohn im Jahre 1903 auf 97,2 Proz. gesunken, der Profit auf 107,2 Proz. gestiegen ist.“ Der „Labour Leader“, der freiestweigs zu den orthodoxen sozialistischen Vätern gezählt werden darf, fügt dann hinzu: „Dies bestätigt gewiß einigermaßen die viel bestrittene Behauptung, daß die Armen armer und die Reichen reicher werden. Mit anderen Worten: während der Arbeiter mehr und mehr Reichtum erzeugt, hat sein Anteil am Produkt nicht gleichen Schritt mit dem der Ausbeuter.“

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Weizen Ia 62-69 pr. 100 Quid, Ha 60-60, IIIa 50-56, IVa 40-48, Roggen Ia 84-90, Ha 72-84, IIIa 60-70, Sammelweizen Ia 68-75, Ha 68-66, Schweinefleisch 65-72, Rindfleisch 60-90 Pf. Notwend, Bund 45-60 Pf. Kehlsharr, junge 0,80-1,00, alte 0,65-0,85; Dänner, alte 1,20-2,25, junge 0,60-1,50 das Stüd. Gänse, junge 0,60-0,64 das Stüd. Gänse, alte 1,00 M. pr. 100 Quid, Schläge 111-120, Kote 74, Karpen 83-90, Lachs 141, Schellfische 25, Auster 17-18, Kottische Fische (gelassen) 85-90, Krebse, unsoct., Schod 3,50-7,00, Eier, Schod 3-3,20, Butter, pr. 100 Pfund Ia 121-124, Ha 115-120, IIIa 110-115, abfallende 105-110. Kartoffeln, pr. 100 Stüd. rote 1,75-2,00, Nolen 1,50-1,75, blaue 2,00-2,25, runde meiste 1,75-2,00, Notfohl, Schod 3,00-4,00, Golländer 7,00, Weisfohl 2,00-3,00, Weisfohl 2,00-3,00; neue saure Gurken, Schod 2,-.



# Einsegnungs- Anzüge

Reichhaltigste Auswahl in den neuesten Moden und verschiedensten Webarten, sowie Kammgarn, Satins, Chevots, Ripsgarn, Drapés, Meltons u. s. w.  
33, 30, 27, 24, 21, 18, 15, 12,

9 Mk. 50

Wäsche, Hüte,  
Handschuhe etc.  
für die  
Einsegnung  
sehr billig.

Jeder Käufer eines Einsegnungs-Anzuges erhält reizende Beigaben umsonst.

Stoff-Neuheiten für Mass-Anfertigung

Elegante Anzüge n. Mass von 27 Mk. an | Elegante Paletots n. Mass von 27 Mk. an.

## Billigste Herbst-Angebote:

Herbst-Anzüge	45, 30, 30, 24, 21, 18, 15,	9 Mk.
Schwarze Gehrock-Anzüge	65, 50, 45, 40, 35, 27,	21 Mk.
Stoff-Hosen	14, 12, 10, 8, 6, 5,	4 Mk.
Herbst-Paletots	45, 35, 30, 27, 24, 21, 18, 15,	12 Mk.
Herbst-Hava-Jocks	24, 21, 18, 15, 12, 10,	6 Mk. 75
Gummi-Regen-Mäntel	30, 24, 20, 18,	15 Mk.
Knaben-Stoff-Anzüge	12, 10, 8, 6, 4, 3,	2 Mk.
Prüfungs-Anzüge	27, 24, 21, 18, 15, 14, 12, 10,	9 Mk.
Litewken, Loden-Joppen	von 2	Mk. 25 an.

# Baer Sohn

Special-Haus grössten Massstabes

Chaussee-Strasse 24a-25 11 Brücken-Strasse 11  
Gr. Frankfurter Str. 20.

Die 25te Preisliste wird kostenlos zugesandt.

## Neu! Sophien-Säle. Neu!

Berlin C., Sophien-Straße 17/18.

Bier große Säle, hochelegant, der Neuzeit entsprechend gebaut, 100-2500 Personen fassend.  
Sechs große und vier kleinere Vereinsräume, sämtlich mit Zentralheizung versehen, sind zur Abhaltung von Vereinsfeiern, Hochzeiten, Sommeren, Versammlungen usw. ab November 1905 täglich, auch Sonntags, unter den günstigsten Bedingungen zu vergeben.

Personen-Fahrstuhl nach sämtlichen Räumen.  
Fünf Kegelbahnen

nach Verbandsvorschrift stehen den meisten Regelläusen zur Verfügung.  
Näheres durch den Deponomen

Max Höpfner, Breite-Straße 21a in Pankow. 41772\*

Elektromotoren-Anlagen. Ingenieur J. Freund jr., Gitschinerstr. 106a.

Suisenstädtisches Klubhaus, Annen-straße 16.  
Saal A. Festlichkeiten, Landrätisches Beibier, Lagerbier. Bekannt vorzügliche Küche. Vereinszimmer frei.

## Deutsche Bierbrauerei A. = G.

(Absatz im letzten Geschäftsjahre 210912 Hektoliter)

empfiehlt ihre aus bestem Malz und Hopfen hergestellten Biere

2630L\*

in Fässern und Flaschen.

Adresse für Fassbier:

Alt Moabit 60.

Telephon: Amt II, 1615 u. 1616.

Adresse für Flaschenbier:

Kaiserin Augusta-Allee 15/16.

Telephon: Amt II, 3066.

## S. Kaliski-Bazar-Baby.

Grösstes Spezialhaus für

### Kinderwagen u. Metallbettstellen.



1.00, 10.00-40.00.



12.00, 15.00-100.00



6.00, 8.50, 11.50-150.00, auch kompl. mit Betten.



8.50, 10.00-20.00. Sportwagen von 4.00 an.

1. Tauentzienstr. 7a, an der Rürnbergerstr. Ch 2696

2. Bellealliancestr. 107, a. Hallesch. Tor A. 6a 12559

3. Invalidenstr. 160, an der Brunnenstr. A. III, 5281

4. Heinrichsdorferstr. 2e, (Nummer beachten!)

5. Brunnenstr. 92, an der Stügenerstr. III, 5281

6. Frankfurterstr. 115, a. d. Andreasstr. A 7a 8214

7. Cranienstr. 31, a. d. Adalbertstr. A 4, 8042

8. Beusselstr. 18, an der Turmstr. A 2, 9201.

Thellzahlung gestattet, bei grösseren

Raten Kassapreise.

Auf Wunsch kommt Vertreter mit Katalog.

## WARENHAUS

# A. WERTHEIM

## Gardinen u. Portièren

Engl. Tüll-Gardinen weiss und crème	Mtr. 38, 50, 65, 80 Pf.
Engl. Tüll-Gardinen weiss und crème Fenster	2.60, 3.50, 5 Mk., 7 Mk.
Engl. Tüll-Stores weiss und crème	Stück 2 Mk., 3.25, 5 Mk., 6.50 Mk.
Engl. Tüll-Bettdecken	für 1 Bett 2.25, 3.50, 4.90, 6 Mk.
Engl. Tüll-Bettdecken	für 2 Betten 4.50, 5.75, 6.50, 8 Mk.
Engl. Tüll-Vitragen	Mtr. 24, 40, 55, 65 Pf.
Engl. Tüll-Scheibengardinen	Stück 50, 70, 90 Pf., 1.20
Engl. Tüll-Halbstores	1 Store und 2 Scheibengardinen Garnitur 8.50, 11 Mk.
Lacet-Gardinen	Fenster 9.75, 13.50, 16.60, 20 Mk.
Lacet-Stores	Stück 6.50, 8 Mk., 11 Mk., 14 Mk.
Lacet-Stores mit Volant	Stück 7.75, 11 Mk., 15.50 Mk.
Lacet-Bettdecken	für 1 Bett 7.75, 9.50, 12.50 Mk.

Lacet-Bettdecken	für 2 Betten 9.50, 14.50, 17 Mk.
Lacet-Scheibengardinen	Stück 80 Pf., 1.15, 1.55, 2 Mk.
Lacet-Halbstores	1 Store u. 2 Scheibengardinen Garnitur 12 Mk., 16 Mk.
Spachtel-Stores	Stück 7.25, 11 Mk., 14 Mk.
Kongressstoff glatt u. gestreift, weiss u. crème	Mtr. 40, 55, 70, 90 Pf.
Köper-Vorhänge	Fenster 2.60, 3 Mk., 3.75, 5 Mk.
Köper-Rouleaux	Stück 2.25, 2.90, 3.65, 5.25 Mk.
Farbige Etamine-Stores	Stück 4.25 Mk.
Crème-Köper-Vorhangstoff	ca. 91 cm br. 48, 53 Pf., ca. 100 cm br. 90 Pf.
Crème-Coutil schwerer Köperstoff	Mtr. 55, 65 Pf., ca. 130 cm breit 1 Mk., 1.15 Mk.
Damast crème und goldfarbig	Mtr. 70, 85 Pf., " 1.10, 1.30 Mk.
Crème-Cablé Satinewebe Streifenmuster	Mtr. 65 Pf., " 1 Mk.

Lacet-Store 4.90

Lacet-Bettdecke für 1 Bett 4.75

Scheibengardinen 2.25

Spachtel-Store 4.90

Satin-Steppdecke 4.75

Wachstuchdecke 25 Pf.

Portièren châte 1.40, 2.25, 3.50 Mk.

Filztuch-Garnituren 2 Châte, 1 Lambrequin mit Kurbelsticker 4.50, 7.50, 11 Mk.

Leinenplüsch-Garnituren " " 8.75, 10.25, 15 Mk.

Schlafzimmer-Garnituren aus merzeris. Stoff 2 Châte, 1 Lambrequin 13 Mk., 16 Mk.

Divandeen 4.35, 6 Mk. 8.50, 10.50 Mk.

Steppdecken aus merzeris. Satin u. Wollsat 5.50, 7 Mk. 10.50 Mk.

Melierte Schlafdecken 3.75, 4.50, 6.25 Mk.

Plüsch-Reisedecken 7.50, 10.50, 15 Mk.

Phantasie-Tischdecken 1.90, 2.80, 4.50, 6 Mk.

Filztuch-Tischdecken mit Kurbelsticker 2.25, 3.50, 5 Mk. 7.25 Mk.

Tuch-Tischdecken mit Kurbelsticker 8.50, 10.25, 15.50 Mk.

Plüsch-Tischdecken mit Kurbelsticker 6.75, 9 Mk., 11.25, 13.50 Mk.

Grösse ca. 150/150 cm ca. 130/150 cm ca. 150/200 cm

Moquette-Tischdecken 11.75 15 Mk. 14.75 18.50 26 Mk. 29 Mk.



Haus der Partei.

Walter Cranes Antwort.

Wir erhalten folgende Zuschrift:
Geehrte Redaktion!

Die freundliche Botschaft von den deutschen Arbeitern, der Sie aus Anlaß meines Geburtstages in Ihrem Blatte Ausdruck gaben, ist mir zugegangen. Ein Freund hat es mir überreicht.

Die Anerkennung meiner Bestrebungen und meiner Ideale und die freundliche Sympathie, die mir in Deutschland zu teil werden, sind in der Tat sehr erfreulich. Ich werde schon auf nicht ganz so viel Anerkennung für meine Werte aus meinem eigenen Vaterlande stolz sein. Aber stolzer noch, wenn mein Werk dazu gedient hat, die große Sache, das große Ideal des menschlichen Lebens, das im Sozialismus liegt, einigermassen zu fördern.

Noch einmal: Ich danke Ihnen und wünsche durch Ihre Vermittlung den deutschen Arbeitern, die in ihrer glänzenden Einigkeit und Solidarität ihren Brüdern in aller Welt mit gutem Beispiele vorangegangen sind, meine Genugthuung für ihre freundliche Kundgebung auszusprechen. Es lebe die internationale Sozialdemokratie.

Ihr Walter Crane.

„Ananständige Prekmenschen.“

Die „Vergische Arbeiterstimme“, unser Solinger Parteiblatt, bringt an der Spitze ihrer Nummer vom Freitag in durchsichtiger Schrift diese Notiz:

Die Arbeit eingestellt, ehe sie begonnen, haben in der gestrigen Abend im „Kaiseraal“ stattgefundenen Volksversammlung die Vertreter der hiesigen Presse. Vor Beginn der Versammlung trat der die Aussperrungsgelüste der hiesigen Schlägereibesitzer verurteilende Genosse Sandler an den Berichterstatter heran und drohte eventuell mit Aussperrungsmassregeln, wenn die Prekmenschen sich nicht „anständig“ verhalten sollten. Empört über diese Annäherung, verließen sämtliche Berichterstatter einmütig das Lokal, weshalb ein Bericht über die gestrige Versammlung nicht veröffentlicht werden kann. — Wir müssen es aus diesem Grunde dem Bureau der Versammlung überlassen, den Bericht von der gestrigen Versammlung selbst zu veröffentlichen, wenn dies für notwendig erachtet werden sollte.

Mit der Bitte um Veröffentlichung erhalten wir folgende Zuschrift:

In der Zeit vom 3. bis 7. September 1905 fand im Riesenaal des „Trocadero“ in Paris der Internationale Friedenskongress statt. Unter den 2500 Teilnehmern befand sich eine große Anzahl von Genossen. Am zweiten Tage des Kongresses wurde der Antrag gestellt und angenommen, dem Präsidenten Roosevelt ein Dankschreiben für seine erfolgreichen Bemühungen um die Herstellung des Friedens zwischen Rußland und Japan zu senden. Durch einen großen Teil der deutschen, französischen und sogar der hiesigen Parteipresse ging die Nachricht von dem einstimmigen Beschlusse des erwähnten Telegramms. In der am 8. September im Riesenaal des deutschen Sozialdemokratischen Leseklubs zu Paris, 13-rue Gaillon, kam diese Angelegenheit zur Sprache. Das Resultat der Verhandlungen war die einstimmige Annahme folgender Resolution: „Die am 9. September im Vereinslokal, rue Gaillon Nr. 13, tagende außerordentliche stark besuchte öffentliche Versammlung des deutschen Sozialdemokratischen Leseklubs zu Paris erklärt sich mit den Ausführungen des Genossen Reichstags-Abgeordneten Ad. Hoffmann aus Berlin einverstanden und spricht ihre Genugthuung über die Mitteilung des Genossen Hoffmann aus, daß auf dem in dieser Woche stattgefundenen Friedenskongress die sozialistischen Delegierten sämtlich der Dankadresse an den Präsidenten Roosevelt anlässlich des russisch-japanischen Friedensschlusses die Zustimmung verjagt haben.“

Deutscher Verein in Paris. Der seit 28 Jahren in Paris bestehende deutsche Sozialdemokratische Leseklub hat sein Vereinslokal Rue Gaillon Nr. 13 (Avenue de l'Opéra), Restaurant E. Gah. Jeder organisierte Genosse ist dort herzlich willkommen, findet brüderliche Aufnahme, Rat und kostenlose Unterweisung jeder Art. Parteiblätter und eine große Bibliothek stehen zur Verfügung. Unterricht in der französischen Sprache wird unentgeltlich erteilt. An jedem Sonnabend beginnt die Versammlung um 9 Uhr. Unter Führung eines Kunstverständigen werden jeden Sonntag vor- mittag die Pariser Museen und sonstigen Kunstausstellungen besucht. Es wird allen nach Paris reisenden Genossen in ihrem eigenen Interesse geraten, den deutschen Sozialdemokratischen Leseklub aufzusuchen. Alle Partei- und Gewerkschaftsblätter werden um Abdruck gebeten.

Nachmals eine Richtigstellung.

Genosse Bernstein sendet uns folgende zweite Verichtigung:
Allerlei Nebensachen. Gewiß hätte ich, ebenso wie Bernstein, diese Hauptpartien in meiner Abwechse völlig ignorieren und mich auf allerlei Nebensachen beschränken können — um nur ja nicht nach irgend einer Seite anzustohen.

Dieser Satz in der Bemerkung H. C.'s wider meine gestrige Einsetzung ist so sehr geeignet, wenn nicht bestimmt, falsche Vorstellungen über Charakter und Tendenz meiner Antwort-Artikel

gegenüber der „Kölnischen Zeitung“ zu erwecken, daß ich mich zu folgender weiteren Richtigstellung genötigt sehe:

Meine Antworten behandeln, laut Ueberschriften und Inhalt der Artikel: 1. Die Fragestellung. 2. Was die „Kölnische Zeitung“ anerkennt (Materialistische Geschichtsauffassung, Konzentrationstheorie, Verelendungstheorie). 3. und 4. Was die „Kölnische Zeitung“ bestreitet (Akumulationstheorie, Werttheorie und Mehrwertstheorie, Krisenlehre, Zusammenbruchstheorie). 5. Die wirtschaftliche Entwicklung und der Klassenkampf. 6. Die Politik der Sozialdemokratie und die soziale Entwicklung (Kampf für Demokratie, Stellung zur Monarchie, Nationalismus, Militarismus, zur „positiven staatlichen Mitarbeit“, die Expropriation).

Dies die „allerlei Nebensachen“, mit denen sich meine Artikel befassen. Ob sie diese Qualifikation H. C.'s verdienen, mag dem Urteil der Leser überlassen bleiben. Je nachdem es ausfällt, wird man auch ermeßeln können, was es mit dem unterstehenden Zusatz: „um nur ja nach keiner Seite hin anzustohen“, auf sich hat. Es ist das Verbrechen der „Köln. Ztg.“ gegenüber vor allem die Ansicht vertreten und begründet zu haben, daß die theoretischen Differenzen innerhalb der Sozialdemokratie die prinzipielle Stellungnahme zu den von ihr aufgeworfenen politischen Fragen der Gegenwart unberührt lassen. Die weitergehenden häuslichen Streitfragen der Sozialdemokratie mit der „Kölnischen Zeitung“ zu diskutieren, habe ich freilich abgelehnt. Wenn ich polemisiere, polemisiere ich direkt und nicht hinten herum. Im übrigen kann ich, soweit meine Person in Betracht kommt, die Unterscheidung H. C.'s zwischen „Evolutionisten“ und „Revisionisten“ in der Partei als von irgendwelchem Belang nicht anerkennen. Ich bin ebenso sehr Evolutionist, wie ich Revisionist bin, oder, anders ausgedrückt, Revisionist, weil ich Evolutionist bin. Daß ich in einer Spezialfrage, wie der politische Streit, mit dem Genossen Kolb verschiedener Meinung bin, hindert mich nicht, mit Vergnügen dieselbe Galeere zu besteigen, in der dieser energische und fähige Kämpfer für die Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie sich befindet.

Berlin, den 18. September 1905.

Ed. Bernstein.

Die nochmalige Einsetzung Bernsteins zwingt mich leider nochmals zu einer Antwort:

1. Ob die gestern von mir erwähnten Artikel der „Köln. Ztg.“ (die Artikel: „Die Revolution“, „Die Evolution und Sozialreform“, „Die Sozialdemokratie als Klassenpartei“, „Die praktischen Forderungen der heutigen Sozialdemokratie“, „Das Bild der heutigen Sozialdemokratie“, „Ausblick“) die Hauptpartien der von dem rheinischen Blatt gegen die Sozialdemokratie gerichteten Angriffe, oder ob die von Bernstein behandelten Thematika den Hauptbestandteil der Artikelserie bilden, das ist Anstößsache. Wenn Bernstein die von ihm genannten als die Hauptfrage betrachtet, so will ich ihm diese Ansicht keineswegs nehmen; nach meiner Meinung bilden nun aber mal die von mir erwähnten Artikel die wichtigsten der Serie.

2. Ich habe nur gesagt, daß ich Bernstein für seinen „reinen Evolutionisten a la Kolb“ halte. Genosse Bernstein bestätigt, daß er zwar nicht mit dem Genossen Kolb in der Frage des politischen Streits einverstanden sei, trotzdem will er jedoch ebenso sehr Evolutionist wie Revisionist sein. Das bestreite ich gar nicht; nur „Evolutionist“ a la Kolb ist er dann eben nicht. H. C.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Streit und berechtigtes Interesse.

Wegen Verurteilung gemäß § 153 der Gewerbe-Ordnung war der Metallarbeiter R. vom Landgericht Berlin zu einer Gefängnisstrafe von 3 Tagen (Schöffengericht vorher 3 Wochen) verurteilt worden, weil er als Streikender anlässlich des Streiks in der Röhrenfabrik vormals R. Wehlich zu Berlin eine arbeitswillige Arbeiterin durch Drohung und Ehrverletzung zum Anschluss an den Streik zu bewegen versucht habe. Das Landgericht erachtete für selbstgeheißt, daß Angeklagter nach vergeblichem Jureben zu dem Mädchen gesagt habe: „Schämen Sie sich“ und: „Ewig werden Sie auch nicht bei der Firma sein; es wird dafür gesorgt werden, daß Sie anderweitig keine Arbeit bekommen“. In diesen Äußerungen im Zusammenhang mit dem Versuch, das Mädchen zum Mitstreiken zu bewegen, sah das Gericht den Tatbestand des § 153 der Gewerbe-Ordnung. — Der Angeklagte legte Revision ein. Sein Vertreter, Rechtsanwalt Goldberg, machte vor dem Kammergericht in Berlin unter anderem geltend, daß auch bei Anklagen auf Grund des § 153 der Gewerbe-Ordnung der § 193 des Strafgesetzbuches mit seiner Bestimmung über die Wahrnehmung berechtigter Interessen zu berücksichtigen wäre, und daß speziell im vorliegenden Falle § 193 anzuwenden sei, weil Angeklagter in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. Danach wäre er freizusprechen.

Das Kammergericht verwarf indessen die Revision und führte aus: Mangel einer entsprechenden positiven Vorschrift finde § 193 des Strafgesetzbuches nicht Anwendung auf die Gewerbe-Ordnung, insbesondere den § 153 der Gewerbe-Ordnung. Allerdings sei die Anwendung des § 153 der Gewerbe-Ordnung eine rechtswidrige Ehrverletzung voraus. Eine solche sei aber hier richtig festzustellen. Mit Recht sehe das Landgericht sie in den Worten des Angeklagten, daß sich das Mädchen schämen solle. Die Rechtswidrigkeit werde nicht dadurch beseitigt, daß der mitstreikende Angeklagte durch die Äußerung den Streik fördern wollte. Das Gesetz gehe ja dahin, eine Förderung von Abreden gemäß der §§ 152 und 153 der Gewerbe-Ordnung durch Ehrverletzung und Drohungen auszuschließen. Neben der Ehrverletzung stelle das Landgericht auch eine Drohung ohne

Rechtswidrigkeit fest in den Worten: „Es wird dafür gesorgt werden, daß Sie anderweitig keine Arbeit bekommen“. Der Dolus sei ebenfalls gegeben. Die Bedrohte hätte nach den Worten des Angeklagten sehr wohl annehmen können, daß Angeklagter in der Lage sei, seine Drohung wahrzumachen, und damit habe Angeklagter rechnen müssen. Somit sei er mit Recht auf Grund des § 153 der Gewerbe-Ordnung verurteilt worden.

Es war gewiß ein interessanter Versuch des Rechtsanwalts, die Frage der Wahrnehmung berechtigter Interessen aufzuwerfen. Er hat wenigstens die Folge gehabt, daß das Kammergericht den Arbeiter bestätigt, daß im Deutschen Reich die Förderung eines Streiks nicht als Wahrnehmung berechtigter Interessen angesehen wird.

Am 14. Tagen Gefängnis wurde Genosse Friedrich Mehrlein von der Breslauer Strafkammer wegen verurteilter Exzesse verurteilt. Der Vorfall betrifft die Petitionsbewegung der städtischen Arbeiter. Auf zwei Nachstuden der Laternenwächter war eine derartige Petition gerissen worden. Mehrlein richtete an die betreffenden Täter im Auftrage des Verbandes ein Schreiben, in dem er ihnen die Wahl ließ zwischen 15 M., die als Buße an die Sterbekasse des Verbandes zu zahlen seien, oder Anzeige beim Gericht wegen Sachbeschädigung.

Gerichts-Zeitung.

Ein Exzess im Gerichtssaal erhielt gestern sein Nachspiel vor dem hiesigen Schöffengericht. Am 10. Mai stand der Arbeiter Wilhelm van Nulle wegen Diebstahls vor der 8. Strafkammer und wurde zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Die vier feinerzeit meldeten, hat er am Schluß der Verhandlung eine wüste Szene aufgeführt. Er zog sich plötzlich seine Lederpantoffeln aus und schlewerte sie in voller Wut gegen den Sachverständigen Medizinalrat Dr. Hoffmann, dem er aus dem Grunde gram war, weil er seinen Plan, den wilden Mann zu spielen, durchkreuzt hatte. Der hinzuspringende Gerichtsdienner war zunächst gegen ihn völlig machtlos, denn er schlug wie ein Rasender um sich, demolierte zwei im Anlagerraum stehende Stühle vollständig und wollte mit einem Stuhlbein auf den Staatsanwalt und das Richterkollegium losgehen. Der Angeklagte mußte schließlich von mehreren Gerichtsdiennern mit Stricken gefesselt werden. Hierbei trug der Gerichtsdienner Keel eine nicht unerhebliche Wundwunde am linken Daumen davon. — Das Bild, welches der Exzess in der gerichtlichen Verhandlung vor dem Schöffengericht bot, war ein wesentlich anderes: er war völlig zahm und kleinlaut. Das Gericht verurteilte ihn wegen Sachbeschädigung, Körperverletzung und Bedrohung zu sechs Monaten Gefängnis.

Ein schlummernder Don Juan scheint der Engroschlächtermeister Julius Tiedt zu sein, welcher sich gestern unter der Anklage des wiederholten Betruges vor der 7. Strafkammer verantworten mußte. Der mehrfach vorbestrafte Angeklagte verheiratete sich im Alter von 22 Jahren, als er noch Geselle war. Seine Frau hatte schon in ihrer Brautzeit viel auszuspielen. Die Ehe dauerte ganze sieben Wochen, da war an dem Liebesbündel des neugebackenen Ehepaars ein neuer Stern aufgegangen. Als die neue Eroberung des Angeklagten nach kurzer Zeit von einer anderen abgelöst wurde, teilte die Verlassene der Ehefrau verschiedene Dinge mit, welche diese veranlaßten, die Ehescheidungsfrage anzuknüpfen. Die Ehe wurde auch geschieden. Anfangs vorigen Jahres geriet T. in mißliche perimäre Verhältnisse, die ihn veranlaßten, sein Glück bei den Frauen auch in materieller Hinsicht auszubuten. Er besuchte verschiedene große Tanzlokale, in welchen die holde Damenwelt zahlreich vertreten war. Hier knüpfte er mancherlei zarte Beziehungen an. Seine persönliche Erscheinung und sein sicheres Auftreten ließ ihn bald eine Anzahl Mädchenherzen im Fluge erobern. Hierzu kam aber noch, daß er sich als schweizerischer Schlächtermeister aufspielte. Er erzählte den jungen Damen viel von seinen reichen Verwandten, von denen er später noch große Erbschaften zu erwarten habe. Schließlich war der Angeklagte glücklicher Bräutigam von fünf heiratslustigen Damen, mit denen er sich zu gleicher Zeit verlobt hatte. Unter allen möglichen falschen Vorpiegelungen gelang es dem Mann mit den fünf Bräuten, diesen nach und nach auch Geldbeträge abzuladen. Eine „Braut“ gab im Vertrauen auf ihren reichen Bräutigam ihre gesamten Ersparnisse, ein Sparfläschchen über 270 M. und 100 M. bar her. Eine andere fiel sogar mit etwa tausend Mark hinein. Schließlich kam eine der jungen Damen hinter die Salihe des Angeklagten und erstattete Anzeige. — Vor Gericht behauptete Tiedt, in keinem Falle seinen „Bräuten“ ein Eheversprechen gemacht zu haben, daß er sie anberge, könne ihn wohl niemand verheiraten. Der Gerichtshof hielt indessen eine betrügerische Absicht des Angeklagten für festgesetzt und erkannte mit Rücksicht auf sein ziemlich gemeingefährliches Vorgehen auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren. Zugleich wurde T., weil bei der Höhe der Strafe Nachverdacht begründet erscheint, sofort verhaftet.

Der bisherige Vorsitzende der 4. Strafkammer des Landgerichts I, Landgerichtsdirektor Dr. Oppermann, hat mit dem gestrigen Tage den Vorsitz in der Strafkammer 8a übernommen, der bisher von dem nunmehr in den Ruhestand getretenen Landgerichtsdirektor Koesler geführt wurde. Auch die von dem lehreren ausgeübten Funktionen des stellvertretenden Präsidenten im Bereiche des Kriminalgerichts sind auf Direktor Dr. Oppermann übergegangen. An dessen Stelle ist der aus Rißti gekommene Landgerichtsdirektor Quast zum Vorsitzenden der 4. Strafkammer berufen worden.

S. Weissenberg

Große Frankfurterstr. 126. Eckhaus Koppenstraße.

Empfehle zum bevorstehenden Umzuge mein reichhaltiges

Lager in Gardinen und Vorhangstoffen

zu enorm billigen Preisen. Fenster von 1 Mark 35 Pfg. an.

Neu eingetroffen.

Herbstkleiderstoffe:

Neu eingetroffen.

- Gezwirnte Kleiderstoffe im engl. Geschmack Mtr. 0.75, 1.00, 1.25
Kammgarnstoffe reine Wolle in allen Farben Mtr. 1.35, 1.50-2.00
Kostümstoffe gestreift und kariert, circa 130 cm breit Mtr. 1.50, 2.00-3.00
Damentuche in eleganter Farbe, 100/130 cm breit Mtr. 1.85, 2.25-5.00
Moderne Seidenstoffe für Blusen und Kleider Meter von 1.65 an

- Cheviot volle Breite in allen Farben Mtr. 0.75, 0.90-1.50
Satintuche alle modernen Farben Mtr. 1.35, 1.75-2.50
Blusenstoffe geschmackvolle Neuheiten Mtr. 0.95, 1.25-2.00
Bedr. Sammetflanelle gestreift und kariert Mtr. 0.35, 0.50-0.75
Neuheiten in Blusensammeten gestreift u. kariert Meter von 1.15 an

Zur gefälligen Beachtung!

Meine Firma ist mit dem Teppich-Haus gleichen Namens nicht identisch.







Aus Industrie und Handel.

Zuckerproduktion und Konsum. Mit dem 31. August hat die Zuckerampagne 1904/05 geschlossen. Nach den Vorkäufen vom Statistischen Amt veröffentlichten Betriebsergebnissen hat die deutsche Produktion gegenüber den letzten Jahren beträchtlich nachgelassen. Die Gesamtproduktion betrug nämlich im Betriebsjahre 1904/05: 15,95 Mill. Doppelzentner (1903/04: 28 Mill., 1902/03: 17,62 Mill. und 1901/02: 23,05 Mill. Doppelzentner). Am 1. September d. J. belief sich der Bestand auf 2,17 Mill. Doppelzentner gegen 3,21 Mill., 3,81 Mill. und 1,92 Mill. Auch der Verbrauch blieb mit 9,73 Mill. Doppelzentner gegen das Vorjahr um 1,86 Mill. Doppelzentner zurück, übersteigt aber immerhin die Betriebsjahre 1902/03 und 1901/02 um 2,21 Mill. bzw. 1,87 Mill. Doppelzentner. Der Grund der Verbrauchsabnahme ist vornehmlich in der Preissteigerung des Zuckers im letzten Jahre zu suchen.

Die Ausfuhr hat ebenfalls abgenommen. Während im Betriebsjahre 1901/02 12,72 Mill. Doppelzentner zur Ausfuhr gelangten, waren es im folgenden nur noch 10,73 Mill. Doppelzentner, in 1903/04 und im letzten Jahre trat ein weiterer Rückgang bis auf 7,74 Mill. Doppelzentner ein.

Rußlands Mißernte. Die russische Regierung hat lange genug durch die von ihr beeinflusste Presse und Telegraphen-Bureaus zu bestreiten versucht, daß ein großer Teil des europäischen Rußlands von einer Mißernte bedroht wird. Nun, da die Ernte größtenteils eingebracht ist und die in die ausländische Presse gelangten Berichte kein völliges Verweigen der Notlage mehr gestatten, bequem sich auch die russische Regierung mehr und mehr zu dem Eingeständnis, daß verschiedene Gouvernements unter einer Mißernte leiden, nur sich für auch heute noch deren Umfang zu verkleinern. Die die offiziöse „Iraza. Westnik“ berichtet, ist nach den Mitteilungen der Gouvernementschefs bis jetzt in elf Gouvernements eine vollständige Mißernte an Sommer- und Winterfrucht festgestellt, und zwar in den Gouvernements Woroneß, Wladimir, Iwer, Samara, Saratow, Simbirsk, Tambow, Tula, Njasan und in einem Teil der Gouvernements Orel und Cherson. Sodann ergab sich eine unbedeutende Roggenenernte in einem Teil des Gouvernements Astrachan und in den Gouvernements Witebsk, Wologda, Wjatka, Kasan, Nischni-Nowgorod, Pskow und St. Petersburg.

In der Mehrzahl der von der Mißernte betroffenen Gouvernements sind die örtlichen Gemeinde-Vorratsmagazine und Kapitalien nicht ausreichend, um die Bevölkerung mit Saatgut für die Winterbestellung zu versehen, da die Bestände infolge der Mißernten in den letzten Jahren völlig erschöpft sind. Eine Ausnahme bilden nach dem Blatt die Gouvernements: Astrachan, Wladimir, Nischni-Nowgorod, Orel, St. Petersburg, Njasan und Tula, in welchen die Ausfuhr des Wintergetreides sich als möglich erweist, teils aus der Ernte dieses Jahres, teils aus den örtlichen Vorratsmagazinen oder auch mit Getreide, welches für Rechnung der Gouvernements- und Kommunal-Wohlfahrtskapitalien angekauft wurde. Es war daher erforderlich, den von der Mißernte der Winterungen betroffenen Gouvernements über 5 000 000 Rubel aus dem allgemeinen Reichs-Wohlfahrtskapital für den Ankauf des Saatguts zu bewilligen. Die Summe verteilt sich unter den einzelnen Gouvernements in nachstehender Weise: Gouvernements: Witebsk 136 000 Rubel, Woroneß 207 500 Rubel, Wjatka 2 093 000 Rubel, Wologda 84 000 Rubel, Kasan 84 861 Rubel, Nowgorod 481 914 Rubel, Penza 383 000 Rubel, Pskow 301 000 Rubel, Samara 228 601 Rubel, Saratow 450 000 Rubel, St. Petersburg 8 000 Rubel, Simbirsk 150 000 Rubel, Tambow 401 000 Rubel und Tula 200 000 Rubel.

Durch die vorgedachten Geldbewilligungen und die Vorschüsse von Saatgut an die notleidenden Landbesitzer aus den kommunalen Getreide-Vorratsmagazinen soll die Bestellung der Winterungen als gesichert angesehen werden können. Was dagegen die Verpflegung der Bevölkerung in jenen Gouvernements anbelangt, so wird zurzeit von den örtlichen bürgerlichen Behörden die Notlage der Landbewohner einer Untersuchung unterworfen. Nach ihrem Ausfall soll die Höhe der von der Regierung zu gewährenden Unterstützungen festgesetzt werden.

Inwiefern die bewilligte Summe für den Ankauf ausreichen wird, läßt sich nicht beurteilen; viel bedeutet sie jedenfalls gegenüber einem so weit verbreiteten Notstand nicht, und außerdem erscheint es in Anbetracht der Korruption der russischen Verwaltungskreise kaum zweifelhaft, daß von den 5 Millionen Rubel (zirka 10 1/2 Millionen Mark) mancher Bruchteil unterwegs liegen bleiben wird. So viel ist sicher, die Bauernschaft des zentralen Rußlands steht vor einem harten Winter und einem noch schwereren Frühjahr, so daß die Wahrscheinlichkeit größerer Bauernaufstände heute näher gerückt erscheint, als bislang.

Einfluß der Bakur Unruhen auf die russische Rappha-Industrie. Die Bakur Rappha-Industriellen haben über die Schädigungen, die ihrer Industrie durch die Kämpfe zwischen Tataren und Armeniern entstanden sind, an den russischen Finanzminister eine Denkschrift gerichtet. Die Folgen der stattgefundenen Verwüstungen, heißt es in dieser Schrift, lassen sich im Augenblick schwer feststellen. Eindeutig jedoch ist die Tätigkeit auf den Werken hat aufgehört und die Hauptfolgen davon werden sein: 1. Unmöglichkeit, den Zahlungsverpflichtungen der Krone sowie einzelnen Personen und Institutionen gegenüber nachzukommen, so lange die normale Tätigkeit auf den Werken nicht wieder hergestellt ist; 2. Unmöglichkeit, abgeschlossene Kontrakte zu erfüllen wegen Lieferung von Rapphaprodukten an Kronen- und Privatbahnen, Fabriken, Institutionen und Unternehmungen; 3. die See- und Flußschifffahrt verliert 25 Proz. ihrer Einkünfte.

Die Verwaltung der Aktiengesellschaft „Kawkas“ hat festgestellt, daß drei Viertel der Rapphawerke nicht mehr existieren. Im Laufe des April stellte sich die Rapphaproduktion wie folgt:

Table with 2 columns: Quantity (70 mit einer Produktion bis 100 000 Pud) and Value (2 992 763 Rub). Rows list various quantities and values for different types of goods.

125 Firmen produzierten im April 47 205 435 Pud. Da nun die kleinen Werke auf weniger reichen Flächen belegen sind, so liegt es in der Natur der Sache, daß die kleinen Firmen mehr Bohrflüsse besitzen als die großen. Wenn nun, wie das tatsächlich der Fall ist, bei 2-3 großen Firmen einige Bohrflüsse unbenutzt geblieben sind, so läßt sich daraus der Schluß ziehen, daß die kleinen Firmen total ruiniert sind. Wenn man das normale monatliche Produktionsquantum mit etwa 50 Millionen Pud veranschlagt, so wird man, wenn drei Viertel nicht existieren, nach Wiederaufnahme der Arbeit monatlang mit einer Produktion von nur 10 bis höchstens 15 Millionen Pud zu rechnen haben. Die Situation spitzt sich aber noch dadurch zu, daß in diesem Jahre wegen der früheren Unordnungen 80 Millionen Pud Rapphacüstände weniger als sonst aus Bakur ausgeführt worden sind.

Briefkasten der Redaktion.

Jena. Niederlage der Preußen und Sachsen am 14. Oktober 1806. G. W. 29. In dem Worte Orchester ist der italienische Ausdruck gemäss „g“ wie „f“ zu sprechen. — Kutterreit. Rein. — Verbund. (Druckfehler.) In Nr. 215 des „Vorwärts“ nicht „hierauf“, sondern: hier — nur. — Hofmann. F. Die Form „Buchhandlung“ hat keine Verwendung dafür. Im Buchhandel werden dafür nur Minimalpreise gezahlt. Wir können da leider nicht Rat erteilen. — R. D. Rein. — H. G. Ja. — 1005. Paris.

R. Charlottenburg. Schilderungen über Mißstände in Fabriken zu bringen wir nur, wenn sie uns von der Gemeinschaft zugehen.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Öffnung: abends 7 Uhr. R. 13. Die Sparkasse kann Aufhebung des Buches verlangen. Näheres Sie einen Antrag an die Kasse, davon abzuweichen und Ihnen das Geld so auszuhändigen oder ein neues Buch auszugeben. — W. R. 61. Eine Forderung besteht nicht. Wollen Sie die Sache beschleunigen, so tragen Sie den Sachverhalt der Erbschaftskommission mündlich mit dem Erlaßten um Vernehmung vor. — W. 2. Eine Klage hätte nur dann Erfolg, wenn nachzuweisen wäre, welchen Mitgliedern der Schrank geschenkt ist. Dem Verein kann ein Dritter nicht schenken, weil der Verein keine juristische Personlichkeit ist. — C. W. 6. Das Kind bezieht seinen Vater, auch wenn dieser nicht mehr mit der Mutter ehelich verbunden ist. Anmeldung u. dgl. gibt es nicht. — R. 2. 11. Falls nicht — wie wahrscheinlich — Ihr Vertrag das Gegenteil besagt, hat der Wirt den durch bauliche Veränderungen u. dgl. Ihnen zugefügten Schaden zu ersetzen. — W. 2. 58. liegt Invaldität vor, so kann schon jetzt die Eingabe auf Gewährung der Invalidrente eingereicht werden. Altersrente wird erst vom vollendeten 70. Jahre ab gezahlt. — Siegmund. 1. Am 1. Oktober, falls nicht dort eine entgegenstehende Polizeiverordnung existiert. Ob das der Fall, erfahren Sie auf der Polizeiverwaltung. 2. Sie müssen an die Steuerdeputation eine entsprechende Eingabe richten. — P. G. 23. Falls Sie nicht der Erbschaft entlastet haben, sind Sie Erbin und haben als solche die pflichtmäßige Leistung zu erfüllen, wenn die Summe bezahlt ist. Die Zahlung hat eventuell im Wege der Begleichung zu bewirken. — W. W. 977. Rein. — C. 76. 1.—3. Ohne genaue Kenntnis Ihrer Vertragsverhältnisse ist es unmöglich zu sagen, welche Rechte oder Pflichten aus demselben folgen. 4. Bis um 12 Uhr mittags. — H. P. 67. Die Höhe der Rente richtet sich nach der Anzahl und Höhe der geleisteten Werten. In dem in den öffentlichen Verzeichnissen befindlichen „Arbeiterrecht“ finden Sie eine Anleitung zur Berechnung der Höhe der Invalidrente. — R. 00. 1. Ja, mit Einwilligung der Mutter und des Vormundes. 2. Sie wenden sich an das Polizeipräsidium. 3. Ja. — Jolker. 1. In keiner. 2. Rein. — Wilhelm 39. Wenn Ihre Mutter unterstützungsbedürftig ist und Sie in der Lage sind, Sie zu unterstützen, so sind Sie auch gesetzlich hierzu verpflichtet. — August 8. Die von Ihnen beschriebene Art kann als ein Verstoß gegen Gehelmitteilung angesehen werden. — T. 4. Rein, es sei denn, Sie wollen das Gewerbe im Umherziehen betreiben. — P. 2. 19. Versicherungsschutz Berlin. Können Sie bei. Beispiele für Anträge, die Sie auch dort zu Protokoll erklären können, finden Sie im „Arbeiterrecht“. — H. 2. 1. Das Vormundschaftsgericht kann, braucht aber nicht auf Ihren Antrag einzugehen. 2. Notar oder der gerichtliche Antrag ist erforderlich. Sie finden ein Beispiel S. 222 Nr. 25 des dem „Arbeiterrecht“ beigegebenen Jahrbuch. 3. Rein. 4. Reichen Reichen an. — W. G. Zimmermann. 1. Wenden Sie sich an das hiesige russische Konsulat. 2. Rein. — H. P. 76. Rein. — P. 100. 1. und 2. Ja, falls die Kaufakten nicht das Gegenteil ergeben, insbesondere nicht Inventarisierung erfolgt ist. — P. W. 100. Sie können beim Amtsgericht die Eltern Erbschaftsregulierung beantragen, eventuell auf Rechnunglegung und Hinterlegung oder Auszahlung klagen, falls eine gütliche Einigung mit Ihren Brüdern nicht erfolgt. — W. 12. Können Sie sich dementsprechend und glauben Sie, daß Ihre Annahmen zutreffen, so können Sie gegen Ihre Geschwister klagen. Es ist möglich, daß Sie mit dem Anspruch auf den 14. Teil des Nachlasses durchdringen; das früher verkaufte Anwesen rechnet nicht mit. Sie müßten einen Anwalt beauftragen. — Eichendorf, S. 59. Ja.

Advertisement for Max Arnsdorff clothing store. Features: 'Nur kurze Zeit!', 'Großer Räumungs-Verkauf', '176 Oranienstr.', 'Ecke Adalbertstraße', 'Der enorme Erfolg', 'Als Beweis meiner außerordentlichen Billigkeit führe ich einige besonders ins Auge springende Preise an: Praktische Roben, 6 Mtr., in vielen Dessins 1,50 M., Tuch-Melange-Roben, 6 Mtr., vollständige Robe 2,65 M., Gingham-Hauskleider, wasch- und luftecht 6 Mtr., vollständig Hauskleid 2,25 M., Wollene Cheviot-Roben in allen Farben, 6 Mtr., vollständige Robe 3,80 M., Velour-Flanell-Blusen-Reste, vollständige Bluse 75 Pf., Keimseidene Roben, 10-12 Mtr., Robe 9,80 bis 11,75 M. Categories include: Schwarze und farbige Wollstoffe, Blusen - Kleider - Kostümröcke, Schwarze und farbige Seidenwaren, Backfischkleider.



# Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis

Süd-Ost.  
Dienstag, den 19. September, abends 8 1/2 Uhr, in der „Drachenburg“, vor dem Schlessischen Tor:

## Versammlung des Wahlvereins.

1. Vortrag des Stadtverordneten Kotske über: „Aus dem roten Hause“. 2. Diskussion.  
3. Vereinsangelegenheiten.  
Zahlreichen Besuch erwartet  
Der Vorstand.

# Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

(Osten, Straßauer Viertel.)  
Dienstag, 19. September, abends 8 1/2 Uhr, im Gesellschaftshaus Ostend (P. Litfin), Remelerstr. 67:

## Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Max Kiesel über: Wahlrechts-Attentate. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. (Aufnahme neuer Mitglieder.)  
Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. — Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. — Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt.  
244/16  
Der Vorstand.

# Sozialdemokratischer Verein im 5. Berliner Reichstags-Wahlkreise.

Montag, den 18. September, 8 Uhr abends:

## General-Versammlung

im Alten Schützenhause, Lindenstr. 5.

Tages-Ordnung:  
1. Vorstands- und Kassenericht.  
2. Bericht der Preh- und Lokalkommission.  
3. Parte- und Vereinsangelegenheiten.  
4. Verschiedenes.  
Mitgliedsbuch legitimiert!  
Zahlreiches Erscheinen erwartet  
Der Vorstand.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

## Bezirk Friedrichsberg.

Montag, den 18. September 1905, abends 8 Uhr:

## Bezirks-Versammlung

bei Wildner, Friedrichsbergstr. 11.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag der Genossin Frau Dr. Hofmann über: „Was fordern wir von der Volksschule?“. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.  
Kollegen! Der wichtigen Tagesordnung halber ist es Pflicht, daß alle Kollegen mit ihren Frauen erscheinen.  
Der Bezirksleiter.

Montag, 18. September, abends 8 1/2 Uhr, in den Verolinaschützen, Schönhauser Allee 28:

## Bezirks-Versammlung

für Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Leopold: „Neue Strömungen in der Arbeiterbewegung.“ 2. Wahl von zwei Delegierten. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.  
92/17

# Stukkateure!

Montag, den 18. September, abends pünktlich 8 1/2 Uhr:

## Regelmäßige Mitgliederversammlung

bei Franke, Sebastianstraße Nr. 39.

Tages-Ordnung:  
1. Die Kostford- und Fensterfrage in dieser Winteraison. (Koll. M. Giebler.) 2. Moderne Produktionsentwicklung inner- und außerhalb unseres Berufes. (Koll. Krebs.) 3. Unser Arbeitsnachweis und das Problem einer gerechten Arbeitsverteilung im heutigen Staate. (Koll. Hühner.) 4. Unser Zeichenunterricht als Berufsbildungsmittel. (Koll. Scheck.)  
181/3  
Gäste und Nichtmitglieder haben Zutritt! — Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet!  
Ortsverwaltung der Filiale Berlin.

# Achtung! Kleber. Achtung!

Mittwoch, 20. September, abends 8 Uhr, in der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57:

## Versammlung.

Tages-Ordnung:  
Wie stellen sich die Berliner Kleber zu dem Lyncrustalichen seitens der Linooleumleger?  
179/14  
Kollegen! Da in dieser Versammlung Beschlüsse von weittragender Bedeutung gefaßt werden, ist es Pflicht eines jeden Klebers zu erscheinen.  
Die Linooleumleger sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen.  
Die Verbandsleitung der Tapezierer.

# Fachverein der Tischler.

Achtung! Tischler. Achtung!  
Dienstag, den 19. September, abends 8 1/2 Uhr:

## Mitglieder-Versammlung

bei Zülz, Köpenickerstraße 137/138.

Tagesordnung: 1. Die Stellung des Fachvereins der Tischler zur Gewerkschaft-Versammlung. Referent: Kollege Max Gärtner. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 4. Vereinsangelegenheiten.  
198/10  
Gäste haben Zutritt.  
Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht  
Der Vorstand.

# Wahlverein für den Bezirk Lichtenberg.

Dienstag, 19. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Schwarzen Adler“ (Gedr. Arnold), Frankfurter Chaussee 5:

## Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Die Neuorganisation der Wahlvereine Berlins und Umgegend. 2. Bericht von der Kreis-Konferenz. 3. Wahl von Delegierten zur Kreis-Konferenz am 1. Oktober. 4. Sollen die Neuwahlen bis zum Januar vertagt werden? 5. Vereinsangelegenheiten.  
14/9  
Mitgliedsbuch legitimiert!  
Der Vorstand.

# Achtung! Putzer. Achtung!

Mittwoch, den 20. d. M., abends 8 Uhr,

finden in sämtlichen Berliner Vierteln und den Vororten die

## Bezirks-Versammlungen

statt. Um pünktlichen und zahlreichen Besuch bitten  
Die Obleute.

# Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.

Bureau: Girttenstraße 20. — Telefon: Amt VII, Nr. 1999.

Mittwoch, 20. Septbr., abends 8 1/2 Uhr, im Gesellschaftshaus Berliner Musiker, Kaiser Wilhelm-Strasse 18m:

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Die Stellen sich die Mitglieder des Vereins zu dem am 23. August 1905 im Feen-Palast angenommenen Resolutions-Referent: Kollege Julius Gehl. — 2. Diskussion. — 3. Abrechnung vom 23. Stiftungsjahr. 4. Wahl eines Ausschusses für Mitgliedsbuch und Vereinsangelegenheiten.  
100/7  
Mitgliedsbuch legitimiert. — Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.  
Zahlreiches Erscheinen erwartet  
Der Vorstand.

# Öffentliche Arbeiter-Radfahrer-Versammlung.

Mittwoch, den 20. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Wilke, Brunnenstr. 188.

Tages-Ordnung:

1. Welche Arbeiter-Radfahrer sind die Sympathien der Parteigenossen wert? Referent: R. Dießing-Berlin. 2. Diskussion.  
20/16  
Die Parteigenossen und die Lokalkommission sind besonders eingeladen.  
Der Einberufer.

# IX. Volkstümlicher Vortragsabend

von Maria Holgers.

Russische Dichtungen von Puschkina, Lermontoff, Gorki.  
Russische Volkswelten, gesungen von Betsy Schot.  
Eintrittskarten zu 30 Pf. bei 50 Pf. 4. Zigarettenhandlung, Engel-Ufer 15 und abends an der Kasse.

## Für Vereine.

Sonnabend, den 28. Oktober und 4. November, frei gemorden.  
Montags und Mittwochs für Versammlungen frei.  
43312  
Buß Salon, Gr. Frankfurterstraße 85.

Vereinsfahnen und Vereinsabzeichen etc. Wm. Marg. Grillenberger, Nürnberg, Umshilfplatz 2.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV 9679. Arbeitsnachweis: Zimmer 91. Amt IV, 3353.  
Mittwoch, den 20. September, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale von Suggenhagen, Reichplatz, Oranienstr. 147:

## Versammlung.

der Metallschleifer, Galvaniseure, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen.  
Tages-Ordnung:  
1. Fortsetzung der Tagesordnung vom 11. September. 2. Neuwahl des Branchendirektors. 3. Verbandsangelegenheiten.  
Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreichen Besuch erwartet  
129/11  
Die Ortsverwaltung.

## Mitglieder-Versammlung

für Königs-Wusterhausen und Umgegend

im Lokale von G. Langt, „Siegestraße“, in Königs-Wusterhausen.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Schmidt. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.  
Die Bibliothek ist eröffnet.  
Zahlreichen Besuch erwartet  
Die Ortsverwaltung.

# Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Montag, 18. September, abends 8 1/2 Uhr, in Graumanns Festhale, Rannysstr. 27:

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Schriftstellers Herrn G. M. Baege über: „Entwicklungsgehalte des Weltalls und der Erde.“ 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.  
142/4  
Gäste, auch Frauen, willkommen.  
Zahlreichen Besuch erwartet  
Der Vorstand.

# Kranken-Unterstützungsbund der Schneider.

Dienstag, den 19. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 3.

## Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom II. Quartal. 2. Vortrag des Kollegen Ritter über: Die geplante Reform auf dem Gebiete der sozialpolitischen Versicherungsgesetzgebung. 3. Anhangsangelegenheiten.  
172/10  
Die Ortsverwaltung.

# Achtung! Tanzlehrer-Verein „Solidarität“

gegründet 1892

empfiehlt sich den werten Vereinen und Gesellschaften zur Leitung von Tanzfestlichkeiten aller Art.  
200/8  
Sitzungen finden statt: Jeden Freitag nach dem 1. im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, alle anderen Freitage im Restaurant Kolwig, Große Frankfurterstr. 99. Tel. Amt 7, 3591.  
Bestellungen werden jederzeit im Restaurant Kolwig entgegengenommen.  
Der Vorstand.

# Raucht Tassi-Cigarettes.

4061L\*

# Achtung! Konfektionsarbeiter und -Arbeiterinnen des Ostens!

Montag, den 18. d. M., bei Gaberecht, Große Frankfurterstr. 30:

## Öffentliche Versammlung

für die in der Herren- und Damenkonfektion beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag der Frau Lily Braun über: „Die Not der Konfektionsarbeiter und deren Abhilfe.“ 2. Diskussion.  
Arbeiter, Parteigenossen, deren Frauen und Familienangehörige in der Konfektion tätig sind, agitiert und erscheint mit ihren Angehörigen zahlreich in dieser Versammlung.  
164/4  
Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Schneider u. Schneiderinnen.

# Vereinigung der Fliesenleger Deutschlands.

Ortsverein Berlin.

Heute Sonntag, den 17. September, vormittags 10 Uhr, im „Neuen Klubhaus“, Kommandantenstr. 72:

## Außerordentliche Mitgliederversammlung der Abteilungen I. u. II.

Tages-Ordnung:  
1. Regelung der Unterführungsfrage der Hilfsarbeiter und der durch deren Streit in Mitleidenschaft gezogenen Fliesenleger.  
2. Diskussion.  
293/20  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
Der Vorstand. H. K.: P. Pagel.

# Achtung! Ballschuhmacher! Achtung!

Montag, den 18. September, abends 8 1/2 Uhr:

## Öffentl. Ballschuhmacher-Versammlung

in Bernau'sch Festhale, Andreasstraße 21.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Ritter über: „Die Schäden der Heimindustrie.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
170/3

# Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

Sonntag, den 17. September, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:

## Vortrag des Schriftstellers M. H. Baege

über: „Die Geschichte der Erde“, mit 60 kolorierten Lichtbildern.

5/2\* Eintritt 30 Pf. inkl. Garderobe.  
Eröffnung 6 Uhr. Nach dem Vortrage: Beginn 7 Uhr.

# Gemütl. Beisammensein und Tanz.

Berliner Sinfonie-Orchester

Dirig.: Kapellmeister Maximilian Fischer, Charlottenburg, Schloßstr. 17

empfiehlt sich für Musikaufführungen in jeder Besetzung.

Für künstlerische Leistungen wird garantiert.

Arrangements ganzer Konzerte. 1259 b

Es wird gebeten, genau auf die Firma zu achten.

# Stuhlflecht

vorr in vorzüglicher Qualität. Stuhlrohrlager Wallstr. 16.

H.G. TZE Berlin, Auguststr. 20 Maschinenbau-Unterwerkzeug-Anstalt



Gewerkschaftliches.

Wie die Polizei für Ordnung und Sitte sorgt!

Ein ganzes Heer von Beamten ist in Berlin bemüht, die Sittlichkeit zu schützen. Die Auslagen der Buchhandlungen werden nach Schriften und Bildern durchstöbert, welche die Sittlichkeit gefährden könnten...

Nicht immer: In der Kochstraße streifen die Arbeiter und Arbeiterinnen einer Buchbinderei. Eine ihrer Forderungen zielt ab auf Befestigung eines Wertmeisters, der nach ihrer Ueberzeugung nicht gerade den Anforderungen der Sittlichkeit entspricht...

Dieselben Beamten, welche sonst — angeblich in den Dienst der Sittlichkeit gestellt — das Treiben der Dirnen überwachen, gehen gegen die um ihre Ehre kämpfenden Arbeiterinnen in einer Weise vor, welche die über die Sachlage unaufgeklärten Passanten zu dem Glauben veranlassen könnten, die Posten stehenden Proletarierinnen seien Kontrollbinnen gewöhnlichsten Schlages...

Wie uns mitgeteilt wird, haben Streikende beobachtet, wie ein Wachtmeister dem Herrn B. Kämmerer die Hand drückte und ihn fragte: „Na, heut sind Sie doch mit meinen Leuten zufrieden?“ und dieser antwortete: „Ja wohl, Herr Wachtmeister.“ Er hatte wohl alle Ursache, mit der Polizei zufrieden zu sein...

Ein Verdienst aber hat sich die Polizei in der Kochstraße auch um die Arbeiterschaft erworben: Sie hat da, wo dergleichen wirklich noch vorhanden gewesen sein sollte, bei Arbeitern und Arbeiterinnen gründlich die Illusion zerstört, als hätte die Polizei wirklich so etwas wie eine ethische Aufgabe...

Berlin und Umgegend.

Die Tarifbewegung der Gips- und Zementarbeiter (Sektion des Maurer-Verbandes) scheint auch diesmal zu einem ernstem Konflikt mit den Arbeitgebern zu führen. Obwohl der jetzige Tarif bereits am 30. September abläuft, hat der „Berliner Betonverein“ noch keinerlei Entgegenkommen in bezug auf die Forderungen der Arbeiter bewiesen...

„Wie ich Ihnen bereits des öfteren ausgeführt habe, stehen wir als Arbeitgeber auf dem von jedem vernünftig denkenden Menschen anzuerkennenden Standpunkt, den Arbeiter nach seiner Leistung zu bezahlen. Wir haben in unserer Branche eine ganze Menge tüchtige, fleißige und befähigte Arbeiter, die noch so viel Ehrgefühl besitzen und für ihren Lohn auch die entsprechende Arbeit leisten; andererseits hat aber auch das abgelassene Tarifjahr unserer Branche Arbeiter gebracht, die das gerade Gegenteil sind.“

Der Verfasser des offenen Briefes appelliert sodann als Obmann der Zwölferskommission an den Vorstand der Sektion und an alle „gerecht denkenden“ Arbeiter, eine Abstimmung über seinen Vorschlag betreffs allgemeiner Einführung der Akkordarbeit vorzunehmen und schließt:

„Ich erkläre ausdrücklich, daß die Einführung der Akkordarbeit die einzige Möglichkeit bietet, einen neuen Tarifvertrag zu schließen, der die Bezahlung des Arbeiters nach seiner Leistung zuläßt und der sich mit den von uns gefassten Beschlüssen vereinbaren lassen könnte.“

Mit diesem Brief befahte sich nun die am Freitag im Gewerkschaftshaus abgehaltene, sehr stark besuchte Generalversammlung der Gips- und Zementarbeiter. Sämtliche Redner sprachen sich unter dem Befehl der Versammlung auf das entschiedenste gegen die Akkordarbeit aus. Sie verwiesen dabei auf den jüngsten Streik bei der Firma Luginow, der so gerade wegen des dort eingerichteten Akkordsystems geführt worden sei, weil sich auch hier die alte Erfahrung wieder bestätigt hatte, daß durch die Akkordarbeit ein Arbeiter der Ausbeute des anderen wird...

als niedrigste Bewertung ihrer Leistungen zugebacht seien. Aus all diesen Gründen verwarf die Versammlung einstimmig die in dem offenen Briefe gemachten Vorschläge und nahm eine Resolution an, in der sie das ablehnende Verhalten des Berliner Betonvereins mißbilligt und den Arbeitgebern alle Schuld beizumessen, wenn nach Ablauf des jetzigen Tarifvertrages die Arbeiter gezwungen seien, durch Streik die aufgestellten Forderungen durchzusetzen...

Achtung! Rohrleger und Helfer!

Die Differenzen bei der Firma H. P. Schulz, Ober-Schöne-weide, Deulstr. 10, sind beigelegt und sind nachstehende Vanten frei: Bau Gaudystr. 39, Bau Kopenhagenerstr. 66 und Kopenhagener und Schwedterstrassen-Gelände; Ziegel, Brunowstraße, Seelowerstr. 15; Ober-Schöne-weide, Deulstr. 21/22 und Bau Straße 16. Desgleichen bei der Firma Timm, Köpenickerstr. 99; Bau Derfflingerstr. 21.

Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Deutsches Reich.

Der Erpressungsparagraph und die Gewerkschaftsbewegung. In Breslau hatte sich am Freitag der Arbeiterssekretär Friedrich Rehrlein wegen verurteilter Erpressung vor der Strafkammer zu verantworten. Der Genannte ist Vorsitzender des Verbandes der Gemeindefreier. Die städtischen Laternenwärter hatten beschlossen, eine Petition an den Magistrat zu richten, in der eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse verlangt wurde. Auf zwei Wochen waren die dort zur Sammlung von Unterschriften ausgelegten Exemplare von den Stabältesten zerrissen worden...

Uns scheint das Vorgehen des Genossen Rehrlein allerdings recht unvorsichtig. Moralisch steht es jedenfalls höher als das des Magistrats gegen ihn, den sonderbare Notiz bei der Einreichung des Strafantrages geleitet haben müssen. Aber immerhin streifte Rehrlein juristisch die Grenzen des Erpressungs-Paragraphen; er streifte sie jedoch nur. Dieser Paragraph setzt voraus, daß jemand sich über einem Dritten einen widerrechtlichen Vermögensvorteil verschafft. Eine Sterbefasse ist nun zweifellos keine Person. Deswegen hat der Beurteiler hoffentlich mit seiner Revision Glück.

Was sollen aber die Breslauer Arbeiter von einem Magistrat denken, der so ihr Petitionsrecht schützt!

Zum Kampf an der Unterweser.

Auf Verlangen des Arbeitgeber-Verbandes auf Austritt aus der Organisation antworten die in Betracht kommenden Organisationen der Arbeiter mit einem gemeinsamen Beschlusse, der in folgender Aufforderung den Arbeitern mitgeteilt wird:

Alle auf Vauten und in Holzbearbeitungs-fabriken beschäftigten Arbeiter!

Die unterzeichneten Ortsverwaltungen fordern hiermit alle organisierten Kollegen auf, falls eine Meber-Unterschrift vom Arbeitgeber von ihnen verlangt wird, womit sie den Austritt aus der Organisation erklären sollen, diese Unterschrift strikte zu verweigern, und, falls deshalb eine Entlassung erfolgt, sich sofort bei einer der unterzeichneten Verwaltungen zu melden.

Die Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Maurer, Zimmerer, Bauarbeiter, Maler, Holzarbeiter, Metallarbeiter, Transportarbeiter.

Im Holzarbeiterstreik zu Bärth i. N. fällt das dortige Gewerbe-gericht als Einigungsamt am Freitagmittag seinen Schiedsspruch über die noch strittigen fünf Punkte. Es wird darin für berechtigt erklärt, daß in den in Frage kommenden Fabriken ab 15. Oktober dieses Jahres die 55tägige und ab 1. März nächsten Jahres die 45tägige Arbeitszeit zur Einführung gelangt; für unberechtigt erklärt wird die Forderung, daß die Akkordarbeiter eine Aufbesserung von 8 Proz. bekommen sollen. Bezüglich der Stundenlöhne wird es dagegen für berechtigt erklärt, daß die Maschinenarbeiter 38, die gelernten Maschinenarbeiter 42, die Arbeiter an den Präzisions- und Abrichtmaschinen 45 Pf. pro Stunde erhalten. Die Parteien sollen bis Montag erklären, ob sie sich dem Spruch unterwerfen, aber der Vorsitzende des Industriellenverbandes, der an den Verhandlungen teilnahm, erklärte sofort nach Verkündung des Schiedsspruches, er könne im Namen sämtlicher Industriellen schon jetzt erklären, daß sie unter 55 Stunden Arbeitszeit nicht herzugeben und keinerlei Lohnerhöhung bewilligen werden, wozu sie sich auf Ehrenwort verpflichtet hätten. Dieses Zugeständnis werde aber nur unter der Bedingung gemacht, daß am nächsten Montag, früh 7 Uhr, überall die Arbeit wieder aufgenommen ist, wenn nicht, so werde vor dem 16. Oktober überhaupt niemand mehr eingestellt, und dann nur zu den alten Bedingungen. Das Herbstgeschäft sei ohnehin schon verloren, so daß die Unternehmer nichts mehr zu riskieren hätten.

Aus der Frauenbewegung.

Lichtenberg. Der Verein für Frauen und Mädchen hält Montag, den 18. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Gebr. Arnoldt, Frankfurter Chaussee 6, seine erste Generalversammlung ab, in welcher Herr Dr. Birnbaum einen Vortrag halten wird. Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht das Erscheinen eines jeden Mitgliedes zur Pflicht. Das Mitgliedsbuch dient zur Legitimation.

Der Vorstand.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Cyrenhaus. Sonntag: Curnanishe. Montag: Rignon. Dienstag: Evangelium. Phantasien im Ocean. Mittwoch: Das Zeit von Solong. Donnerstag: Die Janderhüte. Freitag: Die Meisterfinger von Nürnberg. (Anfang 7 Uhr.) Sonnabend: Das Fest auf Solong. Sonntag: Nigros Hochzeit. Montag: Der Freischütz. Schauspielhaus. Sonntag: Die Räuber. (Anfang 7 Uhr.) Montag: Das große Licht. Dienstag: Odv von Verhagen. (Anfang 7 Uhr.) Mittwoch: Ein kritischer Tag. Donnerstag: Othello. Freitag: Wann wir altam. Die Romanischen. Sonnabend und Sonntag: Der Schwur der Irene. Montag: Wilhelm Tell. Neues König. Operntheater. Von Sonntag bis Sonnabend: Geschlossen. Sonntag: Margarete. Montag: Geschlossen.

Lesing-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Traummusik. Abends: Erziehung zur Ehe. Stille Forderung. Montag: Rosenmontag. Dienstag: Benignens Erlebnis. Jannetes Himmelfahrt. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Mittwoch: Erziehung zur Ehe. Die stille Forderung. Donnerstag: Benignens Erlebnis. Jannetes Himmelfahrt. Freitag: Olga. Sonnabend: Erziehung zur Ehe. Die stille Forderung. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Die verlorene Glocke. Abends: Benignens Erlebnis. Jannetes Himmelfahrt. Montag: Erziehung zur Ehe. Die stille Forderung.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater.) Sonntagnachmittag 3 Uhr: Die Räuber. Abends: Hofgünst. Montag: Nora. Dienstag: Hofgünst. Mittwoch: Nora. Donnerstag: Hofgünst. Freitag: Nora. Sonnabend: Der Leibarzt. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Der Traum ein Leben. Abends: Hofgünst. Montag: Der Traum ein Leben.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater.) Sonntagnachmittag 3 Uhr: Fuhrmann Henschel. Abends: Krieg im Frieden. Montag: Der Wissenschaftsmann. Dienstag und Mittwoch: Ein Wintermärchen. Donnerstag und Freitag: Der Wissenschaftsmann. Sonnabend: Ein Wintermärchen. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Fuhrmann Henschel. Abends: Nora. Montag: Die Logenbrüder.

Volkstheater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Biederleute. Abends: Der Familienakt. Montag bis Donnerstag: Der Familienakt. Freitag: Der Familienakt. Samstag: Der Familienakt. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Biederleute. Abends: Der Familienakt. Montag: Unbestimmt.

Neues Theater. Sonntag und folgende Tage: Ein Sommertraum.

Reichstheater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Seine Kammerzofe. Abends und Montag: Die Höhle des Löwen. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Seine Kammerzofe. Abends und Montag: Die Höhle des Löwen.

Trianon-Theater. Sonntag bis Montag: Das Ende der Liebe. Theater des Westens. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Die Hedermaus. Abends und Montag und Dienstag: Der Opernball. Mittwoch: Undine. Donnerstag: Die neugierigen Frauen. Freitag: Der Opernball. Sonnabendnachmittag 3 Uhr: Bel dem, der liegt. Abends: Die Janderhüte. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Par und Zimmermann. Abends und Montag: Die Janderhüte.

Kentral-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Der Vettelstudent. Abends 7 1/2 Uhr und Montag und folgende Tage: Die Geisha. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Der Vettelstudent. Abends und Montag: Die Geisha.

Thalia-Theater. Sonntagnachmittag 3 1/2 Uhr: Charles Tante. Abends und folgende Tage: Es früh um fünf. Sonntagnachmittag 3 1/2 Uhr: Charles Tante.

Beste Alliance-Theater. Sonntag und folgende Tage: Ben im Weg.

Deutsch-Amerikanisches Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Ueber'n großen Teich. Abends und folgende Tage: Ueber'n großen Teich. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Ueber'n großen Teich.

Carl Weh-Theater. Sonntag bis Freitag: Der Weltumsegler wider Willen. Sonnabend: Alir und Algen. Kabale und Liebe. Sonntag und Montag: Der Weltumsegler wider Willen.

Vulien-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Der jüngste Leutnant. Abends: Jiesco. Montag: Die Kinder der Erziehung. Dienstag: Das Lumpengeindel. Mittwoch: Der jüngste Leutnant. Donnerstag: Das Lumpengeindel. Freitag: Wilhelm Tell. Sonnabend: Die Kinder der Erziehung. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Jiesco. Abends: Das Lumpengeindel. Montag: Der jüngste Leutnant.

Casino-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Ein Sohn des Volkes. Abends und folgende Tage: Der Welscherr. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Ein Sohn des Volkes.

Wintergarten. Lotte Fuller. Spezialitäten.

Apollo-Theater. Abends: Am Hochzeitabend. Ein Abend in einem amerikanischen Tugelt-Langel. Spezialitäten.

Kranke-Theater. Lindenstraße 48/49. Die deutsche Kordeleiste. Täglich: Am Rande der Winternachtsstunde. Anfang 8 Uhr. — Invalidenstraße 57-62. Sternwarte.

Vasage-Theater. Abends: Földi Augustin. Tockanu. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.

Gebr. Herrfeld-Theater. Sonntag und folgende Tage: Die Meyerholts.

Metropol-Theater. Abends: Auf ins Metropol. (Anf. 7 1/2 Uhr.)

Reichshallen-Theater. Sonntag und folgende Tage: Sietliner Sänge.

Vermischtes.

Die Cholera.

Auch heute liegen nur geringfügige Cholerameldungen vor. Bei der im Dorfe Warnisem gestern nach ganz kurzer Krankheit unter verdächtigen Umständen verstorbenen Justizamtsfrau Scheffler hat laut Telegramm aus Königsberg die bakteriologische Untersuchung Cholera ergeben. Es sind neuerdings alle erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen getroffen. — Auch bei der vierjährigen Tochter der im Breslau isolierten Schifferfamilie Richter wurde, wie aus Breslau telegraphiert wird, Cholera bakteriologisch festgestellt.

Die Eisenbahndirektion Danzig hat durch eine Verfügung an sämtliche Dienststellen ihres Bezirks wegen des Ausstretens der Cholera die Verwendung von Wasser aus der Weichsel undogat und deren Nebenflüssen zum Trinken und Waschen verboten. — Der amtlich gemeldete Cholerafall in Wronowitz hat sich als schwacher Magen- und Darmkatarrh erwiesen, verursacht durch den Genuß verdorbenen Fleisches. Der Kranke ist bereits genesen.

Auch in Graudenz und Dirschau sind Todesfälle von an Cholera erkrankten Personen zu verzeichnen. Bei zwei in Graudenz unter Choleraverdacht erkrankten Kindern ist Cholera bakteriologisch festgestellt worden, dagegen nicht bei einem erkrankten Arbeiter. Neu erkrankt sind in Graudenz ein zweijähriges Kind und ein Wagenbauer. In Malowik, Kreis Marienwerder, ist ein sechsjähriges Kind unter Choleraverdacht gestorben. Allen Anschein nach ist die Seuche im Regierungsbezirk Marienwerder im Aufzuge begriffen. — Aus Dirschau wird telegraphiert: Das an asiatischer Cholera erkrankte Kind des Schiffers Modanski ist in der hiesigen Cholera-Station gestorben. Im Johanniter-Krankenhaus starb ein an choleraverdächtigen Erscheinungen erkrankter Arbeiter.

In den Verdacht, choleraförmig zu sein, kam ein armer Flößer lediglich deshalb, weil die gegenwärtige Teuerung der Lebensmittel eine Unterernährung hervorruft, die dem Arbeiter das Aussehen von Cholerafranken verlieh.

Aus Landsherg a. N. berichtet die „Neumärkische Ztg.“:

Die auf den Cholera-Kontrollstationen stattfindenden ärztlichen Untersuchungen der Flößer und Schiffer, die im Freien auf dem Fahrzeuge stattfinden, erstrecken sich zunächst nur auf äußere Erscheinungen und müssen möglichst eilig geschehen. Sie können deshalb auch nur oberflächlich sein. Liefliegende, Baumränder, eingefallene Augen und Wangen sind das häufigste Merkmal, auf Grund dessen Choleraverdacht angenommen wird. Aber keine Regel ohne Ausnahme! Der inspisierende Arzt einer benachbarten Kontrollstation nahm einen etwas leidend aussehenden Flößer scharf ins Verhör und machte Miene, ihn wegen Choleraverdachts in die Cholera-Barade zu stecken. Er kam aber bei dem betreffenden Flößer über ein. Mit lauten und scharfen Worten entgegnete der Flößer dem Arzte:

„Ich habe eine Frau und 13 Kinder zu ernähren. Bei dem geringen Lohn und der augenblicklich teureren und schlechten Ernährung muß ich elend aussehen. Fleisch kann ich mir nicht kaufen. Wenn Sie sich aber überführen wollen, daß ich so gesund oder noch gesünder bin als Sie selbst, so reichen Sie mir einmal eine gut belegte Schinkenplatte, dann sollen Sie sehen, wie ich essen kann.“

Und der Arzt war weise genug, den geplagten, aber sonst gesunden Flößer ohne sonstige Saperceolen weiterzuschwimmen zu lassen. Uns dünkt wahrscheinlicher, daß der Arzt aus den bitteren Worten des armen Flößers die Erkenntnis gewonnen hat, daß für die deutschen Arbeiter eine salomische Gefahr als die asiatische Cholera der einheimische Kapitalismus ist, der durch permanente Hungerkuren dem arbeitenden Volke die Spuren des Siedtums ins Gesicht zeichnet. Wichtigter noch als die peinlichsten Absperrungsmaßnahmen gegen den Cholerabazillus ist deshalb, das deutsche Volk vor dem Hungerbazillus zu schützen, der sich desto rapider vermehrt, je länger man uns vom Fleischüberfluß des Weltmarktes absperrt!







Partei-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen des vierten Berliner Reichstagswahlkreises (Osten). Am Dienstag, den 19. d. M., findet im Lokal Gesellschafts-

Berliner Nachrichten.

Cholerafahr und Krankenhausnot.

Hätte Berlin genug Krankenhäuser, wenn die Cholera bei uns ihren Einzug hielte und hier eine größere Ausbreitung erlangte? Wir meinen: nein! Die Versorgung Berlins mit Krankenpflege-

Unsere Parteigenossen im Stadtparlament haben oft genug auch darauf hingewiesen, daß bei Ausbruch einer Epidemie diese Zustände sich als ganz besonders gefährlich und verhängnisvoll erweisen könnten. Doch die Magistratsvertreter haben gleichmütig geant-

Wir haben in der vorigen Woche die „Lokal-Anzeiger“-Meldung wiedergegeben, daß geplant sei, das Krankenhaus Noabit teilweise oder völlig zu leeren und für Cholera-Kranke bereitzustellen. Der Magistrat habe sich bereits mit sämtlichen staatlichen und privaten Krankenpflege-Anstalten in Verbindung gesetzt, damit diejenigen Kranken, die wegen dieser notwendigen Maßregel aus dem Krankenhaus Noabit entlassen werden müßten, anderweitig untergebracht werden können. Nun also!

Doch in all dem Eifer, mit dem er sich der Aufgabe der Bereithaltung von Betten für Cholera-Kranke widmet, scheint er den zweiten Teil seines Planes zu vernachlässigen. Seit dem Bekanntwerden jenes Planes sind nun acht Tage hingegangen, und vergeblich haben wir auf eine Nachricht darüber gewartet, welche Antwort der Magistrat von den staatlichen und privaten Anstalten erhalten hat. Sind die Kranken, die aus Noabit entlassen werden müßten, sämtlich anderswo untergebracht worden? Man teilt uns mit, daß z. B. im Pavillon I von 31 kranken Frauen und Mädchen an einem einzigen Tage 18 ihre Entlassung erhalten haben, ohne daß auch nur eine von ihnen einem anderen Krankenhaus zugeführt worden sei. Es waren diejenigen 18 Patienten, die „noch laufen konnten“, aber unter ihnen war manche, die sich doch auch in recht elendem Zustande befand. Alle 18 haben in häusliche Pflege zurückkehren müssen. Ein paar Dienstmädchen hatten kein eigenes Heim und im Augenblick auch keine Stellung. Wo mögen die geblieben sein?!

Wir vermuten, daß noch mehr Patienten als nur diese 18 kranken Frauen und Mädchen der Schnellfertigkeit geopfert worden sind, mit der der Berliner Magistrat trotz aller Krankenhausnot seine Aufgabe der Schaffung eines Cholera-Krankenhaus besetzt. Es scheint uns dringend notwendig, daß festgelegt wird, wieviel Kranke aus Noabit entlassen werden sind, ohne von dort aus an ein anderes Krankenhaus überwiesen zu werden. An den Magistrat richten wir die Aufforderung, sich hierüber zu äußern, aber nicht durch eine partiell-magistratsmäßige Zeitungsnote, sondern in der schärfsten und dem Ernst der Sache angemessenen Form einer offiziellen Bekanntgabe der Zahlen. Es sollte uns freuen, wenn der Magistrat nachweisen könnte, daß der durch die Entlassung von Kranken geschaffene Notstand bisher keinen größeren Umfang angenommen hat.

Unsere Leser bitten wir einzuweisen, um alle ihnen bekannt gewordenen Entlassungen aus Noabit zu melden, die wegen Bereitstellung von Cholera-Kranken angeordnet werden müßten. Es wird vielleicht lehrreich sein, festzustellen, in welchem Zustande sich die entlassenen Kranken befinden und in welchen häuslichen Verhältnissen sie leben. Daher wolle man uns die Adressen der Entlassenen, soweit möglich, genau angeben.

Zu Schiff nach Hamburg.

Ein originelles Unternehmen ist vorige Woche zum erstenmal ins Werk gesetzt worden: Eine Dampferfahrt von Berlin nach Hamburg. Jahn hat nur betrug der Fahrpreis hin und zurück. Ein Teilnehmer der Fahrt gibt seine Ergebnisse in folgender Zeitschrift an und zum besten. Am Montag, den 11. September, 8 Uhr morgens, setzte der Dampfer „Berlin“ sich von der Marschallbrücke aus in Bewegung. In der Bevölkerung mußte das Ereignis Interesse erweckt haben, denn verhältnismäßig zahlreiche Zuschauer hatten sich zu der Abfahrt eingefunden und auch die Zahl der Passagiere war nicht klein. Der Anfang der Reise brachte ein unvorhergesehenes Ereignis; der Schiffseigner Kapitän Schulz, glitt nämlich beim Anlandgehen aus und fiel ins Wasser. Doch kam er gleich wieder zum Vorschein; er machte gute Miene zum bösen Spiel und lachte. Jemand ein Schaben war ihm nicht geblieben; nachdem er sich in der Kajüte umgewandelt hatte, waltete er wieder tapfer seines Amtes als Schiffseiler. Hinter Sakrow wurde der Reddy-Kanal benutzt, sobald Potsdam, Caputh, Werder und Pöbben unberührt blieben. Ein neuer Zwischenfall trat ein; bei Poreh nämlich waren Kapitän und Passagiere nicht wenig überrascht, als sie die Havel durch Pontonbrücken gesperrt fanden, über welche Infanterie, Reiterei und Artillerie, von Südosten her „verfolgt“, überlegten. Drei Stunden dauerte der unsehrwillige Aufenthalt des Dampfers; um vier Uhr erst konnte die Fahrt über Brandenburg und Klause weitergehen. Die herrlichen Wiesen und Bänder von beiden Ufern boten einen abwechselungsreichen Anblick, und da der Schifferrestaurateur Schmidt für warme und kalte Küche, sowie für Getränke gesorgt hatte, so war die Stimmung der Fahrgäste feierlich-vergnügt. Der Mitraiteur, Herr R. sorgte überdies durch seine unwürdige Komik für besondere Unterhaltung, und die Schiffsgäste ließen sowohl den be-

beden Himmel und auch den unsehrwilligen Aufenthalt bei Poreh mit gutem Humor über sich ergehen. Da auch Musik an Bord war, füllten die Stunden in vernünftiger Unterhaltung schnell dahin. In der Dunkelheit langte der Dampfer bei Rathenow an, und nun gab es eine glanzvolle Illumination durch Lampionen. Jetzt wurde auch ein Tänztänzen gewagt. Nachts um ein Uhr erst hielt das Schiff in Havelberg an; unter strömendem Regen gingen die Fahrgäste ans Land und fanden in zwei Gasthöfen am Orte freundliche Aufnahme. Die Nachtruhe dauerte jedoch nicht sehr lange; um 7 1/2 Uhr schon ging die Reise weiter. Von Havelberg ab mußte der Kapitän der Steuerung des Schiffes größere Aufmerksamkeit zuwenden, der vielen Sandbänke wegen, die sich in der Elbe zeigten. Jetzt änderte sich allmählich das Landschaftsbild, der Strom nahm stark an Breite zu, auf der hannoverschen Seite zog sich ein hoher Landrücken hin mit herrlichen Laubwäldungen; man sah Dörfer anderer Bauart als die in der Mark, und die vielen holländischen Windmühlen vervollständigten das neuartige Bild. Auf medienburgischer Seite aber weiteten große Rinderherden, die Wappentiere des Landes. Schleppland mit acht bis vierzehn Lastfahnen gaben dem Windmühlen ein schwaches Bild von Seeverlehr. Am Spätnachmittag kam am rechten Ufer das malerisch gelegene Städtchen Lauenburg zum Vorschein; die Elbe wogelte sich im Abendglanz und die Fahrgäste stimmten beinahe wehmütigvoll das alte Kinderlied von der goldenen Abendsonne an. In herrlichen Waldeshöhen ging es vorbei; die große Elbbrücke nach Harburg trat in Sicht und abends 8 1/2 Uhr war das Ziel der Fahrt, der Stadtbeich in Hamburg erreicht. Zwei Tage blieben die Passagiere in Hamburg; am Donnerstag nachmittags 3 Uhr, wurde die Rückfahrt angetreten. Gar viel hatten die Fahrgäste von der mächtigen Seestadt und ihren Sehenswürdigkeiten, ihren öffentlichen, heimlichen und unheimlichen Vergnügungen zu erzählen.

Das Berlin not tut. Aus Berlin wird berichtet: „Der Magistrat von Berlin ersucht die Stadtverordneten-Versammlung, mit ihm in gemiselter Deputation die vorbereitenden Schritte für die im kommenden Februar stattfindende Feier der silbernen Hochzeit unseres Kaiserpaars zu beraten und zu diesem Zwecke 10 Stadtverordnete zu wählen. Vom Magistrat sollen 5 Mitglieder in die Deputation entsandt werden.“

Das große, von der Müllerstraße, der Jungfernhöhe und der Seefstraße umschlossene Gelände soll der Bebauung erschlossen werden. Eine Reihe neuer Straßen sollen dort angelegt werden. Der Magistrat hat sich bereits verpflichtet, fünf Straßen bis zum 1. September 1909 zu kanalisieren, wenn die Karolinen Erben das zur Freilegung erforderliche Land von 31.600 Quadratmeter an die Stadtgemeinde unentgeltlich und lastenfrei abtreten. Diese sind dazu bereit und wollen noch einen Vauplay abtreten, wenn der Magistrat, dem dieses Gelände vor vielen Jahren einmal gehört hat, in die Lösung der auf dem Gelände ruhenden Baubeschränkung usw. willigt. Diese gestattet eventuell nur die Errichtung von Wohnhäusern mit je zehn Wohnungen. Der Magistrat ist damit einverstanden und wird die Stadtverordnetenversammlung, um die Bebauung zu fördern, um ihre Zustimmung zur Lösung der grundbuchlich eingetragenen Bestimmungen ersuchen.

Wer wird Stadtkämmerer? Auf die vorläufige Ausschreibung des durch die Pensionierung des Regierungsrats, Stadtrats und Kammerers Kaack freigewordenen Postens eines Kammerers der Stadt Berlin sind bis jetzt 40 Meldungen von Bewerbern beim Stadtverordneten-Vorsitzer Dr. Langerhans eingegangen. Da die Listen noch nicht geschlossen sind, gehen voraussichtlich noch weitere Meldungen ein. Das Gehalt des Kammerers ist vorläufig auf 15.000 M. festgesetzt.

Dem Verdienste seine Brose. Der Magistratsberichterhalter meldet: Die Tochter des Oberbürgermeisters Rischner, Fräulein Johanna Rischner, welche beim Einzuge der Kronprinzessin dieser einen Rosenstrauß überreichte, hat zur Erinnerung an die Einzugfeier von der Frau Kronprinzessin eine goldene Brose zum Geschenk erhalten.

Das Wallner-Theater. Ein Gedenktag in der Berliner Theatergeschichte ist der heutige 10. September. Vor 50 Jahren, am 16. September 1855, eröffnete Franz Wallner in der „Grünen Neune“, Blumenstraße Nr. 9, das königstädtische Vaudeville-Theater, das er von Theodor Aepf übernommen hatte und das unter dessen Leitung zu keiner Blüte gelangen konnte. Auch Wallner ging es zuerst herzlich schlecht, denn die ersten Vorstellungen fanden fast vor leeren Bänken statt. Erst nach und nach wurde das Publikum darauf aufmerksam, was in dem im Außenraum wie im Inneren wenig einladenden Theater in der Blumenstraße geboten wurde. Dazu trugen vor allem die vorzüglichen Kräfte bei, über die Wallner verfügte. Außer seiner Gattin Agnes waren es besonders Karl Helmerding und Theodor Aepf, sowie später Anna Schramm, die bald durch ihre Komik die erklärten Lieblinge der Berliner wurden. Aber noch eine andere Persönlichkeit wußte Wallner an sein junges Institut zu fesseln, David Kalisch, den Vater der Berliner Posse, dessen „Aktienbubler“ am 9. Juli 1856 unter Wallners Leitung in Bouddes Sommergarten aufgeführt wurde. In diesem Garten, der neben der „Grünen Neune“ lag, hatte sich Wallner ein Sommertheater bauen lassen, in dem während der heißen Jahreszeit gespielt wurde. Im Winter fanden die Vorstellungen nach wie vor in der „Grünen Neune“ statt, wo nach und nach von Kalisch „Der gebildete Hausknecht“, „Berlin, wie's weint und lacht“, „Otto Wellmann“, „Kieselad und seine Richte vom Ballett“ und andere Stoffe gegeben wurden. Am 30. November 1864 fand die letzte Vorstellung in der „Grünen Neune“ statt, und am 3. Dezember 1865 wurde in Gegenwart des Königspaars und der Prinzen 18 neue Wallner-Theater, das heutige Schiller-Theater O., eröffnet, das sich auf dem Gelände von Bouddes Sommergarten erhebt.

Die zweite städtische Handwerkerschule. Am 8. Oktober d. J. soll die feierliche Einweihung der zweiten städtischen Handwerkerschule in der Agnesstraße, Ecke Sreulauer Platz, stattfinden, verbunden mit einer Ausstellung von Schülerarbeiten, Verteilung einer Denkschrift mit erläuternden Zeichnungen und graphischen Tabellen etc. Der Magistrat hat die Kosten für die Feier bereits bewilligt, sie sollen aus dem Dispositionsquantum für unvorhergesehene Ausgaben entnommen werden.

In dem Zeuthener Mord wird gemeldet, daß die Verfolgung der bisher angezeigten Spuren ergebnislos verlaufen ist. Der Erste Staatsanwalt am Landgericht II erläßt folgende Bekanntmachung: „1000 Mark Belohnung. Am 9. September, nachmittags zwischen 2 1/2—3 1/2 Uhr, ist die Frau Pauline Schurm, geb. Weder, aus Zeuthen, Parstweg 4, geboren den 2. November 1872 in Heiersdorf, in der Nähe von Zeuthen in der Hofkammerforst, an der Grenze Zeuthen-Niederdorf, ungefähr 200 Meter von der Chauffee Zeuthen-Niederdorf entfernt, von einer bisher unbekannt Person durch Messerschläge getötet worden. Wenn auch nach den am Tatorte gefundenen Spuren ein erheblicher Kampf zwischen Täter und Opfer ausweisend nicht festzustellen hat, so muß nach Art und Schwere der Verletzungen der Getöteten jedoch angenommen werden, daß der Täter stark mit Wut befeuert ist. Ein Beweggrund für die Tat ist nach den bisherigen Ermittlungen mit Bestimmtheit nicht zu ersehen. Der Herr Präsident der königlichen Regierung in Potsdam hat eine Belohnung von 1000 Mark für alle diejenigen Personen ausgesetzt, welche zur Ermittlung des Täters in erheblichem Maße beitragen. Jeder, der über die Verdon desselben oder über etwaige Beweggründe für die Tat Auskunft geben kann, wird ersucht, unverzüglich der nächsten Polizeibehörde bezw. dem Amte Königs-Wusterhausen-Först zu Königs-Wusterhausen, dem Polizeipräsidenten hier selbst, Mitteilung IV, oder dem unterzeichneten Ersten Staatsanwalt hier, NW. 52, Nothenowstraße 6 zum Allenzeichen I d. J. 1422/05 Mitteilung zu machen.“

Die Volksbadeanstalt an der Schillingstraße ist am 24. Juni 1893 eröffnet. Im ersten Betriebsjahre wurde diese Anstalt von 326 463 Personen besucht. Der Verkehr ist seitdem sehr gestiegen, wurden doch 1904 bereits 600 644 Bäder verabreicht. In den letzten zehn Jahren hat die Frequenz um 87 Prozent zugenommen. Im Hinblick hierauf und auf die Zunahme der Bevölkerung im Osten und im Südosten hat der Magistrat beschlossen, die Anstalt zu erweitern und zu diesem Zweck das städtische Nachbargrundstück, Holzmarktstraße 34, in Aussicht genommen. Es gehört der Kanalisationsverwaltung und wird als Pumpstation benutzt, die Stadtverordneten werden sich in ihrer nächsten Sitzung mit diesen Plänen beschäftigen.

Nach Unterschlagung von 4500 M. ist seit gestern der Buchhalter Mathias Gieseler, 14. November 1877 in Schwierin i. M. geboren, von hier flüchtig. Gieseler, der bei der Firma A. Vertuch, Röhrenstraße 59, in Stellung war, sollte den angegebenen Betrag auf der Post einzahlen, ist aber seitdem verschwunden. Vermutlich ist er ins Ausland geflüchtet. Er ist 1,75 Meter groß, hellblond, geschneit, Augen blau, hat starken, blonden Schnurrbart, frische Gesichtsfarbe, seine Gestalt ist schlank. Der Gang ist schleppend. Bei seinem Fortzuge trug er dunklen Jackettanzug. Für die Ergreifung des Gieseler und Wiedererlangung von mindestens zwei Drittel des unterschlagenen Geldes hat die geschädigte Firma eine Belohnung von 500 M. ausgesetzt. Nachrichten werden von jedem Polizeirevier wie auch im Zimmer 248 des Polizeipräsidiums zu 6438. IV. 12. 05 entgegengenommen.

Der mutmaßliche Mörder der Arbeiterin Biosk, Rutscher Hermann Richter, hat sich allem Anschein nach in die Provinz begibt. Er ist einer bei der Kriminalpolizei erlassenen Meldung zufolge am Morgen nach der Tat in Spandau gewesen. Gegen 9 Uhr betrat er bei der Wirt, ihm einen kleinen braunen Hundsfänger, den er bei sich führte, einen kurzen Aufenthalt aufzuwachen; er ließ sich alsdann Bier verabreichen und entfernte sich. Bald darauf kehrte er mit einem kleinen Paket zurück; er hatte dem Anschein nach Wäsche gekauft. Nach kurzem Aufenthalt verließ er das Lokal. Der Stoff machte auf den Wirt durch sein schenes Wesen einen seltsamen Eindruck, und als die Nachricht von dem Mädchenmorde in der Hassenheide in der Presse erschien, erinnerte der Wirt sich sofort des Fremden, auf den das in den Zeitungen mitgeteilte Signalement genau paßt.

In dem Selbstmord des Kandidaten der Medizin Ernst Sühling erfahren wir nachträglich, daß die Veranlassung zu dem traurigen Schritt eine ganz andere war als man zunächst annehmen mußte. Aus den Schriftstücken, die er hinterlassen hat, geht deutlich hervor, daß der junge Mann geisteskrank war. Aus seiner geistigen Verwirrung erklären sich auch seine Angaben und Klagen über sein stilles Leben und seine Geldverlegenheit, die den Tatsachen durchaus widersprechen, die aber geglaubt wurden, weil man in seiner Umgebung seine Erkrankung, die auf Heberarbeit zurückzuführen ist, nicht erkannte.

Wegen Sittlichkeitsverbrechens wurde der Förstner Hermann Zinke aus der Wemelerstraße 17 festgenommen. Der „Ainderfreund“ lockte ein fünf Jahre altes Mädchen aus dem Hause in seine Wohnung und vergewaltigte es. Auf das Geschrei des Kindes elten Leute herbei, die dasselbe befreiten. Der Unhold hatte dem Kinde den Mund mit solcher Gewalt zugebunden versucht, daß das ganze Gesicht geschwollen ist und noch die Fingerringe zeigt. Ein Arzt stellte außerdem starke Verletzungen fest. Nach der Verhaftung Zinkes meldete sich noch ein Mädchen, gegen das er sich vergangen hat.

Ein Berliner Defraudant wurde in der Person des 24-jährigen Buchhalters Oskar Berg durch die Gendarmen in Weinheim (Baden) in dem Augenblicke verhaftet, als er in einer dortigen Gastwirtschaft ein offenbar gestohlenen Fahrrad zum Kaufe anbot. Auf der Polizei stellte man zunächst fest, daß der Verhaftete von Berlin aus ständlich verfolgt wird, weil er der Maschinenbau-Gesellschaft Tullow, in deren Bureau in der Baustraße er angestellt war, mehrere Tausend Mark unterschlagen hatte. Nach seiner Angabe hatte sich der Defraudant mit dem Raube von Berlin direkt nach der Schweiz gewandt, wo er das Geld bis auf den letzten Pfennig verjubelte. Um das für die Heimreise nötige Geld sich zu beschaffen, legte er sich auf Fahrraddiebstahl. In Freiburg, Offenburg und in anderen Orten entwendete er mehrere unbedachtigt stehlen gelassene Räder, die er dann in der nächsten Stadt wieder veräußerte. In Weinheim, wo er das Wandern wiederum verließ, wurde er von seinem Schicksal erreicht. Der Buchhalter wird demnächst in das Weimarer Untersuchungsgefängnis eingeliefert werden.

Durch Spielen von unbeaufsichtigt in der Wohnung zurückgelassenen kleinen Kindern kam am Sonnabend, nachmittags um 3 Uhr, in der Endenerstraße 21 Feuer aus. Die Flammen erlöhren ein Sofa und andere Möbel. In kurzer Zeit war die verschlossene Wohnung total verqualmt. Die Kinder, eingeschüchtert durch ihre unbedachtigen Tun und erschröck durch den Qualm, versteckten sich in einem Winkel. Die Hausbewohner wurden erst durch den aus den Fenstern und Türen dringenden Rauch auf die Gefahr aufmerksam. Sie alarmierten die Feuerwehr. Diese erschien zum Glück sehr schnell, drang in die stark verqualmte Wohnung ein und holte die Kinder gesund heraus. Derselben wurden später der Mutter übergeben. Dadurch, daß sie sich in einem Winkel versteckt hatten, waren sie nicht so sehr den Einwirkungen des Qualms ausgesetzt gewesen. Die Flammen konnten auf die Wohnung beschränkt werden. Gleichzeitig wußte in der Elisabethstraße 16 ein Schaufensterbrand, am Elisabeth-Ufer 11 ein Kellerbrand und in der Elisabethstraße ein Gardinenbrand gelöscht werden.

Feuerbericht. Sonnabend vormittag gegen 10 Uhr kam in der Bernauerstr. 109 ein größeres Feuer aus. Bei der Ankunft der Wehr stand die Hälfte des Dachstuhls vom Vorderhaus in Flammen. Obwohl nur sofort mit mehreren Schlauchleitungen von der Straße und vom Hofe vorgegangen wurde, dauerte es doch über eine Stunde, bevor die Gefahr beseitigt war. Der Dachstuhl ist zum größten Teil vernichtet. In der Entziehungsurkunde ist nichts ermittelt. — In der Prenzlauerstr. 32 war dann im ersten Stock des Energiegebäudes der Fußboden und die Balkenlage in Brand geraten, während in der Hofkammerstr. 33 ein Feuer ausgebrochen war. — Asten usw. wurden weiter in der Fiegestr. 8 eingekerkert. — Nach der Schwedterstr. 88a wurde die Wehr gerufen, weil es dort in einer Tischlerei brannte. — Die übrigen Alarmierungen waren auf „blinden Alarm“ zurückzuführen.

In der Urania ist Sonnabend ein neuer Ausstattungsbeitrag zum erstenmal gehalten worden. Unter dem poetischen Titel „Im Lande der Ritterschicksale“ schildert der Vortrag die norwegische Rasse, die in neuerer Zeit bekanntlich auch von deutschen Touristen zahlreich besucht wird. Die farbigen Lichtbilder waren diesmal außerordentlich eindrucksvoll und gaben in ihren schweren Farben den Charakter der Landschaft treffend wieder. Die Reise ging von Kristiania, der norwegischen Hauptstadt, über Kristiansand, Stavanger, Bergen, Kalesund, Kristiansund, über die Lofoten nach Hammerfest und von da zum Nordkap — eine tüchtige Dampferfahrt für die knapp zwei Stunden, die der Vortrag dauerte. Die Schilderung der Landschaft war in lebhaften Tönen gehalten; plastisch traten nicht allein die Schönheiten der Natur, sondern auch Handel und Wandel sowie der Charakter der Nordländer vor unser geistiges Auge; man hörte förmlich das Geräusch der Wasserfälle und roch den Duft des Fichtennadels in Bergen und den noch eindringlicheren Odem der Traufedreien dort oben auf den Lofoten. Dem Auge wurden wohl die herrlichsten Bilder durch die Darstellung der Winternachtszene am Nordkap geboten; aber auch die Bilder, welche das Treiben in den Häfen sowie das Leben der Lappländer mit ihren Rentierherden



darstellen, waren treffend gelungen. Alles in allem wirkte der neue Ausstellungsbeitrag außerordentlich lebendig; er gehört mit zu dem Besten, was die Kränze in den letzten Jahren ihrem Publikum geboten hat.

**Arbeiter-Bildungsschule Berlin.** Heute abend 7 1/2 Uhr: Vortrag des Schriftstellers M. S. Baer über: „Die Geschichte der Erde“ mit 60 kolorierten Lichtbildern im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Allee 10. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Der Berliner Zoologische Garten hat seine Hirschsammlung wieder um einige seltene Stücke vermehrt. Da ist ein Manichurenschirsch, der Vertreter des japanischen Stils in der Manichurei, der sich von letzterem durch seine Größe und Färbung erheblich unterscheidet, und ferner ein ganz riesiges Exemplar des Dybowskihirsches, der das allseitigste Stück des Gartens durch seine Stärke so in den Schatten stellt, daß man geneigt ist, die beiden als verschiedene geographische Formen aufzufassen. Zugleich sei darauf hingewiesen, daß die Brunst unter der Rothhirschkategorie jetzt in vollem Gange ist und das Schreien der europäischen, asiatischen und kanadischen Rassen zu jeder Tageszeit den Park erfüllt.

Dem Berliner Aquarium gingen während der jüngsten Zeit von sechs verschiedenen Seiten Ergänzungen seiner Bestände an Reptilien, See- und Süßwasserfischen, Weich- und Blumentieren, Krebsen und Stachelhäutern zu. Unter den Sendungen der Adriastation Rovigno, den reichhaltigsten von allen, sind als die bedeutendsten Objekte fünf Exemplare einer Gattung Lintenschisch oder Wölper zu verzeichnen, die wie der echte Krake oder Octopus acht Arme besitzen, indessen an diesen nur eine Reihe Saugnapfe statt zwei haben, und sodann ein Vertreter der Stechrochen, die ihren Namen infolge der gefährlichen, stachelartigen Wunden, welche sie mittels der auf ihrem Peitschenschwanz haftenden widerhakenartigen Stacheln Menschen und Tieren beibringen, erhalten haben und die deshalb zu den gefährlichsten Fischen zählen. Ueber Hamburg langten zwei die Meere zwischen den Wendekreisen bewohnende Schildkröten an. Die neu angelommene Art erregt besonderes Interesse durch die ihre eigene wirtschaftliche Bedeutung, welche in den von dem Tier gelieferten Fleisch, Fett und Ei und ganz besonders in der das schätzbarste Schildpatt gebenden Schale begründet ist. Zwei andere Schildkröten schiedte Nordamerika, unter denen eine dort ob ihrer Vielsichtigkeit und Bosheit gebaute Alligator- oder Schnappschildekröte, Bewohnerin von Flüssen und Sümpfen, besonders zu vermerken ist.

**Eine Ausstellung.** Ein leidlich großer Saal mit kleinen Ständen, wo sich alle möglichen Bedarfsartikel der Cafés ausgestellt befinden: Kaffee, Kakao, Tee, Milch, Butter, Käse, Fisch, Kuchen, Selter und andere alkoholfreie Getränke, daneben natürlich auch Bier, Weine und feine Liköre, Zigarren und Zigaretten. Hierzu kommen allerhand Gebrauchsgegenstände, wie Silber- und Glaswaren, Putzmaterial, Wäsche, Beleuchtungsgegenstände usw. Den Schluß bilden einige Teig-, Speiseeis- und Kräfteerzeugungsmaschinen — das ist die „Fachausstellung der Cafés in Deutschland“. Das braucht und soll kein Vorwurf sein; der Name „Fachausstellung“ klingt ja schon nicht sehr anpruchsvoll. „Warenmarkt“ wäre noch richtiger gewesen. — Diese Ausstellung wurde gestern in der „Neuen Philharmonie“ (Keller) in der Kopienstraße mit dem üblichen Drum und Dran von Fanfarengeschmetter, Wehreden und Hochs eröffnet. Damit verbunden hatte man die Einweihung eines Banners des Cafésierervereins. Rag auch die Ausstellung für die Fachleute immerhin von einigem Interesse sein, das große Publikum, besonders die Arbeiterschaft, erleidet sicherlich keine Einbuße, wenn sie ihr fernbleibt. Das würde auch zutreffen, wenn sie nicht in einem für die Arbeiterschaft gesperrten Lokale stattfände.

In der kaufmännischen und gewerblichen Fortbildung-Anstalt für die weibliche Jugend Alte Jakobstraße 127 werden die Winterkurse für kunstgewerbliches und künstlerisches Zeichnen, Malen und Modellieren am 9. Oktober eröffnet. Im Unterricht werden besonders praktische Ausführungen aller kunstgewerblichen Gebiete (Wasserzeichen für Tapetterie, Tapeten, Möbel, Kostüme, Buchdruck, Kleinplastik usw.) berücksichtigt, wie die vom großen Erfolge gekrönte Osterausstellung von 1900 Arbeiten der Klassen bewiesen hat. Diese Unterrichtsmethode bewirkt, daß die Schülerinnen nach zweijährigem regelmäßigen Besuche der Klassen als Volksschülerinnen fähig sind, sich im Kunstgewerbe unter günstigen Bedingungen zu ernähren. Da zum Semesterabschluss Schülerinnen anscheiden, um Stellungen anzutreten, werden Plätze frei. Das Schulgeld beträgt 25 Pf. pro Stunde. Anmeldungen nimmt der Leiter der Anstalt, Rektor Hellermann im Schulgebäude entgegen.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

Die freie Volkshöhle, die das Verständnis für Kunst und Kunstwerke zu fördern beabsichtigt, veranstaltete am Freitag einen Vortrag des Herrn Endell über die Schönheit der großen Stadt. Leider waren von den etwa 600 Mitglidern kaum der sechste Teil erschienen, obwohl das Eintrittsgeld den außerordentlich niedrigen Satz von 10 Pf. nicht übersteigt. Diese starke Unzufriedenheit ist umso mehr zu bedauern, als der Vortragende in fälschlicher, einfacher und überaus anregender Weise das Verständnis für das Sehen und Genießen des Schönen zu wecken suchte.

Er zeigte zunächst, wie die Freude am Schönen, das Hinausgehen über das absolut Notwendige, der Drang, das Notwendige auch schon zu gestalten und zu zieren, das Leben jedes Menschen durchdringt und die gesamte Kultur überhaupt gestaltet.

Die ungeheure Liebe, die wir in unserer Zeit auf künstlerischem Gebiete finden, hat deshalb auch eine unstillbare Sehnsucht nach dem Schönen geschaffen, aus der heraus man vielfach von der Schönheit längst vergangener oder zukünftiger Zeiten träumt, einer Schönheit, die vielleicht niemals war und niemals sein wird, von der Schönheit weit entlegener Länder, die man nicht kennt, von der Schönheit der Natur, die zu erkennen man nicht gelernt hat. Dabei übersieht man das Schöne, was sich uns täglich rings um uns darbietet und an dem allein man lernen kann, das Schöne zu sehen und sich an ihm zu freuen.

Im einzelnen wies dann der Vortragende auf die Beobachtung von Tieren und Menschen hin, die stets Interessantes und Schönes zeigt, auf das Menschengeheimnis, das gerade für die große Stadt so überaus charakteristisch ist. Was heute mit bewußtem Willen gestaltet wird, ist vielfach recht unschön — Bau- und Bildwerke legen dafür beredtes Zeugnis ab; aber die dicke, schwere, staubige Luft der Großstadt breitet einen jenen, düsternen Schleier darüber aus, der in beständig wechselnden Farbentönen ein überaus reizvolles Bild darbietet, über dem der unschöne Untergrund leicht vergehen werden kann. Wenn ein andres großes Wunder der Großstadt, die künstliche Beleuchtung, hinzukommt, so wird das Bild noch unendlich viel abwechslungsreicher und reizvoller.

Wer an diesen Schönheiten seiner nächsten und täglichen Umgebung achtlos vorbeigeht, nimmt auch in Feld und Wald das wirklich Schöne nicht wahr, wer dagegen seinen Blick im täglichen Leben schärft und das Schöne rings umher zu erblicken gelernt hat, wird auch in anderer Umgebung leicht das Schöne sehen und erkennen und sich an ihm freuen.

Wie schon gesagt, waren leider nur sehr wenige Personen an dem Vortrage erschienen; diese aber waren voll befruchtet, und allseitig wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß der Vorstand sich durch den äußeren Mißerfolg nicht möge entmutigen lassen, auf der betretenen Bahn vorwärts zu schreiten, den dumpfen Widerstand der Masse, die stumpfe Gleichgültigkeit, zu dämpfen.

**Freie Volkshöhle Charlottenburg.** Die nächste Vorstellung des Vereins, „Therese Raquin“ von Emil Zola, findet Freitag, den 22. September, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Köpenickerstraße 10, statt.

Die Programmhefte sind schon jetzt in den Zahlstellen zu haben. Für diese Vorstellung gültige Neuanmeldungen können nur bis Dienstag, den 19. September, angenommen werden. Zahlstellen: Müller, Köpenickerstraße 3, Volkshaus; Will, Kirchstr. 30; Paesler, Schlüterstr. 8; Franz Schmidt, Wilmersdorferstr. 130; Konsumverein, Wilmersdorferstr. 27; Wigalle, Schloßstr. 26 a und in Wilmersdorf: R. Rurrer, Eisebenerstr. 14 und Köpfer, Lauenburgerstraße 20.

### Rixdorf.

Aus der letzten Sitzung der Stadtverordneten möchten wir noch auf die Beratung zurückkommen, die sich an den Entwurf eines dritten Nachtrags-Vertrages mit der Großen Berliner Straßenbahn knüpfte. Der neue Vertrags-Nachtrag fordert von der Stadt die Anlieferung neuer Straßenzüge, ohne auch nur im entferntesten dafür gleichwertige Verbesserungen des Straßenbahnbetriebes zuzugestehen. Stadtverordneter Abraham erklärte denn auch, daß es endlich an der Zeit sei, öffentlich die Praktiken der Straßenbahn zu kennzeichnen. Die zugestandenen Verbesserungen seien absolut wertlos. Die Anlieferung des Richardplatzes, um für die Linie B eine Endhaltestelle dort zu errichten, müsse entschieden zurückgewiesen werden; und wenn die Straßenbahn auf die Eristraße auch heute Anspruch erhebe, weil in ihrem Vertrage ihr die Benutzung derselben „bis zum Bahnhof“ gestattet sei, so müsse das angesichts der Tatsache, daß ein Bahnhof gar nicht mehr existiere, als dazwischen beschieden werden. Er bitte, die ganze Vorlage abzulehnen, ungeachtet der Einsprüche der Straßenbahn die Asphaltierung der Berlinerstraße vor dem Rathaus fortzuführen. Nach lebhafter Auseinandersetzung über das Verlangen des Magistrats auf Anschließung der Öffentlichkeit, in der dem letzteren entgegengehalten wurde, daß man der „Großen“ gegenüber keine Rücksichten mehr lenne, dieser vielmehr energischen Widerstand entgegenzusetzen wolle, wurde öffentlich weiter verhandelt. Stadtverordneter Silberstein (Soz.) geistelte in treffenden Ausführungen die ganze unverschämte Art und Weise, wie die Straßenbahn-Gesellschaft mit der Verkehrsdeputation umzuspringen versucht habe, um städtisches Eigentum an sich zu reißen und ihrer kapitalistischen Ausbeutungsdienstbarkeit zu machen. Soldaten anmaßenden Behältnissen gegenüber gäbe es nur eine Antwort: dieser Gesellschaft auch nicht einen halben Meter Straßenterrain zu bewilligen. Seine Freunde und er (Redner) dächten nicht daran, die für die erste Straßenbahnverbindung mit Treptow wichtige Eristraße noch mehr wie bisher anzuliefern. Wie die „Große“ es verstände, die Stadtgemeinden über Ohr zu hauen, beweiße, daß sie den feinerzeit mit der Südlichen Vorortbahn geschlossenen Vertrag, der der letzteren die Benutzung der Kaiser Friedrichstraße „gebührenfrei“ gestattet, als Rechtsnachfolgerin dieser ihrer Tochtergesellschaft auch für sich im vollen Umfange reklamiert. Die Stadt Rixdorf würde also, wenn sie — wie schon versucht worden — das weitere Befahren der genannten Straße genehmigen würde, nicht einen Pfennig Abgaben von dieser reichen Gesellschaft erhalten. Solchen fortgesetzten Bräutereien gegenüber müsse man dem Verweise Verlin folgen und jeden Versuch, noch weitere Straßenzüge dieser rücksichtslosen Unternehmerrasse zu überantworten, energisch zurückweisen. Er bitte den vorliegenden Entwurf einstimmig abzulehnen. — Die ganze Vorlage wurde dann auch widerstandslos abgelehnt.

### Weißensee.

In der am 14. dieses Monats abgehaltenen öffentlichen Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins referierte Genosse Georg Ledebour über: „Politischen Massenstreik“. Seine circa 14-tündigen, mit lebhafter Begeisterung aufgenommenen Ausführungen dedien sich inhaltlich mit dem von uns schon eingehend gebrachten Referat im 6. Berliner Wahlkreise.

In der darauf folgenden Diskussion beteiligten sich im Sinne des Vortragenden die Genossen Andre, Walterslöter, Kesse, Huhn und Trahm.

Hierauf wurden zu der demnächst stattfindenden Kreiskonferenz die Genossen Taubmann, Haack, Kesse, Walterslöter, Edmuh, S. Kerlich, Feise und Andre als Delegierte und der Genosse Levi als Ersatzmann gewählt.

Ferner ersuchte Genosse Taubmann noch, einen die Volkshöhle betreffenden Fragebogen, wenn vorgelegt, korrekt zu beantworten. Da letzterer nur einer Statistik bezüglich der Schulklassen unserer Gemeinde in der Angelegenheit gegen die Stadtgemeinde Berlin dient. Weiteren Zweckes werden diese Fragebogen nicht zugänglich gemacht.

Genosse Walterslöter ersuchte die Genossen, die eventuellen Umzüge sofort dem Kassierer mitzuteilen. Weiter machte er noch bekannt, daß im Oktober der Genosse Singer in einer Versammlung in Weißensee sprechen werde.

### Steglitz.

Aus dem Gemeindepalast. Die erste Sitzung nach den Ferien war eine äußerst reichhaltige. Zunächst wurde die neue Armenordnung beraten. Hierzu wurde ein Antrag Wande angenommen, wonach den Armenpflegerinnen „geeignete Fälle“ überwiesen werden, über die sie auch in gemeinsamen Sitzungen berichten, an den übrigen Beratungen der Armenkommission dürfen dieselben aber nicht teilnehmen. Ob sich unter diesen Voraussetzungen Frauen zu dem schwereren Amte hergeben werden — das mag die Sorge der Mehrheit sein. Ein Antrag Wirsbach auf Errichtung eines Wohnungsamtes wurde abgelehnt, man betraute eine siebengliedrige Kommission (zwei Anhänger und fünf Gegner) mit Beratung der Frage, was in dieser Richtung geschehen solle. — Die Pflasterung der Eissenstraße (an welcher die neue Oberrealschule liegt) mit Stampf Asphalt wurde beschlossen. Hier sei bemerkt, daß die Neuverpflasterung der Plantagenstraße, an welcher eine Volkshöhle liegt, ebenso dringend wäre. Pflaster und Bürgersteig befinden sich in einem jammervollen Zustande. Die Vorlage des Gemeindevorstandes auf Einrichtung von Familiengärten (Laudenkolonie) durch die Gemeinde fand einstimmige Annahme. Die Kosten betragen 9000 M. Die Gemeinde wird einen Komplex Land an der Mariendorferstraße pachten und zu 180 Parzellen von je 200—300 qm abteilen. Die von den Pächtern zu zahlende Pacht soll 15 M. pro Parzelle betragen. Die Kolonie soll mit Wasserleitung versorgt werden. Auch ein großer gemeinsamer Spielplatz in der Mitte der Anlage ist geplant. Das ganze Projekt ist jedenfalls zu begrüßen. Die Volkshöhle macht die Einstellung von fünf Lehrkräften zum Oktober nötig. Die Kosten hierfür werden bewilligt. Nach Erledigung der Tagesordnung stellte Gemeindevorordneter Varselov noch den Dringlichkeitsantrag, der freiwilligen Feuerwehr zur Feier ihres 25-jährigen Bestehens 1200 M. zu überweisen. Wegen den Widerspruch der Linken, die Protest einlegt, daß Gelder für Vergünstigungen verwendet werden, gelangt der Antrag zur Annahme.

### Zydanau.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung. Gegen die Wichtigkeit der Kommunal-Wählerliste ist in diesem Jahre nur ein Einspruch erhoben worden. (Schriftlicher Ertrag beantragt seine Eintragung.) Die Versammlung gibt dem Einspruch statt. Der Vorlage betreffend Austausch von Gelände an der Spree wird zugestimmt. Hiernach tritt die Stadt circa 15000 Quadratmeter Wiesengelände, das für den Spreedürftig erforderlich ist, an den Wasserfiskus ab, während von diesem dafür 5500 Quadratmeter des jetzigen Keimplatzes auf dem linken Spreeufer und circa 10000 Quadratmeter Wasserfläche hergegeben werden.

Gegen die vom Magistrat beantragte Vergrößerung der Redehalle auf dem städtischen Friedhof macht Genosse Wriebe geltend, daß die jetzige Redehalle für keine Redenbegünstigungen durchaus ausreichend sei, für große Veranstaltungen aber auch nach der geplanten Vergrößerung nicht genüge. Hingegen spricht er sich für die gleichfalls vorgeschlagenen 2 Warteräume aus. Die Magistratsvorlage wird jedoch mit Stimmenmehrheit unverändert angenommen.

Der Vorlage Bewilligung von 85000 M. Kosten der Verlegung einer neuen Gasleitung in der Neustadt stimmt die Versammlung auf Vorschlag des Berichterstatters zu; durch diese Arbeiten soll der jetzt enorm hohe Gasverlust (13 Proz.) herabgemindert, die hohen Druckschwankungen beseitigt und die Gaszuführung gleichmäßiger gestaltet werden. Dem Abkommen des Magistrats mit der Militärverwaltung wegen Anschließung der Zitabelle an die städtische Kanalisation und Wasserleitung erteilt die Versammlung ihre Zustimmung.

Gegen die Verpachtung von zwei Morgen städtischem Gelände an den Sportklub „Germania“ wendet Genosse Scholz ein, daß es höchste Zeit sei, einen jedermann zugänglichen städtischen Sportplatz zu schaffen. Die Vorlage erhält jedoch die Mehrheit.

### Potsdam.

Der Kampf um die Gewerbegerichtsahlen hat sich hier nach „berühmten“ Rüstern zu einem Kampf gegen die — Sozialdemokratie gestaltet. Das tritt jetzt klar und deutlich durch die Monder unserer Gegner zutage; selbst die Kriegervereine werden mobil gemacht gegen den „gemeinsamen Feind“. In einer vom „Kriegskriegerbezirk Potsdam“, den Vereinigten Gewerkschaften Hirsch-Dunker“ und dem „Evangel. Arbeiterverein“ einberufenen Versammlung, in der der Vorsitzende des Evangel. Arbeitervereins, Pastor Bierbaum, über die Gewerbegerichtsahlen und nebenbei noch über Religion und Vaterlandsliebe, Liebe zum Herrscherhaus, ordnungsgemäße Arbeiter, christliche Arbeiter, Patriotismus und anderes eine Stunde lang sprach, wurde der „Potsdamer Dreieck“ begründet unter der bekannten Devise: „Mit Gott für Kaiser und Reich!“ — Zwar konnte man den sozialdemokratischen Feindern zum Gewerbegericht nicht das geringste vorwerfen, mußte vielmehr notgedrungen ihre rührige Tätigkeit im Interesse der Arbeiterschaft anerkennen; aber daß sie eben Sozialdemokraten sind, das kann man ihnen nicht vergehen. Und darum haben sich selbst die sonst so „feindlichen Brüder“ in Stärke von 56 Mann im „Café Bismarck“ zusammengefunden zu „libidinalen Tün“. Uns kann es recht sein, wenn sich die Hirsch-Dunkerchen so profilieren; die Welt weiß dann wenigstens, was sie von diesen traurigen Helden zu halten hat, und die urteilsfähigen Gewerbevereiner werden endlich klar sehen, wohin die Fahrt ihrer „Führer“ gehen soll, die über die Köpfe der Mitglieder hinweg diese an die Reaktion verkaufen und verlaufen haben. — Für uns aber mag dieser Vorfall von neuem zur Lehre dienen, stets unsere Pflicht der Aufklärung auch in den Gewerkschaften zu tun, um das lichtscheue Treiben unserer Nordpatrioten und Vaterlandbreiter auf dem „Alten Markt“ und anderswo im schönen Potsdam gehörig zu beleuchten und unschädlich zu machen.

### Werder (bei Rehfeld).

Wegen Sittlichkeitsvergehen flüchtig geworden ist der Ortsgeistliche Ritter, der seine Tätigkeit in dem Dorfe Werder bei Rehfeld in der Nähe von Strausberg seit elf Jahren ausübte. Ritter soll sich seit mehreren Jahren schwere Sittlichkeitsvergehen an Konfirmanden haben zuschulden kommen lassen. Als dieser Tage ein Genard die Verhaftung des Geistlichen vornehmen wollte, erfuhr er, daß er zu spät kam. Ritter war „abgereist“, vermutlich ins Ausland. Dieser Herr galt in seinem Kirchensprengel als das Vorbild eines frommen Mannes. Wie oft mag er über die Verdorbenheit der unteren Volksklassen geifert haben!

### Dreiwitz.

In der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins zu Dreiwitz am 10. September referierte Genosse Wollemer über: „Was wollen die Sozialdemokraten?“ Der Vortragende gab darauf eine eingehende Darlegung unserer programmatischen Forderungen. Die sich anschließende Diskussion, an der sich die Genossen Comoll und Lange-Nowatow beteiligten, bewegte sich im Rahmen des gehörten Vortrages. Den Bericht von der Generalversammlung gab Genosse Coburg. Genosse Comoll-Nowatow erstattete hierauf einen Bericht als Lokalkommissionsmitglied. Ferner nahm die Versammlung Kenntnis von der vom Vorstand ausgearbeiteten Bibliotheksordnung genehmigte dieselbe.

**Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.** Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß alle Anfragen und Zuschriften etc. an den Zentralvorstand während der Tagung des Parteitag in Jena an die Adresse A. Stieffhöfer, Charlottenburg, Wallstr. 23, zu richten sind. Der Vorstand.

**Charlottenburg.** Heute, Sonntag, den 17. d. M., veranstaltet der 6. Bezirk im Volkshaus, Köpenickerstr. 3, ein Vergnügen. Im Interesse der guten Sache wird zahlreicher Besuch auch der anderen Bezirke erwartet.

**Rixdorf.** Um den Genossen Gelegenheit zu geben, die Verhandlungen des Parteitages aufmerksam zu verfolgen, findet die Wahlvereins-Versammlung nicht am kommenden Dienstag, sondern acht Tage später, am 26. September, bei Ziel in der Bergstraße statt. In derselben wird Genosse Jubel über den Parteitag Bericht erstatten. Der Wahlvereinsvorstand.

**Lichtenberg.** Dienstag, den 19. September, abends 8 1/2 Uhr, hält der Wahlverein eine außerordentliche Generalversammlung im Schwarzen Adler, Frankfurter Chaussee 5, ab. (Siehe Inserat.) Die Liste Nr. 308 zur Dedung der Unkosten zum Parteitag ist verloren gegangen. Abzugeben an Sessel, Kronprinzenstr. 50.

**Friedenau.** Dienstag abend 8 1/2 Uhr findet im Gesellschaftshaus, Rheinstr. 14, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht über die Kreis-Generalversammlung. 2. Berichte des Vorsitzenden, des Kassierers und der Funktionäre. 3. Beratung des Statutenentwurfs für die Zentralisation der Wahlvereine von Groß-Berlin. 4. Neuwahlen.

**Zehlendorf.** Die Versammlung des Wahlvereins findet am Dienstag, den 19. d. M., abends 8 Uhr, im Vereinslokal Potsdamerstraße 25 statt. Genosse Paul Göhre hält einen Vortrag über die „Feihsnot“. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet. Der Vorstand.

**Wilmersdorf.** Am Mittwoch, den 20. September, abends 8 1/2 Uhr, findet eine außerordentliche Vereinsversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins statt, in der die Verhandlung über die Lokalfrage fortgesetzt wird. 2. Bericht der Delegierten von der Generalversammlung. Die Vereine am Ort sind hiermit zu der Versammlung eingeladen.

Verloren gegangen: Rassenliste Nr. 2615, ungefähr 7,80 M. gezeichnet. Abzugeben bei Köpping, Berlinerstr. 44.

**Friedrichsfelde.** Dienstag, den 19. September, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins für den Bezirk Friedrichsfelde bei H. Haberland, Wilhelmstr. 88. Vortrag des Genossen Rautenbrecher über: Die Formen der Revolution in der deutschen Geschichte. Es ist Pflicht der Mitglieder zu erscheinen.

**Köpenick.** Dienstag, den 19. d. M., abends 8 Uhr, Versammlung des Wahlvereins im Lokale des Herrn Reichelt, Lindenstraße. Referent Genosse Otto Krille. Die Genossen werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand.

**Grünau.** Am Dienstag, den 19. September, abends 8 1/2 Uhr, findet in der Grünen Ede die Wahlvereinsversammlung statt. Da wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen, so ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig. Der Vorstand.

**Königsplatz.** Die Bibliothek befindet sich beim Genossen R. Richter, Teckhof-Allee, Laden, und steht den Genossen zu jeder Zeit zur Verfügung.

**Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Sanger & Co., Berlin SW.**











**CREDIT An ALLE**

# Möbel

Spezialität:  
Solide, bürgerl. Einrichtungen  
von 250-3500 Mark

Bar  
oder Teilzahlung

Kein Laden-Ger. Unkosten  
Kleiner Nutzen

Reelle Waren  
Niedr. Preise  
Kulante Beding.

Berlin NO.,  
Gr. Frankfurter Str. 45/46.

## Wilhelm Misch

**Eine Mark**

wöchentlich Teilzahlung liefert  
eleg. fertige Herren-Moden  
Bestellung u. Maß, tabel-  
lose Ausführung  
in eigener Werkstatt.  
Spezialgeschäft für  
Herren-Bekleidung.  
Kein Waren-Kredithaus.

**J. Kurzberg,**  
An d. Jannowitzbrücke 1. I.  
Bahnhof Jannowitzbrücke.

**METZNER**  
Kinderwagen



Korbwaren, Bettstellen  
Größtes Lager Berlins

Andreasstr. 23, Brunnenstr. 95  
Beusselstr. 67, Leipzigerstr. 54-55

Verkauf Hof in Fabrikgebäuden.  
1000 Mark zahle jedem, der mir in  
Belohnung Berlin ein größeres  
Spezial-Geschäft in der  
Branche als das meinige nachweist.  
Katalog gratis.

# Umzugs-Verkauf

nur noch bis Freitag dieser Woche.

Für die noch vorhandenen Restbestände

## bedeutend ermässigte Preise.

Sonnabend, den 23. d. Mts. bleibt mein  
Geschäft des Umzugs wegen geschlossen.

**BERLIN W.**  
Leipziger Strasse 25.

# F. V. GRÜNFELD

Landeshuter Leinen- und Gebild-Weberei

Eigene Werkstätten!



# Möbelfabrik.

Die besten und billigsten  
Wohnungs-Einrichtungen

kaufen Sie bei 4155L\*

## Julius Apelt, Tischlermeister,

Berlin SO., Skalitzerstraße 6, am Kolbuser Tor.

Für bestes u. trockenes Material garantiert!

## Anzüge Paletots nach Maß

24, 30 und 38 Mark

Unter Garantie des tadellosen Sitzes bei peinlichst gewissen-  
hafter Anprobe liefert ich von **prima** modernen Stoff-  
resten Anzüge u. Paletots nach Maß nur zu obigen Preisen.

**Keinen Zwang zur Abnahme bei  
nicht passendem Sitzen.** 3557L\*

Sonnenscheins Herren-Moden nach Maß.  
Nur Linden-Straße Nr. 95, I. neben der Markthalle.

Telephon Amt VI 5797.

Gesund, nahrhaft u. billig  
alkoholfreies Erfrischungs-Getränk



## Goldblondchen

ausgezeichnet mit Ehrenpreis  
u. goldenen Medaillen

General-Vertreter: Ernst Krüger, Berlin NO. Hallesche Str. 28.  
Tel. VII. 314703

Empfehle allen Freunden und Bekannten zum bevorstehenden  
Umzuge usw. mein 4283L\*

Glas-, Porzellan-, Steingut-, Nippes-,  
Lampen- und Emaillewaren-Geschäft

sowie sämtliche Küchen-Artikel zu den billigsten Preisen.

**August Mielert,** Petersburgerstr. 11,  
bei der Landsberger Allee.

Selten günstige **Kaufgelegenheit**

Eine **Partie** **imit. Perser**  
**Teppiche**

Gebet- und Dekorationsstücke  
getreue **echter Perser**  
Kopien  
von wunderbarer Farbenpracht  
auf beiden Seiten benutzbar.

Ungefähre Größe:  
90x185cm M. 3,75 (bisher 6,00)  
130x200 " " 5,50 ( " 8,25)  
160x230 " " 8,75 ( " 12,75)  
200x300 " " 12,75 ( " 18,50)  
250x350 " " 21,50 ( " 28,50)  
300x400 " " 28,50 ( " 39,00)

Pass. Bett- und Pult-Teppiche  
Stück 75 Pf., 1,00 u. 1,50 M.  
Nach auswärts per Nachnahme.

Teppich-Spezialhaus  
**Emil Lefèvre**  
Berlin S. Oranienstr. 158.

Pracht-Katalog  
mit ca. 600 Abbildungen  
auf Wunsch **gratis u. franko.**

**UNVERGLEICHLICH**  
füllkräftig und haltbar sind  
**GUSTAV KUSTIG'S**  
echt chinesische **MANDARIN-**  
**MONOPOLDAUNEN**

erst. geföhrt bei W. M. 2.85.  
Daunen, wie alle inländischen  
garantirt rein, 3-4 Wd. zu großem  
Überbett aufreichend, viele An-  
erkennungen. Versand umsonst.  
Berlin nur allein von der ersten  
Teppichfabrik in stetig. Betrieb.

**GUSTAV KUSTIG, BERLIN**  
S. PRINZENSTR. 46.

**Eine Mark**

wöchentliche Teilzahlung liefert  
elegante fertige  
Herren-Garderoben.

Ersetzt für Maß.  
Anfertigung nach Maß.  
Tadellose Ausführung.

**Julius Fabian,**  
Schneidermeister,  
Große Frankfurter Str. 37, II.  
Eingang Straußberger Platz.

# Zentral-Möbel-Halle

Berlin S., Kommandanten-Straße 51  
Gegründet 1871. — Ecke Alexandrinen-Straße. —

Ausstellung kompletter  
Musterzimmer in jeder  
Preislage.




echt Nußbaum furniert mit kompletter **Kücheneinrichtung** schon bei einer Anzahlung von Mk. 60.— und monatlicher Abzahlung von Mk. 12.— bis 15.—

Dieses Wohn- u. Schlafzimmer

liefern wir 4002L\*

unter Garantie solidester Arbeit und bestem Material



Spezial-Geschäfte.

# Bettfedern u. Betten

Spezial-Geschäfte.

Bettfedern, das Pfund 0,50 bis 6,00 Mark.  
Daunen, " " 2,50 " 10,00 "

Betten, der Stand 12,00 bis 110,00 Mark.  
Steppdecken (Seiden-Satin von 3,75 Mark an).  
Inlette, Bettwäsche, Schlafdecken.

**A. Schonert,**  
Oranienstr. 12 (Ecke Heinrichs-Platz).  
Gleditschstr. 49 (am Winterfeldt-Platz).

Eisen-Bettstellen von 5,00 Mark an.  
Kinder-Bettstellen " 7,50 " "  
Polster-Betten " 6,50 " "  
Polster-Matratzen " 3,75 " "  
Kinderwagen, Sportwagen billig.

Bevor Sie Kinder- u. Sportwagen kaufen, versäumen Sie nicht, mein großes Lager (Heinrichs-Platz) ohne Kaufzwang zu besichtigen.  
Eigene Polster-Werkstatt. Bettfedern-Dampfreinigung! Eigene Steppdeckenfabrik.



# H. Greifenhagen Nachf.

Brunnenstrasse 17-18

Veteranenstrasse 1-2

## Extra-Preise:

### Kurzwaren

Druckknöpfe „Sans Gêne“ Dtzd.	5 Pf.
Druckknöpfe mit verdeckter Stahlfederung Dtzd.	10 Pf.
Druckknöpfe „Marke Krone“, der beste Druckknopf Dtzd.	15 Pf.
Druckknöpfe vierteilig, zum Durchnieten, „Discretion“ Dtzd.	48 Pf.
Naturfischbein Prima, poliert	
16 18 20 22 cm	
Dtzd. 9 11 13 15 Pf.	
Tailenband 4 Mtr.-Stücke, mit Gold durchwirkt Stck.	12 Pf.
Tailenband Satin, schwarz, weiss, grau 8 Mtr.-Stück	55 Pf.
Hohlbandfedern Prima-Qualität Dzd.	10 Pf.
Hohlbandfedern m. überzog. Stahleinlage Dtzd.	15 Pf.
Hohlbandfedern Prima, mit Seide abgesteppt Dtzd.	20 Pf.
Kragenstützen auf Gaze, rund Stck.	18 Pf.
Kragenstützen auf Gaze, spitz Stck.	25 Pf.
Gürtel-Einlagen Gaze, diverse Façons Stck.	30 Pf.
Kragen-Stäbchen Stahl Dtzd.	9 Pf.

### Kurzwaren

Strumpfhalter für Damen, mit breitem Gurt	48 Pf.
Strumpfbänder aus Rüschen- Gummiband, mit Atlasschleife	35 Pf.
Bettlitzze	
weiss glatt, weiss gemustert, bunt	
Stck. 20 Pf. 22 Pf. 25 Pf.	
Leinen-Roul.-Schnur	
20 Meter Stck.	35 Pf.
StiefelSenkel	6 Paar 10 Pf.
Prima-Maco-Senkel	
120 cm Paar	8 Pf.
Wollpompons Dtzd.	12 Pf.
Wollpompons seidene, Dtzd.	18 Pf.
Lackierte Haarnadeln	12 Pack 5 Pf.
Schwabacher Haarnadeln mit Stahlspitze 6 Pack	10 Pf.
Gewellte Haarnadeln	4 Pack 5 Pf.
Mohrenkopfnadeln Karton	10 Pf.
Kugelspitz-Haarnadeln	4 Pack 5 Pf.
Lockennadeln 25 Päckchen	10 Pf.
Preciosa-Lockennadeln mit gebogenem Kopf Pack	4 Pf.

### Kurzwaren

Gestickte Wäschebuchstaben	3 Dtzd. 5 Pf.
Schweiz-Medaill.-Buchstaben	Dtzd. 35 Pf.
Nähnadeln 12 Briefe à 25 Stck.	10 Pf.
Frauenlob-Nadeln Goldöhr	3 Pf.
Brief	4 Pf.
Schlangen-Nadeln Brief	4 Pf.
Rocknadeln schwarz u. weiss	8 Pf.
Dtzd.	
Sicherheitsnadeln Prima	12 Pf.
dutzendweise im Cart. Dtzd. 8, 10,	
Stecknadeln auf rosa Papier	5 Pf.
gesteckt, Brief = 200 Nadeln	
Messing-Stecknadeln	10 Pf.
3 Briefe	
Messing-Stecknadeln in	30 Pf.
Faltschachteln, 100 Gramm	
Echte Stahlstecknadeln	8 Pf.
Brief 4 und	
Echte Stahlstecknadeln	
50 Gramm-Dose 100 Gramm-Dose	
25 Pf. 50 Pf.	
Stecknadeln mit farbigen oder	7 Pf.
schwarzen Köpfen Brief	
Sicherheitsnadeln u. Druck- knöpfe, a. hübsch. Mäppch. gesteckt	8 Pf.

### Kurzwaren

Schneidermaasse	
Extra prima Stck.	9 Pf.
Haken u. Augen schwarz,	5 Pf.
2 Pack	
Haken u. Augen versilbert,	15 Pf.
2 Pack	
Zackenlitze	
mit und ohne Ansatz, Stck.	7, 9, 11 Pf.
Nähseide schwarz, Prima-Qualität,	
5 Gramm-Stränge 10 Gramm-Stränge	
11 Pf. 22 Pf.	
Tailenverschluss	8, 12 Pf.
Corsetschliessen mit Stahl- unterlage (die beste Schliesse)	15 Pf.
Stahlstangen 6 mm Dtzd.	5 Pf.
Rüschen-Gummiband	
alle Farben Mtr.	23 Pf.
Mohair-Besenlitze Prima,	6 Pf.
Mtr.	
Stern-Zwirn Stern	4 Pf.
Kleiderraffer,	28 u. 42 Pf.
4- u. 5 teilig	
Echt Amerik. Schweissblätter	
Extra Prima-Tricot, (sonst 60 Pf.),	
Grösse 1 Grösse 2	
28 Pf. 38 Pf.	

## Ein Waggon Steingut

aus erster Fabrik  
bedeutend unter Preis!

Von Montag ab:

Unter Anderem:

Teller, tief und flach	5 Pf.	Waschservice, gross, 5 theilig	1.95	Zahnbürsten und Seifenschalen	10 Pf.	Untertassen	5 Stück 10 Pf.
Butterbrotplatten, weiss u. bunt	20 Pf.	Toiletteeimer mit Bügel	1.50	Satz Milchtöpfe	98 Pf.	Vorratstonnen, blau Delft	38 Pf.
Satz Schüsseln, 4 theilig	48 Pf.	Einzelne Kannen oder		Kuchenteller	10 Pf.	Kaffeekannen, blau Zwiebel	48 Pf.
Satz Schüsseln, 7 theilig	95 Pf.	Schüsseln zu Wasche- schirzen von	45 Pf. an	Kaffeeteller	5 Pf.	Milchkannen, bunt	10 Pf.

### Wurst- und Fleischwaren

Prima Cervelat- und Salami-Wurst Pfund	1.35 M.
Pr. Schlackwurst Pfund	1.15 M.
Prima Mortadella und Jagd-Wurst Pfund	95 Pf.
Feine Zungen-, Leber-, u. Braunsch. Wurst Pfd.	1.05 M.
Pr. Leber- u. Rotwurst Pfd.	55 Pf.
Pr. Cass. Rippespeer Pfd.	95 Pf.
Pr. Landschinken Pfund	1.55 M.
Pr. gek. Schinken Pfd.	1.55 M.

### Fisch- Conserven

Anchovis u. Sardinen Glas	24 Pf.
Oelsardinen Dose	33, 36 Pf.
Sardellen in Gläsern	68 Pf.
Fleisch-Extrakt „System Liebig“	
1/4 1/2 3/4 1 Dose	
5.40 2.80 1.50 0.75 Mark	
Feinste Kronen-Hummern	
1/4 1/2 Dose	
1.75 0.95 Mark	
Nordsee- Krabben 1/4 1/2 Dose	
0.83 0.38 Mark	
Capern in Gläsern	23, 28, 48 Pf.

### Weine u. Liköre

Vorzügl. Portwein 1/4 Fl.	98 Pf.
Süsser Ungarwein 1/4 Fl.	98 Pf.
do. Medizinal 1/4 Fl.	1.28 M.
Halb und Halb Flasche	95 Pf.
Berliner Getreide- Kümmel Flasche	95 Pf.
Stonsdorfer Bitter Flasche	95 Pf.
Alpenkräuter-Likör Flasche	95 Pf.
Feiner alter Cognac Fl.	93 Pf.

### Diverse Artikel

Feiner Deutsch. Cacao Pfd.	95 Pf.
Gebr. Caffee (Special-Prä- mischung III) Pfd.	95 Pf.
Feinste Bruch-Choco- lade Pfund	75 Pf.
Feinste Chocoladen- Plätzchen Pfund	95 Pf.
Hochfeine Confect- Melangen Pfund	55, 75, 95 Pf.
Feine Pralinés Pfund	68 Pf.
Feinster Kunst-Speise- honig 1/4 Glas	57 Pf.
Palmin (Pflanzenbutter) Pack	60 Pf.
Frank-Kaffee Packet	17 Pf.

Ausserdem geben wir an  
allen anderen Abteilungen  
(mit Ausnahme weniger  
Artikel) von Sonnabend,  
den 16. bis Sonnabend,  
den 23. September:

# Doppelte Rabattmarken.



**Germania-Prachtsäle**  
 Chausseestraße 103:  
 Arnold Scholz Nachf. Carl Richter  
 Jeden Sonntag u. Mittwoh:  
**Hamburger Sänger.**  
 Stets wechselndes Programm.  
 Sonntags nach der Soiree:  
 Familienkränzchen u. im weißen  
 Saal (v. 5 Uhr ab): Gr. Ball.

**Alhambra**  
 Ballner-Theaterstraße 15.

Jeden **Großer Ball**  
 Sonntag:  
 Großes Orchester. Anfang Sonntag  
 5 Uhr. **A. Zameitat.**

**Vereine etc.**  
 7. Oktober, 4. u. 11. Novemb. frei;  
 auch einige Sonnabende u. Sonntage  
 frei, auch Vereinszimmer.  
**Zentral-Festsäle**  
 180 Oranienstraße 180.  
 Jeden Sonntag:  
**Großer Ball.**  
 Kleine und große Vereinszimmer.

**Karls Garten**  
 Karls Garten-  
 Lixdorf, Straße 8-10.  
 Herrlich am Wald.  
 Jeden Sonntag: **Garten-Konzert**  
 und **Familien-Ball.**  
 18. Sept.: **Norddeutsche Sänger.**  
 Im Vergnügungspark:  
**Große Sehenswürdigkeiten**  
 u. Volkbelustigungen (Jung u. Alt).  
 Große u. kleine Saal (90-800 Pers.),  
 zu allen Festlichkeiten passend.

**Ant. Boekers Ballsalon**  
 Weberstraße 17. (42882\*)  
 2 große Vereinszimmer  
 sind noch einige Tage in der Woche  
 zu vergeben; auch 11 am Sonnabend,  
 den 20. September, mein **großer**  
**Saal** frei geworden. Ergibt  
**Anton Boeker, Straße 17.**

**Vereine.**  
 Habe noch Sonnabende und Sonntage  
 Saal mit Bühne zu vergeben. (\*  
**Eberts Neues Klubhaus,**  
 Kommandantenstr. 72. (Amt I. 3651.)

**Max Fuß**  
**Familien-Restaurant**  
 Patitzstraße 18.  
 Empfehle mein neu übernommenen  
 und neu renoviertes Lokal. Zimmer  
 für Vereine und Festlichkeiten, 50 Personen  
 fassend. (22078)  
**Max Fuß, früher Tanzmeister im**  
**"Klostergarten", Bismarckstr.**  
 Fernsprecher: Amt II, Nr. 638.

**Berliner Uk-Trio.**  
 Felix Scheuer **U** Straßendamm 1.

Zum **Umzüge**  
 offeriere einen großen Posten  
 neu eingetroffener  
**Ia. Velours-  
 Teppiche.**  
 Sofagröße M. 10.50  
 Zimmergröße .. 22.50  
 Salongröße .. 37.50  
 Saalgröße .. 65.00  
 Ferner hochelegante  
 Portieren u. Dekorationen.  
**Gardinen, Stores,**  
 Reichhaltige 1-6 Fenster.  
**Steppdecken** in allen  
 Farben.  
 Tisch-, Diwan-, Schlaf-  
 und Reisedecken,  
 Läufer u. Möbelstoffe  
 kommen soweit der Vorrat  
 reicht, zu **enorm billigen**  
**Preisen** zum Verkauf.

**Teppich-Engros-Haus**  
**Hermann Bursch**  
 Spandauerstr. 65-67,  
 I. u. II. Etage. Kein Laden.  
 Zwischen Kaiser Wilhelm- und  
 Bischofsstraße. 30/12\*

**Achtung! Gewerkschaften und Vereine. Achtung!**  
**Pracht-Säle des Ostens.**  
 Größtartig: **Frankfurter Allee 151/152** Größtartig:  
 Anfang November. Anfang November.  
 Empfehle den geehrten Vereinen und Gesellschaften meine neu-  
 erbauten Pracht-Säle 100, 500, 1000, 1500 Personen fassend, mit  
 allem Komfort der Neuzeit ausgestattet, wie elektrisches Licht, Zentral-  
 heizung, zu allen Festlichkeiten, Hochzeiten unter tauscheligen Be-  
 dingungen. Vereinszimmer und Regelmäßig sind noch einige Tage  
 zu vergeben. Auch sind noch Sonnabende im November,  
 Dezember cr. und Januar, Februar und März 1906 frei.  
 Bestellungen zur Abhaltung von Festlichkeiten usw. werden jetzt  
 schon entgegengenommen beim Besitzer.  
**O. Crazz, Nieberbarnimstr. 1.**  
 42822\*

**Andreasstr. 21 Andreas-Festsäle Andreasstr. 21**  
 Amt 7a 6534 Amt 7a 6534  
 Habe vom 1. September 1905 die Leitung der **Andreas-  
 Festsäle** übernommen und empfehle ich Säle 500 und  
 1000 Personen fassend zu Festlichkeiten und Versammlungen  
 zu den kulantesten Bedingungen. Auch für nächstes  
 Jahr zu vergeben. 42841\*

<b>Hochzeiten</b> Dineres von 2 M. an, reichhaltige Auswahl.	<b>Tages-Restaurant</b> <b>Mittagstisch</b> Warme Küche zu jeder Tages- zeit.	<b>Vereins- Zimmer</b> 30 und 40 Personen fassend.
--	---	---

Ringbahn-Verbindung die ganze Nacht.  
 Annahme von Bestellungen werden jederzeit entgegen-  
 genommen.  
 Mit vorzüglicher Hochachtung  
**Emil Bernatzky,**  
 Andreasstr. 21, am Andreasplatz.  
 Der große Saal, 1000 Personen fassend, noch an zwei  
 Sonnabenden im November zu vergeben.

**Kenner rauchen**

**Zenith**

**Zigaretten.** 254/8\*

Die **Möbel-Fabrik**  
 von **A. Schulz, 5 Reichenbergerstr. 5** 20782\*  
 empfiehlt Wohnungs-Einrichtungen von 210-10 000 R.  
 in nur anerkannt gediegener Ausführung in jeder Holz- und  
 Stilart sowie auch Polsterwaren eigener Fabrikation zu  
 äußerst billigen Preisen. Streng reelle und gewissenhafte Be-  
 dienung. Kulante Zahlungsbedingungen. Tel. Amt IV 6877.

**Elegante Anzüge**  
**Elegante Paletots**  
 Empfehle mein großes Lager:  
 Jackett-Anzüge u. Paletots von 7.50,  
 9.-, 12.-, 15.-, 18.-, 21.- u.  
 Rock- u. Gehrock-Anzüge v. 18 M.  
 an, in Tuch u. Kammgarn v. 30 M.  
 an. — Maßanfertigung. 24732\*  
 Frack- und Gesellschafts-  
 Anzüge werden verliehen.  
**Wilh. Seide, Berlin SO.,**  
 20 Dresdenstr. 20, Ecke Oranienplatz. 3924L\*

**Reichels Universal**  
**Magenpulver**  
 bestes magenstärkendes und appetit-  
 anregendes Hausmittel, unterstützt  
 und erhöht die Magentätigkeit,  
 regelt die Verdauung u. wirkt vor-  
 zugsweise gegen **Magenleiden,**  
**Magenkrampf, Magenverschlei-**  
**mung, Blähungen, Uebelkeit etc.** Un-  
 erreichbar in seiner Wirkung! Dose  
 M. 1.-, bei 3 Dosen M. 3.50 fr.  
**Otto Reichel, Berlin SO. 43,**  
 3924L\* Eisenbahnstr. 4.

**Auf Teilzahlung!!!**  
 kaufen Sie am besten, wöchentlich nur 1 M.,  
 Herren- und Damenuhren, Standuhren, gr.  
 Standuhren, Regulatoren, Weichwinger,  
 Wecker, Ringe, Ketten, Röhren, Har-  
 monikas, Randolinen, Phonographen,  
 Blattenpressmaschinen, gr. Auswahl in  
 Platten, echte Edison- und Columbia-Appa-  
 rate und Waagen zu Original-Preisen.  
**Jahre & König**  
 Warschauer-Straße 72, I. Etage.

**Größtes Kaufhaus des Nordens für Herren- und Knaben-Bekleidung**  
**Einsegnungs-Anzüge**  
 in großer Auswahl zu sehr billigen, festen Preisen.  
**Moritz Groß, Kastanien-Allee 42.**  
 Wer sich auf dieses Inserat bezieht, erhält 5 Proz. Rabatt.

**Extra-Angebot**  
 für  
**Einsegnungs-Anzüge**

Neuheiten in  
**Jackett- u. Rock-Anzügen**  
 englisch entrückende Muster  
 42, 35, 30, 25, 22, 19 Mk.

Neuheiten in  
**Herbst-Paletots**  
 aus einfarbigen u. geschmack-  
 voll gemusterten Stoffen  
 36, 30, 25, 20, 17 Mk.  
**Sitz unübertroffen.**

- A. Einsegnungs-Anzüge 13,-**  
 aus diamantschwarzem gerippten Corkscrew-  
 kammgarn, garantiert sehr haltbar . . . M.
- B. Einsegnungs-Anzüge 16,-**  
 a. tief-schwarz-Satin, sehr dauerh. halbschw. M.
- C. Einsegnungs-Anzüge 19,-**  
 a. Kammgarn, fein gerippt, erprobt i. Tragen M.
- D. Einsegnungs-Anzüge 20,-**  
 aus Tuchkammgarn, Aachener Fabrikat,  
 hochfein, seidenartiges Gewebe . . . M.

**Spezialität: Kleidung für starke Herren.**  
 Maßanfertigung, hervorragend sitzend, nicht viel teurer als Lagersachen. Für Knaben jeden  
 Alters schicke Anzüge, Paletots, Schuljoppen tadelhaft billig!

Deutsche **Keitinger & Co** Deutsche  
 Compagnie **Oranien-Str. 40/41** Compagnie  
**Deutsche Compagnie**  
 Berlin. **Oranienstr. 40-41.**  
 Streng feste Preise auf jedem  
 Gegenstand in Zahlen aufgedruckt.

**Nur 3 Wochen: In Samt und Seide**  
 stelle wegen Umzugs nach dem Dönhoffplatz die ganzen Vorräte zu **bedeutend ermäßigten**  
**Preisen zum Ausverkauf.**  
 Speziell: **Brant-Seiden** jetzt 1.25, 1.50, 1.75. **Seiden für Gesellschafts- und Straßen-  
 Roben** jetzt 1.50, 2.00, 2.25. **Blusen- und Japon-Seiden**, darunter aparte Schotter- und  
 Chines jetzt 1.25, 1.50, 1.75. **Damast-Futter-Seiden** für Jacketts und Mäntel jetzt 1.00, 1.25,  
 1.50. **Reinseidene schw. Damaste** in reicher Muster-Auswahl 15.00, 20.00, 25.00 per Robe.  
**Kleider- und Blusen-Samte** jeder Art von 1.00. **Hervorragend billig:** ca. 1000 Meter schwarze  
**Seiden-Grenadines**, 110 cm breit, in wundervollen Mustern, für elegante Gesellschafts-Roben  
 (übertrifft Tüll- und Spitzenstoffe) jetzt 4.00 anstatt 6.00.  
**Seiden-Engros-Haus Hermann Herzog, nur Spandauerstr. 33/35**  
 I Treppe links, Ecke Simons-Apotheke. Adresse u. Eingang genau zu beachten. Telegr.-Adr.: Seidenherzog.  
 Berlin

Bar oder Teilzahlung  
**Möbel**  
 Dresdenerstr. 16 (am Hochbahnhof  
 Kottbuser Tor.)  
**Segm. Misch**  
 Solide Ware! Billige Preise!  
 Große Auswahl \*

**Sehr günstige Gelegenheit**  
 zum vorteilhaften Einkauf von  
**Kostümrocken.**  
 Einzelnen an Private zu Engrospreisen.  
**Schwarze Röcke**, gefüttert von Mk. 6.50 an  
**Tuffreie Sportröcke** . . . von Mk. 3.50 an  
 Engros-Geschäft A. d. Jerusalemer Kirche 3, II rechts.

**Jos. Gremmer's Wwe.**  
 Landshut, Bayern.  
 Erste und älteste  
**Brasiltabakfabrik**  
 Brasilchnupftabak per Pfd. Mk. 1.70, Mk. 1.50 und  
 Mk. 1.30. Von 6 Pfd. an franco.  
 Stanjol-Packete zum 10 Pfg.- und 5 Pfg.-Verkauf.  
 Beste und verhältnismäßigste Bezugsquelle.

**Fehlt Ihnen etwas?**  
 für die  
**neue Wohnung.**  
 so geben Sie rechtzeitig in unser  
 Spezial-Haus. Dort finden Sie  
 eine überraschend grosse Auswahl  
 Neuheiten:  
 Teppiche v. M. 4.50, 8, 12.50,  
 24, 35, 45 usw.  
 Gardinen v. M. 2.50, 3.50, 5,  
 7.50, 9, 12 usw.  
 Portieren v. M. 3, 4.75, 6,  
 11.50 usw.  
 sowie Steppdecken, Tisch- und  
 Diwandecken, Läufer- und  
 Möbelstoffe etc.  
 Zum diesmäligen Umzuge  
 sind grosse  
**Partie-Posten**  
 zu wirklich  
**Ausnahme-Preisen**  
 zum Verkauf gestellt, worauf  
 wir besonders aufmerksam  
 machen.

**Teppich-  
 Adler**  
 Königstrasse 20-21,  
 a. d. Judenstr.

**Möbel-Magazin. Fr. Janitzkow, Polsterwaren.**  
 Eigene Tischlerei. (43182\*) **NW., Turmstr. 45.** Eigene Werkstatt.



# A. JANDORF & Co

SPITTELMARKT 16/17  
Ecke Leipziger Strasse

BELLE ALLIANCE-STR. 1/2  
An Blicherplatz

GROSSE FRANKFURTER-STR. 113  
Ecke Andreas-Strasse

BRUNNEN-STR. 19/21  
Ecke Veterano-Strasse

Wir bringen in dieser Woche hervorragend preiswerte Angebote

## Zum Umzug

Von Montag, den 18. Sept. bis Sonnabend, den 23. Sept. soweit der Vorrat reicht!

### Gardinen

Tüll-Gardinen weiss oder crème	Meter	30, 42, 55, Pf.
Tüll-Gardinen weiss oder crème Fenster, 2 Flügel		1.25, 1.85
Tüll-Gardinen weiss oder crème Fenster, 2 Flügel		3.50, 4.75
Scheiben-Gardinen weiss oder crème	Meter	23, 35, 45 Pf.
Congressstoffe weiss od. crème, glatt oder gestreift	Meter	38, 45, 65 Pf.
Tüll-Stores weiss oder crème	Stück	1.65, 2.25, 3.50
Erbstüll-Stores	Stück	4.75, 6.25, 7.75
Scheiben-Schleier weiss oder crème mit Stange und Zubehör	komplet	48, 65 Pf.
Tüll-Bettdecken weiss oder crème, für 1 Bett		1.85, 2.35, 3.25
Tüll-Bettdecken weiss oder crème für 2 Betten		4.25, 6.50, 7.75
Köper-Rouleaux abgepasst, zweifellig, Fenster		1.85, 2.80, 3.25



### Portièren

Portièren Garnituren 2 Shawis	3.95, 4.75
Portièren Garnituren 1 Lambrequin	8.75, 10.75
Portièren einfarbig, mit hübscher Borde	Stück 1.65, 1.95, 2.25
Portièren mit eleganter Blumen-Borde	Stück 2.25, 2.75, 3.50

### Decken

Tischdecken mehrere Farben hübsch bekrübelt	2.25, 3.50, 4.25
Tischdecken einfarbig mit hübscher Blumen-Borde	2.75, 3.50, 4.75
Tischdecken Pinsch reich bekrübelt	5.25, 7.75, 9.75
Divanddecken	4.15, 5.75, 8.25
Steppdecken mehrere Farben	Stück 3.25, 4.75, 6.25
Steppdecken Satin (merzevisiert) Handarbeit	Stück 6.50, 8.75, 10.75

Zuggardinen-Einrichtung mit Schnur und Quaste komplet **35 Pf.**

Portièren aus Filztuch, hübsch bekrübelt, 1 Lambrequin 2 Shawis komplet **3.95**  
Tüll-Stores **1.65**

Ein Posten Spachtel-Tüll-Läufer **90 Pf.**

### Möbelstoffe

Fantasiestoffe für Sopha-bezüge	Meter	1.05, 1.75
Möbelcattun hübsche Muster	Meter	33, 45, 60 Pf.
Pompon-Franze	Meter	10, 12, 22 Pf.
Möbelschnur	Meter	6, 8 Pf.
Gardinenhalter	Stück	9, 15, 23 Pf.
Holzportièren-Garnitur mit sämtlichem Zubehör	komplet	1.85, 2.25
Gardinen-Stangen	Stück	23, 48, 55 Pf.
Gardinen-Stangen verst. Stück		1.25, 1.65
Holz-Rosetten	Stück	9, 12, 18 Pf.

### Lampen

Tischlampen Metallfuss	1.45, 1.95, 2.45
Hängelampen	3.25, 4.25, 4.95, 6.25
Tischlampen mit imit. Onyxplatte	2.15, 2.85, 4.25
Ampeln blau oder grün	1.55 rosa 2.10
Küchenlampen	28, 35, 45, 65, 80, 95 Pf.
Glühstrümpfe	9, 17, 22 Pf.
Glühstrümpfe „Ideal“	30, „Bewea“ 35 Pf.
Gascylinder	Dutzend 63 Pf.
Glimmer-Cylinder	Normal 22, Lillput 16 Pf.

Wachstuch-Küchentischdecke Grösse ca. 60/100	38 Pf.
Wachstuch-Wasserleitungsschoner	9 Pf.
Wachstuch-Eimerspindeldecke	25 Pf.
Wachstuch-Küchenspindelstreifen	9 Pf.

### Eisenwaren

Eis. Gardinenstangen ca. 100 120 140 160 180 cm lang	9 12 15 18 20 Pf.
Scheiben-Gardinenstangen ausziehbar, Stück	8 Pf.
Galerieeisen	Paar 5 Pf.
Rollenkästen für Zuggardinenstangen	15 Pf.
Ringe verzinkt Dtz. 2, 3 Pf. Ringe Porzellan 1 Loch 3 Loch	1 Pf. 2 Pf.
Porzellan-Quasten 4 Pf. Schnurhalter	4 Pf.
Consolhaken	Dutzend 6, 8, 10, 12 Pf.
Teppichnägel	Dutzend 15, 18 Pf.
Bildernägel	Dutzend 3, 4, 5, 7 Pf.
Reissnägel	Karton, 3 Dtz. 5 Pf.
Hammer	25, 35, 48 Pf.
Zangen	40, 48, 55 Pf.

### Teppiche

	Grösse ca. 120/200	160/230	200/300
Axminster	4.75,	11.75,	19.75
Tapestry	7.25,	12.75,	21.75
Velour	11.75,	19.75,	30.75
Imit. Perser zwei-seitig	4.25,	7.75,	11.75
Axminster-Vorleger	Stück 75 Pf.,	1.15,	1.75
Velour-Vorleger	Stück	3.00,	4.75
Imitierte Perser Vorleger mit Franze ca. 50/100	90 Pf.,	1.15	
Jute Läuferstoffe	Meter	25, 38, 45 Pf.	
Tapestry-Läuferstoffe	Meter	1.75, 2.25, 2.95	
Velour Läuferstoffe	Meter	3.25, 4.25, 4.95	
Cocos Läuferstoffe	Meter	95 Pf., 1.25, 1.65	
Linoleum-Läuferstoffe		65, 75 Pf.	
Ein grosser Posten Tischdecken	Stück	1.75	

### holzwaren

Paneele ca. 50 60 80 100 125 cm lang	
imit. Nussbaum	90 Pf. 1.25, 2.25, 2.90, 4.50
Garderobenleisten	35, 45, 55 Pf.
Bauerntische imitiert Nussbaum	2.45
Bauerntische graviert	2.90
Salon-Säulen imit. Nussbaum	2.20, 2.75
Salon-Säulen gold graviert	2.75
Handtuchhalter imit. Nussbaum	45, 90 Pf. 1.25
Eckgarderoben imit. Nussbaum	75, 90 Pf. 1.45
Console imit. Nussbaum	35, 45, 75 Pf.
Flurgarderoben Eiche	21.50

Wasch-Körbe rechteckige Form	3.25, 3.75, 4.25
Wasch-Körbe runde Form	1.45, 2.25
Reise-Körbe	4.50, 5.25, 6.00

### Bettstellen

Bettstellen starker Gasrohrbügel m. doppelt. Spiralfederboden u. Kopferhöhg. Verzièrg. a. Kopf- u. Fussstell. Rollen, schwarz lak., Gold abgesetzt	<b>12.50</b>
Feldbettstellen Persiabezug	5.95, Persiabezug, Spiralfederboden 6.95
Persiabezug, Seitenstäbe	6.85, Dreilbezug 7.95
Dreilbezug mit Spiralfeder	8.50
Dreilbezug, mit Sprungfeder, verstellb. Kopfteil	14.75
Dreilbezug, Seegrassfüllung, Spiralfederboden, gelenkiges Fussstell., verstellbares Kopfteil	11.75
Eiserne Bettstellen zusammenlegbar m. doppelt. Spiralfederboden u. Kopferhöhg.	7.25
Kinderbettstellen in vielen Ausführungen von	9.50 an

Schnellste Anfertigung von Matratzen in jeder gewünschten Grösse zu billigsten Preisen.

Bei uns gekaufte Waren werden bereitwilligst bis nach dem Umzug aufbewahrt!